



Ralf Regener

Der Sturz der Askanier 1918 in Anhalt

**Bedingungen, Verlauf und Nachwirkungen des Untergangs
einer kleinstaatlichen deutschen Monarchie**



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1. Fragestellung und Methode	6
1.2. Quellengrundlage	8
1.3. Literaturgrundlage	11
2. Kleinstaatliche Besonderheiten	15
2.1. Regierungsstil und Erbe des Fürsten Franz	15
2.2. Existenzangst und gemäßigte Politik	17
2.3. Zurückhaltende Herrschaft und deren Folgen	30
3. Der Erste Weltkrieg und seine Auswirkungen	36
3.1. Wirtschaftliche und soziale Situation	39
3.2. Weiterführung der gemäßigten Politik	44
3.3. Das Dreierherzogsjahr 1918	49
3.4. Prestigeverlust der Reichsmonarchie	54
4. Die Novemberrevolution und der Sturz	62
4.1. Verstärkte Forderungen nach Demokratisierung	62
4.2. Einsetzung einer neuen Regierung	64
4.3. Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte	68
4.4. Die Abdankung am 12. November 1918	80
5. Askanier ohne Anhalt	90
5.1. Anhalt wird zum Freistaat	90
5.2. Was blieb den Askaniern?	93
6. Schlussbemerkungen	100
7. Anmerkungen	107
8. Quellenverzeichnis	118
9. Literaturverzeichnis	121
10. Abkürzungsverzeichnis	126
11. Abbildungsnachweis	127

1. Einleitung

Noch vor einem Jahrhundert sah die politische und territoriale Landkarte Europas auffallend anders aus. Zwar kam es nach dem Zweiten Weltkrieg nochmals zu erheblichen Veränderungen, doch den Ausgangspunkt, nicht nur dieser Entwicklungen, stellt zweifellos der Erste Weltkrieg dar. Allein die so oft zitierte Rede von der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ macht deutlich, welchen Einfluss dieses Ereignis allgemein, aber im Besonderen für Europa, hatte.

Die Zäsur wird schon erkennbar, wenn man sich vor Augen führt, dass ganze Staaten mit dem Ersten Weltkrieg zerfallen sind oder ihr Gesicht vollständig verändert haben. So ist die Habsburgermonarchie unter den immer stärker werdenden Lasten des Krieges auseinandergebrochen und nicht nur der österreichische Kaiser musste in der Stunde der Niederlage der Krone entsagen. Auch der Deutsche Kaiser Wilhelm II. musste nur wenige Jahrzehnte nach Gründung des Reiches seinen Thron räumen, um Platz für einen Neuanfang zu machen. Noch viel extremer verlief dagegen die Revolution in Russland. Hier kam es mit dem späteren Sieg der Bolschewisten im Bürgerkrieg und der Gründung der Sowjetunion zu einem völligen Umschwung, der mit dem Blut des ermordeten Zaren besiegelt wurde.

Doch diese drei Beispiele sind nur die markantesten, die schnell verdeutlichen, wie entscheidend der Erste Weltkrieg letztlich war. Über politische und territoriale Veränderungen hinaus gibt es noch vieles, was die Jahre zwischen 1914 und 1918 so einzigartig machen, so das erstmalige Vorhandensein eines Totalen Krieges, der alle Ressourcen in den Dienst der Kriegsführung stellt und die Grenzen zwischen Front und Heimat verwischen lässt.

Jenseits dieser großen Linien gibt es aber auch Veränderungen, die im Strom der welthistorischen Ereignisse auf den ersten Blick kaum zur Geltung kommen. Das Ende der Monarchie wurde in Deutschland nicht nur damit vollzogen, dass der Deutsche Kaiser als Oberhaupt des Reiches zurückgetreten war, sondern dadurch bekräftigt, dass im Verlauf der Novemberrevolution sämtliche Monarchen ihren Thron relativ laut- und widerstandslos geräumt haben. Die Frage, die sich dabei zwangsläufig aufdrängt, ist, warum sämtliche Fürs-

ten so zeitnah und scheinbar problemlos die neuen Gegebenheiten akzeptierten und gänzlich auf die Machtstellung verzichteten, die sie Jahrhunderte lang innegehabt hatten.

1.1. Fragestellung und Methode

Man mag versucht sein, die Ursachen für die geschlossene Abdankung der deutschen Fürsten größtenteils in den revolutionären Verhältnissen zu suchen und den Herrschern dabei zu unterstellen, dass sie sich ihrer Lage bewusst waren und vernünftigerweise einem gewaltsamen Sturz oder sogar einem ähnlichen Schicksal wie dem russischen Zaren einfach zuvor kommen wollten. Wenn man nun aber darüber nachdenkt, warum die Fürsten nach mehreren Jahrhunderten Herrschaft nicht wenigstens vereinzelt gekämpft oder eine andere Stellung für sich beansprucht und durchgesetzt haben, erscheint eine Erklärung mittels der deutschlandweiten Situation, geprägt von vier Jahren Krieg, Enttäuschung über die Niederlage und Revolution, doch zu kurz gegriffen.

Deshalb soll es hier Aufgabe sein, einen genaueren Blick auf die Gründe und Umstände der Abdankung eines deutschen Fürsten zu werfen. Als Beispiel soll das kleinstaatliche Herzogtum Anhalt dienen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, warum der Herzog im November des Jahres 1918 relativ spät aber reibungslos seinen Platz geräumt hat und was dabei das Kennzeichnende der anhaltischen Entwicklung war. Konkret wird es um den Anteil der verschiedenen Akteure, Gruppen oder auch Gegebenheiten und Umstände gehen, die letztlich verantwortlich dafür waren, dass gerade dieser deutsche Monarch und damit sein gesamtes Haus auf die Macht verzichtete.

Schon aufgrund dieser Überlegungen und dem daraus folgenden Umstand, dass die Abdankung keineswegs freiwillig war, wäre es zu kurz gegriffen, nur das Herzogshaus und dessen Umfeld in den Blick zu nehmen. In dieser Gemengelage ist er nur ein Akteur von vielen. Deshalb ist es notwendig, sich mit allen Teilen, das heißt allen möglichen Ursachen, zu beschäftigen.

Zur Beantwortung der leitenden Frage sollen vor allem die verschiedenen noch zu nennenden Quellen dienen, die vor ihren unterschiedlichen Hintergründen kritisch und verstehend analysiert werden sollen, um ein möglichst großes und aufschlussreiches Bild zu bekommen.

Neben anderen Quellen, so beispielsweise den Selbstzeugnissen, wird größtenteils auf Aktenbestände aus den Archiven in Dessau sowie den Zeitungen jener Zeit zurückgegriffen. In ihrer Vielfältigkeit sollen sie ein weites Spektrum aufmachen, um die leitende Frage möglichst umfassend zu beantworten.

Nachdem die grundlegenden Quellen und die relevante Literatur dazu vorgestellt wurden, muss zunächst ein kurzer Blick auf die Geschichte Anhalts vor dem Ersten Weltkrieg geworfen werden. Dabei sind einige kleinstaatliche Besonderheiten und spezifisch anhaltische Umstände zu klären, die für das Verständnis und die eigentliche Untersuchung äußerst wichtig sind.

Daran anschließend wird die Situation während des Weltkrieges und besonders für das Jahr 1918 dargestellt und analysiert. Die verschiedenen Akteure, Gruppen sowie Gegebenheiten und Umstände, die bei dem Untergang der Monarchie eine Rolle spielten, werden aufgezeigt. Zu nennen wären dabei die großen Bereiche: der Krieg und seine wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, das Herzogshaus und seine Stellung, die deutschlandweite Entwicklung, vornehmlich die Situation der Reichsmonarchie, und andere politische oder soziale Gruppierungen, wie beispielsweise die Sozialdemokratie.

Ebenso ist es wichtig, auf die Zeit unmittelbar danach zu schauen, um die Frage zu beantworten, wie sich die Situation nach der Abdankung in Anhalt darstellte. In diesem Zusammenhang muss geklärt werden, was mit den Askaniern in der Folgezeit geschah, beispielsweise was die Abfindung betrifft, um anhand dessen ebenfalls die Gegebenheiten der Abdankung zu bewerten.

Deutlich betont sei an dieser Stelle nochmals, dass diese Arbeit nicht in erster Linie von der Novemberrevolution handeln soll, sondern vom Sturz einer kleinstaatlichen Monarchie. Die Abdankung soll dabei als Prozess, nicht als Ereignis begriffen werden. Sicherlich ist die Revolution äußerst wichtig für den Sturz. Gleichwohl sind beide

Ereignisse weder gleich zu setzen, noch erschöpft sich das eine in dem anderen bzw. lässt sich monokausal daraus erklären. Deshalb ist es für die Beantwortung der Frage wichtig, nicht nur im Jahr 1918 oder gar im November zu verharren, sondern auch einen Blick zurück und darüber hinaus zu werfen. Dies soll geschehen, um das Wesen der anhaltischen Monarchie zu verstehen. Denn ohne ein Verständnis dafür wäre eine Bewertung und Einordnung der Ereignisse des Novembers 1918 ohne Grundlage.

1.2. Quellengrundlage

Grundsätzlich unterteilt sich das Quellenmaterial in drei verschiedene Einheiten. Da wären zunächst die Aktenbestände des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau und die des Stadtarchivs Dessau sowie Protokolle staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen. Den zweiten Bereich bilden die Zeitungen, von denen in Anhalt für diese Zeit drei maßgeblich aus den verschiedenen politischen Färbungen vorhanden sind. Drei weitere regionale Zeitungen wurden ergänzend genutzt.¹ Zuletzt sind noch die Selbstzeugnisse zu nennen, welche als Autobiografien oder Nachlässe für einige bedeutende Persönlichkeiten vorliegen.

Direkt zum Herrschaftshaus der Askanier und deren Mitglieder war relativ wenig in den Dessauer Archiven zu finden. Der Zweite Weltkrieg vernichtete auch in Anhalt große Archivbestände. Ganze Gliederungsgruppen zum Askanischen Haus fielen der Zerstörung zum Opfer.² Lediglich einige Briefe der letzten Askanier sind im Stadtarchiv vorhanden. Jedoch waren diese weder zeitlich noch thematisch passend.³

Die Bestände des Staatsministeriums gewähren Einblicke in die öffentliche Präsenz und Wahrnehmung des Herzogshauses⁴ und liefern wichtige Erkenntnisse zu den Thronwechseln des Jahres 1918⁵ sowie den Auseinandersetzungen mit dem Freistaat Anhalt nach dem Sturz der Askanier.⁶ Die Protokolle des anhaltischen Landtags und der Generalversammlung der Anhaltischen Landwirtschaftlichen Vereine von 1914 bis 1919 geben über die wirtschaftliche, soziale und politische Situation in den Kriegsjahren Auskunft.⁷ Grundsätzlich gewähren die Akten sowie Protokolle einen zeitna-

hen Blick auf die Ereignisse, jedoch beschränkt auf die Sicht und Vorgehensweise der Institutionen und Regierungsbehörden.

Wichtigste autobiografische Quelle sind die Erinnerungen von Fritz Hesse. 1881 in Dessau geboren und dort aufgewachsen, war er einer der entscheidenden Persönlichkeiten der Stadtgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nach seinem Jurastudium in Jena und Berlin sowie dem Vorbereitungsdienst in Harzgerode kehrte er 1907 nach Dessau zurück, um dort als Anwalt tätig zu werden. Ab diesem Zeitpunkt wurde er in der Kommunalpolitik aktiv, was letztendlich dazu führte, dass er 1918 Bürgermeister von Dessau wurde und dieses Amt bis 1933 inne hatte. Ebenso war er nach dem Zweiten Weltkrieg für eine kürzere Zeit Oberbürgermeister der Stadt. In seinen insgesamt zweibändigen Erinnerungen berichtet er aus seiner Perspektive von den Geschehnissen in seiner Heimatstadt. Problematisch dabei ist, dass seine Erinnerungen zum Teil nur Dessau abbilden. Darüber hinaus hat er diese Niederschrift im Alter von 75 Jahren begonnen, die hier angesprochene Zeit lag bereits etwa 40 Jahre zurück.⁸ Die Erinnerungen von Heinrich Deist wurden mit einer ähnlichen zeitlichen Distanz niedergeschrieben. Außerdem ist seine Autobiografie verglichen mit Hesses recht kurz.⁹ Da Wolfgang Heine relativ spät in die anhaltischen Geschehnisse eingreift und kurz nach der Revolution wieder nach Berlin wechselt, waren seine Schilderungen nur am Rande hilfreich.¹⁰ Ergänzt werden diese Erinnerungen von einigen kurzen Erlebnisberichten aus dem November 1918.¹¹ Mit ihrer subjektiven und rückblickenden Sicht sind die Selbstzeugnisse überaus wichtig. Die Schilderung und Reflexion über das eigene Leben beruht jedoch auf Fakten, welche vom Autor ausgewählt und gewichtet wurden, sodass Zusammenhänge eventuell verzerrt wiedergegeben wurden. Darüber hinaus sind die Interpretationen, die dort getroffen werden, nicht die damaligen. Die Meinung zu den geschilderten Dingen stammt aus der Zeit des Schreibens und ist weder zeitnah noch ummittelbar, sondern wurde getroffen im Wissen um den weiteren Verlauf der Dinge.

Der schon seit mehr als einem Jahrhundert erschienene *Anhaltische Staatsanzeiger* diente als Publikationsorgan von Hof, Staat sowie der Residenzstadt Dessau. Dort wurden vor allem amtliche

Bekanntmachungen aber auch Nachrichtenbeiträge veröffentlicht. Aufgrund der Herkunft der Zeitung sah man von kritischen Stellungnahmen in Bezug auf das Staatsleben zumeist ab.¹² Zur Zeit des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution leitete die täglich erscheinende Zeitung Rudolf Liebisch. Über die Berichterstattung hinaus trat er jedoch nicht in Erscheinung.¹³

Das *Anhaltische Tageblatt* war von 1882 bis kurz nach dem Ersten Weltkrieg die einflussreichste liberale Zeitung in Anhalt. In der Zeit der Sozialistengesetze entstanden, war es auch Ausdruck einer stärker werdenden liberalen Position.¹⁴ In der Zeit des Ersten Weltkrieges war der liberale Landes- und Kommunalpolitiker Heinrich Stanislaus Art'l dessen Eigentümer.¹⁵ Darüber hinaus war er auch Chefredakteur und damit hauptverantwortlich für die erschienenen Artikel.¹⁶

Als letzte der drei anhaltischen Zeitungen ist das *Volksblatt für Anhalt* zu nennen. Schon unmittelbar nach dem Ende der Sozialistengesetze, einhergehend mit verschiedenen sozialdemokratischen Vereinsgründungen ins Leben gerufen, hatte es in den ersten Jahren mit Schwierigkeiten beim Druck und Erscheinen zu kämpfen. Nachdem jedoch Heinrich Peus ab den 1890er Jahren die Verantwortung übernahm, wurde es zum einflussreichsten sozialdemokratischen Blatt für Anhalt und so auch für die Zeit des Ersten Weltkrieges bestimmend.¹⁷ Der aus Berlin stammende Peus entwickelte sich darüber hinaus für vier Jahrzehnte zur führenden Persönlichkeit der anhaltischen SPD.¹⁸ Das Vorhandensein von drei einflussreichen Zeitungen aus den unterschiedlichen für Anhalt bedeutenden politischen Strömungen ist eine wichtige Grundlage, um ein ausgewogenes Bild der Dinge zu erhalten. Denn in ihren unterschiedlichen Ausrichtungen stellen sie die Ereignisse aus ihrer Perspektive dar und bewerten sie anhand ihrer politischen Einstellung. Damit sind diese Leitmedien einerseits bei fehlendem Aktenmaterial wichtig für das Nachvollziehen der Ereignisse, andererseits sind sie Spiegel der Absichten ihrer jeweiligen Gruppen und der dahinterstehenden Einstellungen und Standpunkte.

Kultur- oder Gesellschaftsmagazine für den Raum Anhalt, die sich in irgendeiner Form mit dem Herzogshaus und dessen Wirkung und Auftreten in der Öffentlichkeit befasst hätten, waren nicht zu finden.

1.3. Literaturgrundlage

Grundsätzlich ist zu sagen, dass zur hier aufgeworfenen Frage keine Literatur zu finden war, die sich direkt und hauptsächlich dieser widmet. Zwar gibt es eine Reihe von Publikationen, die entweder die Zeit des Ersten Weltkrieges beleuchten oder gar auf die Ereignisse der Novemberrevolution selbst eingehen, jedoch geschieht dies immer unter einer anderen Fragestellung.

Eine Publikation, welche direkt zu den Ereignissen im November 1918 in Anhalt Stellung nimmt, ist ein Aufsatz von Torsten Kupfer aus dem Jahr 2001.¹⁹ Allerdings behandelt dieser nur am Rande die Abdankung der Askanier. Ausgehend von der Wahl und Ernennung Hesses zum Dessauer Bürgermeister im Februar 1918 beschreibt Kupfer den fortschreitenden Legitimations- und Vertrauensverlust der konservativen herzoglichen Regierung. Entlassung dieser Administration und Thronverzicht würden im November 1918 einhergehen, wobei die Rücktritte der Minister Ernst von Laue und Dr. Max Gutknecht als viel wichtiger erscheinen. Grundlegendes Anliegen der Darstellung ist eher die Beantwortung der Frage, warum die Revolution und die unmittelbare Zeit danach so ruhig verlaufen sind und vonseiten der Soldaten und bis dato oppositionellen Politiker kaum radikale Forderungen gestellt oder mit Gewalt erkämpft wurden. Die Gründe für diese Sonderstellung Anhalts seien die reformistische Tradition der Sozialdemokratie, die Schwäche der USPD und die erfolgreiche Zusammenarbeit von SPD und Liberale, die schon vor dem Krieg bestand.

Direkt zur Dynastie der Anhaltischen Askanier liegt der Aufsatz von Jan Brademann und Michael Hecht aus dem Jahr 2006 vor.²⁰ Da sich die Autoren der Dynastie- und Herrschaftsgeschichte ab dem Mittelalter widmen, sind der Erste Weltkrieg und das Jahr 1918 recht kurz abgehandelt. Entscheidend ist hier, dass die Abdankung auf das Bestreben und den Willen der Sozialdemokratie nach Egalisierung und Demokratisierung zurückgeführt wird. Der Prinzregent sei dabei einer drohenden Radikalisierung durch Rückzug zugekommen.

Neben diesen Publikationen gibt es jene, die sich mit Personen auseinandersetzen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelebt und gewirkt haben. Einer der einflussreichsten war der Sozialde-

mokrat Deist, der mit kurzer Unterbrechung fast die gesamte Zeit der Weimarer Republik hindurch Ministerpräsident des Freistaates Anhalt war. Günter Ziegler schildert in der Sonderausgabe der sachsen-anhaltischen Beiträge zur Landesgeschichte ebendieses Wirken. Jedoch beziehen sich nur wenige Ausführungen auf den Lebensweg vor der Ministerpräsidentenschaft und das Jahr 1918.²¹ Leider findet die Zeit des Ersten Weltkrieges hier keine Beachtung. Allerdings wird die Übergangszeit zwischen alter herzoglicher Regierung und dem Einsetzen und der Arbeit des von der Sozialdemokratie geführten Staatsrates ausführlicher beschrieben. Die verschiedenen Biografiesammlungen sind zumeist nur begrenzt hilfreich, bieten aber einen guten Überblick und ersten Einstieg in die Vielzahl der Persönlichkeiten jener Zeit.²²

In der Darstellung Roswitha Brendts in der dreibändigen Geschichte Sachsen-Anhalts aus dem Jahr 1994²³ entsteht der Eindruck, als sei der Thronverzicht auf das Drängen und die Initiative der Sozialdemokratie zurückzuführen. Schon im Oktober 1918 hätte das sozialdemokratische Volksblatt in einem offenen Brief an den Prinzregenten die Durchsetzung der Demokratie gefordert und nur wenige Tage nach den Demonstrationen, die von der SPD maßgeblich mitgetragen wurden, sei der Prinzregent zurückgetreten. Ein ähnlicher Zusammenhang wird auch bei einer weiteren Überblicksdarstellung zur Geschichte Sachsen-Anhalts von Hans-Joachim Bartmuß und Heinz Kathe hergestellt.²⁴ Hier soll der Verzicht infolge der Kundgebungen am 9. November 1918 geschehen sein. Mit abschließlichem Blick auf die Geschehnisse in Dessau beschreibt Ulla Jablonowski²⁵ die führenden Sozialdemokraten eher als unvorbereitet und überrascht von dem Zug der revolutionären Soldaten, die von Informationen aus Kiel und Berlin angetrieben wurden. So sei es auch zu erklären, dass ausgerechnet der Liberale Hesse zum vorläufigen Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates bestimmt wurde. Zum Prinzregenten sagt sie lediglich, er habe für das gesamte Haus resigniert.

In anderen Überblicksdarstellungen taucht der Sturz der Askanier entweder gar nicht auf²⁶ oder wird nur genannt²⁷, ohne näher auf die spezifischen Gründe einzugehen oder eine Beziehung zu anderen Ereignissen herzustellen.

Weiterhin liegen ebenfalls von Torsten Kupfer größere Darstellungen zu den politischen Verhältnissen in Anhalt im Kaiserreich und der Weimarer Republik vor. Im Buch *Der Weg zum Bündnis* liefert er eine Erklärung für das Zustandekommen des besonderen politischen Klimas in Anhalt.²⁸ So wurzelt diese gemäßigte und kompromissorientierte Grundhaltung im aufgeklärten Absolutismus von Leopold III. Friedrich Franz und entwickelt sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer dauerhaften Bereitschaft, politische Konflikte friedlich und sachorientiert zu bewältigen. Ausdruck dessen sei das frühe und solide Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Liberalen, welches auch dazu beigetragen hätte, politischer und gesellschaftlicher Abgrenzung entgegenzuwirken und Radikalisierungen vorzubeugen.

Das Buch Kupfers zur anhaltischen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik²⁹ hat zeitlich einen anderen Fokus, indem es den Freistaat als politisch stabiles Land mit einer reformorientierten sozialdemokratisch geführten Regierung schildert und die Gründe dafür ausmachen will. Jedoch kann auch hier kein ausgewogenes Urteil gefällt werden, ohne die Zeit davor zu betrachten. Dabei geht Kupfer natürlich auf die Zeit des Kaiserreichs und die Novemberrevolution 1918 ein. Auch werden dort prägende Persönlichkeiten genauer beleuchtet, so Peus, der schon seit den 1890er Jahren maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Sozialdemokratie in Anhalt gehabt habe und allmählich zur Führungspersonlichkeit aufgestiegen sei. Artikel, die ähnliche Probleme behandeln, ergänzen die eben genannten größeren Publikationen Kupfers oder nehmen Vergleiche zu anderen deutschen Staaten vor.³⁰

Einzelne Publikationen zu verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ergänzen und erweitern das Bild, sodass die leitende Frage nicht nur über Politik, Verfassung und Herzogshaus beantwortet werden kann, sondern auch der Einfluss anderer Gebiete geltend gemacht wird.³¹

Zuletzt müssen noch die Schriften aus der DDR-Zeit genannt sein. Auch wenn sich, wie bei den meisten Darstellungen aus dieser Zeit, oft die ideologische Komponente widerspiegelt, müssen sie doch mit berücksichtigt werden. Denn gerade zu dieser für die Sozialdemokratie und den Kommunismus so ereignisreichen Zeit wurde eine

beachtliche Fülle an Arbeiten verfasst, so auch für das Gebiet Anhalt. Schon um den Einfluss der kommunistischen Tendenzen nicht zu unterschätzen, dürfen diese Arbeiten nicht außen vor bleiben. Es liegen Schriften zur Novemberrevolution in den drei Städten Dessau, Bernburg und Köthen vor.³² All jene Arbeiten sind in verschiedener Form hilfreich für die Fragestellung, müssen jedoch mit der nötigen Vorsicht und unter Berücksichtigung der Entstehungszeit gelesen werden.

Arbeiten, in denen die Abdankung der deutschen Monarchen allgemein thematisiert wird, gehen auf die Verhältnisse in Anhalt kaum ein. Verständlicherweise ist dort das Reich und Preußen, gefolgt von den größeren Ländern wie Bayern, Sachsen oder Württemberg, im Fokus. Nichtsdestotrotz sind diese Untersuchungen für die Arbeit wichtig, da die deutschlandweite Entwicklung Einfluss auf die Geschehnisse in Anhalt hatte und somit immer mitgedacht werden muss.³³

Festzuhalten bleibt, dass es bei genauerem Hinsehen doch einige Publikationen gibt, die sich in verschiedensten Formen und unter unterschiedlichsten Fragestellungen der Zeit um 1918 in Anhalt widmen. Jedoch liegt keine Darstellung vor, die explizit die Frage nach den Gründen und Umständen der Abdankung stellt. Dies soll nun im weiteren Verlauf der Arbeit geschehen.

2. Kleinstaatliche Besonderheiten

Um die Situation und die Ereignisse in Anhalt im Jahr 1918 verstehen und richtig einschätzen zu können, muss zunächst ein kurzer Blick zurück geworfen werden. Beginnend mit Fürst Leopold III. Friedrich Franz und so der These von Torsten Kupfer über die Herausbildung des politischen Klimas in Anhalt folgend, „*daß eine relativ ungebrochene Tradition gemäßigter, d.h. kompromißbereiter Konfliktbewältigung unter Anerkennung sozialer Verantwortlichkeit [...] vom aufgeklärten Absolutismus im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts über das Kaiserreich bis in die Weimarer Republik hineinwirkend bestanden hat*“³⁴, sollen einige Grundzüge des anhaltischen Staatslebens und der Monarchie angesprochen werden.

2.1. Regierungsstil und Erbe des Fürsten Franz

Um eine Institution wie die Monarchie zu legitimieren, brauchte es in einem modernen Zeitalter, wie dem 20. Jahrhundert, nicht nur anerkannte oder wenigstens respektierte Herrscher, die faktisch oder nominell an der Spitze der Regierung standen. Sicherlich darf auch nicht das Vorhandensein eines gewissen wirtschaftlichen Wohlstands und Fortschritts außer Acht gelassen werden, wie er im Reich Wilhelm II. durchaus bestand. Es bedurfte aber auch Traditionen oder herausragenden Persönlichkeiten, die über ihre Zeit hinaus wirkten und so der Regierungsform nicht nur Glanz, sondern auch Legitimation verschafften.

Einer der in Anhalt als positives Sinnbild eines guten Herrschers fungierte und somit allgemein eine wichtige Stütze für die Akzeptanz des Herzogtums darstellte, war Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (1740-1817), genannt Vater Franz. Schon allein die Titulatur als Vater zeigt, wie groß die Hochachtung ihm gegenüber war. Man hat ihn nicht als den Großen bezeichnet, wie man das mit seinem Zeitgenossen Friedrich II. von Preußen getan hat. Entscheidend dabei ist wohl, dass er sich nicht im Krieg verdient gemacht und seinem Land mit militärischen Mitteln Größe und Prestige verliehen hatte. Er war ein Friedensfürst³⁵, so ein weiterer Beiname, der sich im Gedächtnis Anhalts festgesetzt hat. Auch wenn

der Beiname eine kleinstaatliche Besonderheit ist, da wohl nur in dieser kleinen Dimension solch ein Gefühl sowie der dazugehörige Beiname entstehen kann und hinter dem Glanz auch Schatten zum Vorschein kommen, so ist er in der Gesamtheit sicherlich eine Identifikationsfigur für das Herzogtum an sich und wirkte so weit über seinen Tod hinaus.

In der Tat sind seine Leistungen für das kleine Herzogtum Anhalt-Dessau beachtlich. Schon mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte mit nur 18 Jahren brach er mit den militärischen Traditionen seines Hauses, indem er den großen Nachbarn Preußen bei dessen expansiven Unternehmungen nicht mehr unterstützte. Geleitet von den Idealen der Aufklärung und seinen Eindrücken von den mehrmaligen Studienreisen, besonders nach England, versuchte er erfolgreich führende Köpfe der Zeit an seinen Hof zu holen, so beispielsweise den Architekten Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff oder den Pädagogen Johann Bernhard Basedow. Die Neuerungen und Reformen, die dabei auf den Gebieten des Städtebaus, der Musik, des Theaterspiels, der Pädagogik und der Landschaftsgestaltung erzielt wurden, brachten Anhalt den Ruf eines Vorzeigestaates ein.³⁶

Doch nicht nur auf künstlerischer und intellektueller Ebene sind Erfolge erzielt worden. Mit einem groß angelegten Reformwerk, die Kranken-, Armen- und Altenfürsorge betreffend, wurden die Lebensbedingungen der Bevölkerung insgesamt verbessert. Hinzu kamen Versuche, die Landwirtschaft zu modernisieren, wozu zählte, Land an Arme zu verteilen und Manufakturen entstehen zu lassen.³⁷ Das Dessau-Wörlitzer-Gartenreich ist ein weiteres Beispiel für die künstlerischen aber auch sozialen Ambitionen des Monarchen, weil er damit das Ziel verfolgte, die Untertanen in Lohn und Brot zu bringen.³⁸

Die sonst an vielen Höfen strikt eingehaltene Trennung zwischen Adel und Bürgertum war in Dessau kaum zu erkennen. Der Bürgerfürst Franz ging beispielsweise ohne jegliche Bedienstete durch die Stadt und gab die Fürstenloge im Theater auf, die bis dahin Symbol seiner Sonderstellung war.³⁹

Zu guter Letzt gelang es ihm sein Land, trotz aller Schäden und Nöte der Kriege, gut durch die Napoleonische Zeit zu führen und

dabei noch eine Standeserhöhung zu erwirken. Wie die Herrscher von Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen konnte er Anfang des 19. Jahrhunderts den Herzogtitel annehmen, da Napoleon Wohlwollen gegenüber Anhalt zeigte und Franz das französische Protektorat anerkannte.⁴⁰ Nach der Teilnahme an den Befreiungskriegen gegen Napoleon 1813 gelang es auf dem Wiener Kongress, die drei Anhaltischen Herzogtümer als eigenständig zu erhalten und sie als Mitglieder des Deutschen Bundes in der Schlussakte festzuschreiben.⁴¹

Auch wenn es einige negative Seiten gibt, wie die unglückliche Ehe mit Luise Henriette Wilhelmine, liest sich seine Biografie so positiv, wie kaum eine andere. So verwundert es nicht, dass Hugo Junkers mehr als ein Jahrhundert später Folgendes sagte: „*Und hätte Anhalt nur den Fürsten Franz als Persönlichkeit hervorgebracht, [...], so wäre das kleine Anhalt es trotzdem wert, im Kanon der deutschen Länder als eines der Ersten genannt zu werden.*“⁴² Entscheidend für die hier gestellte Frage ist, dass sich resultierend aus dem Regierungsstil und Reformwerk und sicherlich auch aus der Verklärung des Fürsten, ein entspanntes Verhältnis zwischen Adel und Bürgertum gebildet hat, welches zumeist in dem Bestreben mündete, politische Konflikte nicht eskalieren zu lassen und gemeinschaftlich zu lösen.⁴³

2.2. Existenzangst und gemäßigte Politik

Mit den Wiener Beschlüssen von 1815 hatte sich die geopolitische Situation Anhalts entscheidend verändert. Zwar war es nicht gelungen, wie ursprünglich von Preußen angedacht, Anhalt und ganz Sachsen zu annektieren. Jedoch wurde Anhalt, abgesehen von einem kleinen Grenzabschnitt mit dem Herzogtum Braunschweig, nun fast vollständig von Preußen umschlossen.⁴⁴ Allein die preußische Provinz Sachsen hatte mit ca. 25.000 km² Gesamtfläche mehr als das Zehnfache des anhaltischen Territoriums mit ca. 2.300 km².⁴⁵ Diese Situation führte zwangsläufig zu einer größeren Abhängigkeit der anhaltischen Staaten vom großen Nachbarn Preußen. Allerdings war man in den folgenden Jahrzehnten immer wieder bemüht, wenigstens vereinzelt seine Selbstständigkeit zu betonen.

Beispielsweise gab die preußische Zollpolitik dazu Anlass. Ein Gesetz Preußens von 1818 behandelte die anhaltischen Staaten wie eigenes Territorium und verlangte zudem hohe Durchgangszölle. Einige Jahre konnten die anhaltischen Herzöge dem Druck standhalten. Nach und nach musste man allerdings erkennen, dass die Nachteile diese Auseinandersetzung überwogen und eine Einigung suchen. 1823 traten Anhalt-Dessau und Anhalt-Bernburg dem preußischen Zollgebiet bei. Erst weitere fünf Jahre später folgte Anhalt-Köthen. Dessen Herzog Ferdinand hatte sich über ein Jahrzehnt besonders hart widersetzt. Dies führte zu Klagen beim Bundestag, zur Beschlagnahmung anhaltischer Schiffe und einem ausgedehnten Schmuggel. Für die kommenden Jahrzehnte hatte das letztendliche Zurückweichen Anhalts zusammen mit der geografischen Lage eine enge wirtschaftliche und darüber hinaus auch eine politische und gesellschaftliche Verflechtung zur Folge, die für Anhalt eine Schwächung der Eigenständigkeit bedeutete.⁴⁶

Zur Zeit der Revolution 1848/49 existierten noch drei anhaltische Staaten. Die faktische Trennung der Gebiete wurde allerdings davon überlagert, dass lediglich die Dessauer Linie, an deren Spitze Leopold IV. Friedrich stand, im Jahr der Revolution noch handlungsfähig war. Schon 1847 war mit dem Tod Heinrichs die Köthener Linie erloschen, deren Besitz auf Anhalt-Dessau überging. Mit Alexander Karl saß zwar noch bis 1863 ein weiterer Askanier in Bernburg, doch musste dieser schon im März 1848 eingestehen, nicht mehr Herr der Lage zu sein und überließ die Regierungsgewalt dem Dessauer Leopold IV. Damit bestanden in der Revolution staatsrechtlich zwar noch drei anhaltische Staaten, jedoch lagen die Führung und so auch die Entscheidungsbefugnis in Bezug auf die Forderungen der Revolutionäre in einer Hand.⁴⁷

Genau wie seinem Großvater und Vorgänger Fürst Franz war auch Leopold IV. eine lange Regierungszeit gegeben. Im Jahr 1794 geboren, wurde er mit nur 22 Jahren Herzog von Anhalt-Dessau und konnte 1871 wiederum seinem Nachfolger ein geeinigtes Herzogtum Anhalt übergeben. In den ersten Jahren seiner Regierung bemühte er sich darum, das Werk seines Großvaters fortzuführen und auszubauen. Dabei war es ihm ein Anliegen, den Landesausbau und die gemachten Fortschritte in der Landwirtschaft weiter voran-

zutreiben. Land wurde kultiviert und bestehende Ackerflächen neu eingeteilt. Hinzu kamen Reformbemühungen in der Justiz und der gezielte Ausbau von Städten.⁴⁸

Wie auch in anderen Teilen Deutschlands musste sich der Herzog Anfang 1848 zunächst dem Sturm der Revolution beugen und auf die gestellten Märzforderungen nach Verfassung, bürgerlichen Rechten und Freiheiten wenigstens zum Teil eingehen. So wurden auch in Anhalt Märzministerien eingesetzt, Revolutionslandtage einberufen und Verfassungen erarbeitet. Die Zugeständnisse mussten schon deshalb gemacht werden, da zu diesem Zeitpunkt von Preußen keine Unterstützung zu erwarten war. Darüber hinaus standen die anhaltischen Revolutionäre über die nun vorhandenen Eisenbahnverbindungen im regen Austausch mit Magdeburg und Halle.⁴⁹

Einhergehend mit dem Scheitern der Revolution in ganz Deutschland, was mit der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. symbolisch Ausdruck fand, wurde auch in Anhalt die Situation für die Revolutionäre schlechter. So musste Leopold IV. zwar die Verfassung von Dessau und Köthen unterschreiben, der Sanktionierung der Bernburger konnte sich Herzog Alexander Karl jedoch durch Flucht nach Preußen entziehen.⁵⁰

Die endgültige Niederlage der Revolution wurde in Bernburg durch den Tod von 14 Revolutionären besiegelt, als das Militär im März 1849 in eine Gruppe Demonstrierender schoss, um diese gewaltlos aufzulösen. In der Folge war Preußen sehr daran interessiert, auch beim kleinen Nachbarn Anhalt die noch bestehenden Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen. Mit dem endgültigen Sieg der reaktionären Kräfte war es auch in Anhalt möglich, offensichtlich und mit Nachdruck gegen noch bestehende Märzministerien vorzugehen. Diese wurden durch konservative preußische Beamte ersetzt, was mit Bestrebungen einherging, die Verfassung außer Kraft zu setzen. Dies geschah auch wenige Jahre später.⁵¹

Bei der angestrebten Neuordnung des Reiches im Zuge der Revolution war es wieder äußeren Umständen zu verdanken, dass Anhalt nicht von der Landkarte verschwand. Die Mediatisierungsbestrebungen einiger Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, allen voran Robert von Mohl, sahen vor, Kleinstaaten mit einer Einwohnerzahl von unter einer halben Million aufzulösen und dem

Nachbarn, in dem Fall Preußen, einzuverleiben. Die Dessauer Regierung wehrte sich vehement dagegen. Das Scheitern der Revolution machte letztlich alle Bestrebungen zunichte, sodass die anhaltischen Staaten auch diesmal erhalten blieben.⁵²

In der Folge war man bemüht, sich dem großen Nachbar anzunähern, so durch die Übernahme von Gesetzen, dem Einsatz preußischer Beamter im Staatsdienst oder der Unterstellung des Militärs unter preußischem Befehl in den Reichseinigungskriegen gegen Dänemark und Österreich. Die Betonung der Selbstständigkeit erfolgte dagegen im wirtschaftlichen Bereich. Aufgrund seiner politischen Tätigkeit während der Revolution 1848/49 hatte Viktor von Unruh in den 1850er Jahren vergeblich versucht, in Preußen ein neues Unternehmen aufzubauen. In Anhalt erhielt er hingegen die Unterstützung der Minister und die Garantie des Herzogs, sodass er die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau gründen konnte, die zu einem der entscheidenden Motoren der anhaltischen Wirtschaft wurde.⁵³

Was man durch die Ereignisse der Revolution schon vermuten konnte, wurde wenige Jahre später Realität. Sukzessiv wurde aus den drei eigenständigen Staaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein einheitliches Herzogtum. Im Jahr 1858 vereinigten sich die Teile Dessau und Köthen offiziell. Wenige Wochen nach dem Tod des Bernburgers Alexander Karl 1863 und somit dem Aussterben der gesamten Linie wurde Anhalt unter den einzig verbliebenen Dessauern wieder vereint. Leopold IV. Friedrich führte nun den Titel Herzog von Anhalt und Dessau wurde zur Hauptstadt des gesamten nun vereinten Gebietes.⁵⁴

Im Prozess der Reichseinigung unter preußischer Führung kam Anhalt mit seinen nunmehr etwa 193.000 Einwohnern eine untergeordnete Rolle zu. Nach der Teilnahme an den ersten beiden Reichseinigungskriegen gegen Dänemark 1864 und Österreich 1866 trat das Herzogtum Ende desselben Jahres dem neu geschaffenen Norddeutschen Bund bei.⁵⁵

Wie schon in den beiden anderen Auseinandersetzungen nahm das Herzogtum auch am dritten Einigungskrieg gegen Frankreich 1870/71 teil. Unter der Führung des Erbprinzen Friedrich kämpfte das Anhalter Regiment erfolgreich im IV. Armeekorps. So war es auch



Herzog Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (1740-1817)



Herzog Leopold IV. Friedrich von Anhalt-Dessau (1794-1871)



Herzog Ferdinand zu Anhalt - Köthen (1769-1830)



Herzog Alexander Karl von Anhalt -Bernburg (1805-1863)

Friedrich, der am 18. Januar 1871 an der Kaiserproklamation im Schloss von Versailles teilnahm. Als eines von insgesamt 25 Mitgliedern des neuen Deutschen Kaiserreiches hatte Anhalt im Bundesrat, also in der Vertretung der Fürsten, eine Stimme und im nach freier, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung gewählten Reichstag zwei Stimmen. Nur wenige Monate später starb der alte Herzog Leopold IV. Friedrich. Sein Nachfolger wurde sein Sohn Friedrich I.⁵⁶

Wie im gesamten Kaiserreich kam es auch in Anhalt zu tief greifenden und massiven gesellschaftlichen Veränderungen. Der demografische Wandel jener Zeit ließ die Bevölkerung Anhalts von etwas über 200.000 Einwohnern im Jahr der Reichsgründung auf zwischenzeitlich ca. 293.000 im Jahr 1894 und dann 1900 auf ca. 316.000 anwachsen. Damit hatte sich die Bevölkerungszahl um mehr als das Eineinhalbfache in nur 30 Jahren vergrößert. Noch deutlicher werden die Dimensionen, wenn man sich die Veränderungen in den größten Städten anschaut. So steigerte die Hauptstadt Dessau ihre Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum von 17.200 auf rund 51.000, Bernburg von 13.000 auf 34.000 und Zerbst relativ geringer von 12.000 auf 18.000 Menschen.⁵⁷ Der stetige Anstieg der Bevölkerung war ein wesentlicher Grund für weitreichende wirtschaftliche und politische Veränderungen. Diese wiederum stellte das System der Monarchie vor neue Herausforderungen.

Spätestens seit den 1860er Jahren war Anhalt eines der deutschen Länder, die am weitesten industriell entwickelt waren. Der Anteil der Erwerbstätigen in den Bereichen Industrie und Gewerbe lag mit 40,7% erkennbar über dem Reichsdurchschnitt von 33,7%.⁵⁸ Herausragende Beispiele der wirtschaftlichen Prosperität sind die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft (DCGG), die Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik AG (BAMAG) und die Unternehmen Junkers in Dessau. Alle samt Firmen, die mit ihren beträchtlichen Beschäftigungszahlen, dem deutschlandweiten Agieren und den hohen Umsätzen zu Motoren der anhaltischen Wirtschaft wurden. Wie überall in Deutschland stieg der Anteil der Industriearbeiter, was sich vor allem auf das Feld der Politik auswirkte.⁵⁹

So wie auch später für den Reichstag, erhielt Anhalt durch die Norddeutsche Bundesverfassung zwei Wahlkreise. Damit verbunden war

die Garantie für eine Reihe von Grundfreiheiten und das demokratische Wahlrecht für den Reichstag.⁶⁰ Als Resultat dieser Entwicklung wurde die bis dahin ständische Aufteilung des anhaltischen Landtages zumindest dem Anschein nach im Jahr 1872 aufgegeben. Die Kammer bestand zwar weiterhin aus 36 Mitgliedern, allerdings wurde die Zusammensetzung geändert. Es gab nun fünf verschiedene Vertretergruppen: Zwei Abgeordnete wurden vom Herzog direkt ernannt, acht wurden von den meistbesteuerten Grundbesitzern gestellt (fester Grundsteuerbetrag von mindestens 63 Mark), zwei von den meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden (steuerpflichtiges Einkommen von mindestens 18.000 Mark), vierzehn konnten die Wahlberechtigten der Städte und zehn die des platten Landes wählen. Aktiv wahlberechtigt war jeder Anhalter, der das 25. Lebensjahr vollendet hatte. Undemokratisch an diesem Wahlrecht war ebenfalls, dass für die letzten beiden Vertretergruppen Zusatzbestimmungen galten. So musste man entweder Besitzer eines Hauses oder Grundstücks sein oder Einkommen von 1.500 bzw. 600 Mark nachweisen können, um wahlberechtigt zu sein. Zwar erfüllten aufgrund der steigenden Löhne immer mehr Personen diese Kriterien, undemokratisch wie diese Bestimmungen waren, mussten sie doch immer wieder Gegenstand sozialdemokratischer und linksliberaler Kritik sein.⁶¹

Wie im gesamten Kaiserreich sind die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg gekennzeichnet von einer rasanten Politisierung der Bevölkerung. Bis zum Ende der Sozialistengesetze im Jahr 1890 bestimmten die Liberalen das politische Geschehen in Anhalt. Danach verlagerten sich die Gewichte immer mehr zugunsten der Sozialdemokraten. Öffentliche Kundgebungen jeglicher Art wurden nun Teil der politischen Kultur. So kam es am 1. Mai 1892 zu einem ersten Maïumzug in Dessau. Zwar wurden die Demonstranten von einem großen Polizeiaufgebot begleitet und immer wieder daran gehindert, die Innenstadt zu betreten, jedoch verlief die gesamte Veranstaltung – wie auch die meisten anderen in späterer Zeit – friedlich und ruhig. Darüber hinaus hatte man eher praktische Forderungen, so beispielsweise die Einführung des Achtsturentages.⁶²

Ein anschauliches Beispiel für den schon angesprochenen Kompromisswillen, ist der 1887 von Liberalen gegründete und in dieser

Form einzigartige *Verein der Anhaltischen Arbeiter*. Außergewöhnlich an diesem Projekt war vor allem die tatsächliche Einbindung der Arbeiter. Die liberalen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Oechelhaeuser und Richard Roesicke ließen als wesentlichen Teil des Vereins Arbeiterausschüsse einsetzen. Dies führte dazu, dass die Arbeiter und deren Vertreter früh daran gewöhnt wurden, sich an gewisse Regeln der Auseinandersetzung zu halten. Dies funktionierte aber nur, da man durch diese Institution das Gefühl einer gewissen Selbstbestimmung und Anerkennung vermittelt bekam.⁶³ Das gemäßigte politische Klima fand nach der Jahrhundertwende vor allem im Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Linksliberalen Ausdruck. Die von den Konservativen und Nationalliberalen immer mehr ausgegrenzten Linksliberalen fanden in den Jahren 1900 bis 1904 eine Bündnisalternative in den gemäßigten Sozialdemokraten Anhalts. In Stadtverordneten- und Landtagswahlen konnte dieses Bündnis einige Erfolge erzielen. Gleichwohl waren die Nationalliberalen und Konservativen auch aufgrund des Wahlrechts immer noch erfolgreicher. Gegen Ende des Jahrzehntes kam es, u.a. bedingt durch reichsweite Entwicklungen, zur Bildung eines Bürgerblocks in Anhalt, in dem fast das gesamte liberale Spektrum zusammen mit den Konservativen vertreten war. Die SPD war damit wieder ins Hintertreffen geraten. Der Bürgerblock ließ sich jedoch nur wenige Jahre aufrechterhalten. Schon 1908 bildete sich mit der links stehenden *Demokratischen Vereinigung*, in deren Reihen auch Fritz Hesse zu finden war, eine Gruppe, die nicht mehr gewillt war, die von Nationalliberalen und Konservativen bestimmte Politik mitzutragen. Angefangen mit Absprachen bei Stadtverordnetenwahlen konnte die Neuauflage der Koalition aus Linksliberalen und Sozialdemokraten 1912 beide Reichstagswahlkreise für sich gewinnen.⁶⁴

Wie stark diese Allianz in den Jahren vor dem Krieg geworden war, zeigte sich in den Wahlrechtsdemonstrationen im Jahr 1910. Am 3. April kamen die Genossen nicht nur in Dessau, sondern auch in Bernburg und Coswig zusammen. In der Hauptstadt fand die größte Kundgebung statt, bei der auch Rudolf Breitscheid und der spätere bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner anwesend waren.⁶⁵ Diesen Demonstrationen ging eine Reihe von Petitionen voraus, die

von den Sozialdemokraten an den Landtag gerichtet waren und nachdrücklich ein demokratisches Wahlrecht forderten. Für die kommenden Jahre beschränkte man sich wieder darauf, Forderung direkt an den Landtag zu stellen und größere Demonstrationen zu unterlassen.⁶⁶

Dieses Vorgehen hatte jedoch insoweit Erfolg, dass sich der Landtag ab 1911 mit einer Änderung des Wahlrechts befasste. Ende 1912 wurde ein erster Entwurf in den Landtag eingebracht.⁶⁷ Das Landtagswahlgesetz vom 27. April 1913 brachte noch einmal entscheidende Überarbeitungen mit sich, die jedoch aufgrund des Krieges weder in Kraft traten, noch zur Anwendung kamen. Dem Gesetz zufolge sollte der Landtag nun aus 46 Vertretern bestehen: Zwei vom Herzog ernannte, acht Abgeordnete der meistbesteuerten Grundbesitzer, fünf der meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden, je einen der Handelskammer, der Landwirtschaftskammer, der Handwerkskammer sowie der Arbeitskammer, sechzehn der Städte und elf des platten Landes.⁶⁸ Mit dieser Änderung wurde einerseits auf die anhaltenden Forderungen nach einem demokratischen Wahlrecht reagiert, andererseits der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen. Doch die Forderung der Sozialdemokratie nach einem Wahlgesetz, ähnlich wie dem des Reiches, wurde nicht erfüllt.

Zusammenfassend waren für den Kleinstaat Anhalt zunächst die besonderen Beziehungen zum großen Nachbarn Preußen prägend, die von Anlehnung aber auch gelegentlich betonter Distanz gekennzeichnet waren. So konnte und wollte man sich Preußen nicht gänzlich versperren. Die Erfahrungen von Krieg und Revolution zeigten zudem, dass man als Kleinstaat in wechsellvollen Zeiten um seine schiere Existenz fürchten musste und deshalb gerade zu Preußen nicht gänzlich auf Konfrontationskurs gehen konnte.

Dies wiederum wirkte sich auf das politische Klima des Kleinstaa-tes aus. Einerseits gab es einen breiten Konsens über den Erhalt der Eigenständigkeit Anhalts. Andererseits war man stets bemüht, gesellschaftliche Konflikte relativ friedlich zu lösen. Dies nahm seinen Anfang bei Fürst Franz und übertrug sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf die Konfliktbewältigung zwischen Arbeitern und Bürgertum. Hesses Schilderungen über den Umgang des



Herzog Friedrich II. von Anhalt (1856-1918)

monarchietreuen Dessauer Oberbürgermeisters mit den Sozialdemokraten zeigt dies beispielhaft: *„Parteipolitisch trat Ebeling niemals hervor. Er war überzeugter Monarchist, und das nationale Pathos, das viele seiner Reden beschwingte, war bei ihm echt. Gegenüber politisch Andersdenkenden bewies er Toleranz. Seine Unvoreingenommenheit und Aufgeschlossenheit wurde besonders von der Sozialdemokratie angenehm empfunden, und von ihrem Führer Peus wurde er stets respektiert.“*⁶⁹

Auch wenn man für Anhalt ein entspanntes Klima feststellen kann, so mag man im Vergleich zum Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zum Kaiserreich dieser Sachlage noch nichts Außergewöhnliches beimessen. Bis zum Ersten Weltkrieg waren die Sozialdemokraten im Reichstag zur stärksten Fraktion geworden. Darüber hinaus gab es für die Wahlen 1912 erste Absprachen mit den Linksliberalen. Ungeachtet der revolutionären Rhetorik, war die SPD in den Jahren von 1890 bis 1914 auf einen mehr pragmatischen Kurs eingeschwenkt. Offensichtliche Unterschiede zwischen dem reformistischen und radikalen Flügel verhinderten nicht, dass die Sozialdemokratie mit ihrem meist pragmatischen Handeln zum großen Teil in die Ordnung des Kaiserreichs hineinwachsen konnte und trotz anhaltender Diskriminierung und Schikane vielfältige Betätigungsfelder fand. Die Besonderheiten in Anhalt zeigen sich deshalb erst mit dem Ersten Weltkrieg deutlich, als es im Reich nicht mehr gelang, die unterschiedlichen Richtungen zusammenzuhalten und auf eine gemeinsame Linie zu bringen.⁷⁰

2.3. Zurückhaltende Herrschaft und deren Folgen

Als im Jahr 1901 der letzte Herzog von Anhalt, Joachim Ernst, auf die Welt kam, veranlasste das Heinrich Peus, den führenden anhaltischen Sozialdemokraten und Redakteur des Volksblattes, einige Gedanken dazu zu äußern. Zunächst war ihm wichtig hervorzuheben, dass die Sozialdemokratie die Askanier nicht als Feinde ansehen würden. *„Wir wissen uns völlig frei von jeder, auch der allergeringsten feindseligen Stimmung gegen die in Anhalt regierende Familie. Einmal verbietet uns solche Feindseligkeit schon unsere politische Anschauung, wonach nicht die Men-*

schen die Dinge, sondern die Dinge die Menschen schaffen.“ Er äußert jedoch auch Bedenken, indem er schrieb: *„Welch ein Schicksal dem neugeborenen Herzog blüht, wer kann das sagen? Nicht daß ein Prinz geboren wurde, der in der Zukunft Herzog von Anhalt werden könnte, ist das wichtigste, sondern ob die politischen Machtverhältnisse der Zukunft einem Herzog von Anhalt überhaupt eine Existenzgrundlage bieten werden.“*⁷¹ Peus sollte gerade bei Joachim Ernst mit seiner Andeutung recht behalten. Unabhängig davon kann man aus dieser öffentlichen Verlautbarung erlesen, dass die vorrangigen Ziele der sozialdemokratischen Führung in Anhalt nicht darin bestanden, das Herzogshaus zu gefährden, sondern eine Veränderung der politischen Gegebenheiten zu bewirken. Diese Ansicht wurde ebenfalls beim Regierungsantritt Friedrichs II. drei Jahre später deutlich. Dort hieß es in einem weiteren Artikel des Volksblattes, die Sozialdemokratie sei sich bewusst, dass der eigentlich Regierende nicht mehr der Herzog, sondern sein dazu ernannter Vertreter sei. Um zum Wohle des gesamten Volkes zu handeln und seine Stellung zu behalten, dürfe er nicht zum Hemmnis der sozialpolitischen Entwicklungen werden.⁷²

Nur wenige Wochen nach dem Ableben des Herzogs Friedrichs I. am 24. Januar 1904 wurde von offizieller Seite, d.h. von den vier Oberbürgermeistern und den fünf Kreisdirektoren, ein Komitee ins Leben gerufen, welches sich um die Errichtung eines Denkmals kümmern sollte.⁷³ Das Reiterstandbild, das die Verdienste des verstorbenen Herzogs im Deutsch-Französischen-Krieg wiedergeben sollte, wurde schließlich am 19. Juni 1907 feierlich enthüllt und der Öffentlichkeit präsentiert.⁷⁴ Im Volksblatt wurde dazu Folgendes berichtet: *„An den Sockel sind u.a. die Worte eingemeißelt: ‚Dem Gedächtnis seines Herzogs das dankbare anhaltische Volk.‘ Die anhaltischen Arbeiter haben keine Ursache, dem verstorbenen Herzog dankbar zu sein, denn unter seiner Regierung wurde vielen Tausenden von ihnen das Landtagswahlrecht genommen. Wenn die Inschrift also korrekt sein soll, so muss noch hinzugefügt werden: ‚Mit Ausschluß der Arbeiterklasse!‘“*⁷⁵ Auch wenn der Ton hier etwas schärfer ist, war die Sozialdemokratie doch vornehmlich bestrebt, ein demokratisches Wahlrecht zu erkämpfen.



Reiterstandbild Friedrich I. in Dessau

Seine Aufgabe als Herzog sah Friedrich II. hauptsächlich darin, die Kunst zu fördern. Besonders für das Theater engagierte er sich. Seinem Bestreben war es zu verdanken, dass Wagners sehr aufwendiges Stück *Ring der Nibelungen* seit 1890 dort zu sehen war. Darüber hinaus war er Initiator zahlreicher Symphoniekonzerte sowie Musikfeste und war fortwährend bestrebt, auch andere Bereiche der Kunst, wie Malerei und Bildhauerei, in Anhalt zur Geltung zu verhelfen.⁷⁶ Hinzu kam, dass die Familie in verschiedenen Unternehmungen stiller Teilhaber war oder den Namen für wohltätige Stiftungen hingab.⁷⁷

Es ist anzunehmen, dass das Bürgertum Gefallen an diesen kulturellen Aktivitäten gefunden hat. Zu bezweifeln ist allerdings, dass dieses Engagement als Mäzen in weiten Teilen der Arbeiterschaft in hoher Anerkennung stand. Hesses Einschätzung dazu bestätigt diese Annahme: *„Von den Ausstrahlungen des Theaters blieben freilich die Wohnbezirke der nach Dessau einströmenden Industriearbeiter so gut wie unberührt. Das Theater war und blieb im wesentlichen Honoratiorentheater, und es bestand bei den leitenden Persönlichkeiten des Theaters auch kein Interesse, diesen Charakter zu ändern. Noch einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, als ich als damaliger demokratischer Stadtverordneter im Dessauer Gemeinderat anregte, die Theaterleitung möchte durch Einführung billiger Volksvorstellungen minderbemittelten Volkskreisen in höherem Grade als bisher den Besuch des Theaters ermöglichen, stieß dieser Vorschlag an den maßgebenden Stellen auf eisige Ablehnung.“*⁷⁸

Hesse weiß ebenfalls zu berichten, dass der Herzog sehr zurückhaltend und introvertiert war: *„Er hatte nur eine Liebe, und das war die Musik, die er mit Leidenschaft pflegte. Manchmal drang sein Klavierspiel noch zu später Nachtstunde in die Stille der Kavaliertstraße. Menschenscheu wie er war, vermied er jeden Gang durch die Straßen. Selbst die wenigen Schritte vom Palais zum gegenüberliegenden Theater legte er nur in der Hofkutsche zurück. Der ihm von seinem Vater übertragenen Aufgabe der Leitung des Theaters wurde er mit großer Hingabe und Gewissenhaftigkeit gerecht.“*⁷⁹

Das letzte große Ereignis vor dem Krieg, bei dem die Askanier noch einmal im Mittelpunkt des Interesses standen, war das 25-jährige Vermählungsjubiläum des Herrscherpaares, Herzog Friedrich II. und seiner Gattin am 2. Juli 1914. Da die Mutter der Herzogin kurz zuvor gestorben war, entschied sich das Paar, den Tag unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Berchtesgaden zu verbringen.⁸⁰

In einer geheimen Sitzung des Landtags im März des Jahres, die über die Form eines Geschenks zur Silberhochzeit zu beraten hatte, konnte nach kurzer Diskussion eine Übereinkunft gefunden werden. Dem Paar sollte eine Summe von 100.000 Mark zur Unterstützung wohltätiger Vorhaben zur Verfügung gestellt werden. Diese Maßnahme wurde von allen Mitgliedern des Landtags gut geheißen, weshalb das Glückwunschsreiben überaus freundliche Worte für den Herzog fand.⁸¹

Die allgemeine Zurückhaltung des Herzogshauses und das sachliche Verhältnis der Sozialdemokratie zur Familie spiegeln sich auch darin wieder, dass das Volksblatt gerade zu Anlässen wie dem Geburtstag des Herzogs teilweise keine Artikel diesbezüglich veröffentlichte. An Tagen also, da sich in der konservativen und liberalen Presse die Lobeshymnen auf den Herzog auf fast einer Seite hinzogen, wurde von der Sozialdemokratie dieses Thema bewusst ausgespart und damit auf Kritik verzichtet. Fast zwiespältig ist dagegen die Anschauung der Liberalen. So hatte man im Tageblatt zum Geburtstag im Jahr 1908 zunächst in überschwänglichen Worten nur Lob und Ehre für den Herzog parat, um dann doch leise Kritik zu äußern: *„Nicht das politisch in Anhalt nichts mehr zu wünschen bliebe! Das ehrwürdige Alter überkommener Einrichtungen steht manchem Fortschritt zäh entgegen, insbesondere die Frage des Wahlrechts ist ein Punkt, in dem die Wünsche des weitaus größten Teiles des anhaltischen Volkes auf Seiten der Staatsregierung noch immer energischer Ablehnung begegnen. Die Bewegung wird indes nicht ruhen, denn sie weiß, daß die Grundlage zum Fortschritt auch hierin mit der seitherigen Entwicklung gegeben ist.“* Die Integrität des Herzogs und der Monarchie sollte damit allerdings keinesfalls infrage gestellt sein, denn

der Herzog sei „*ein Sohn der neueren Zeit, begeistert für alles Edle und Schöne [...] ein Menschenfreund und Landesvater.*“⁸²

In den Lebensbeschreibungen Fritz Hesses und Heinrich Deists erscheint das Herzogshaus als politischer Faktor fast gar nicht. Gerade die ausführlich beschriebenen zwei Jahrzehnte vor dem Krieg mit dem Zusammengehen von Sozialdemokratie und Teilen der Liberalen weisen bei Hesse keine politische Aktivität des jeweiligen Herzogs auf. Alles geschah ohne seine direkte Einmischung. Das oben beschriebene politische Klima hatte zudem die Wirkung, dass von den Sozialdemokraten keine radikalen Forderungen gestellt wurden, sondern ein überaus gemäßigter und reformistischer Kurs über Jahrzehnte beibehalten wurde. Das wiederum gemischt mit der Zurückhaltung des Herzogs hatte zur Folge, dass dieser nicht Gegenstand elementarer, die Existenz infrage stellender Kritik wurde. Prozesse wegen Majestätsbeleidigung gab es deshalb kaum und auch der wilhelminische Militarismus und die Uniformverliebtheit spielten bei den Askaniern durchweg fast keine Rolle. Hesse ging sogar soweit, die Situation in Anhalt folgendermaßen zu charakterisieren: „*[...] das gesamte Bürgertum [war] einig in seinem Bekenntnis zur Monarchie, deren Ewigkeitsdauer gewährleistet schien, und gegen das herzogliche Haus bestand auch in Arbeiterkreisen keinerlei Animosität.*“⁸³

Die Zurückhaltung der Herzogsfamilie scheint demzufolge nur positive Wirkung auf die Akzeptanz der Monarchie in Anhalt gehabt zu haben. Sie konnte allerdings eine gewisse Gefahr in sich tragen. Ein Herzog in der ausschließlichen Position als gelegentlicher Wohltäter und Repräsentant des Staates, der kaum öffentlich wahrgenommen wurde und dessen Macht mit den Veränderungen des Industriezeitalters immer mehr zurück ging, konnte unter Umständen leicht entbehrlich und verzichtbar sein, da er außer der Rolle der Symbolfigur eines Kleinstaates nichts weiter für sich zu beanspruchen wusste. Verstärkt wurde dies noch dadurch, dass auch die Herrscher von Anhalt fest in einer dynastischen Denkweise verankert waren. Folglich war man trotz schwindender Legitimation nicht ohne Weiteres bereit, etwas von seinen Befugnissen abzugeben und einer Parlamentarisierung des Landes zuzustimmen.

3. Der Erste Weltkrieg und seine Auswirkungen

Das Attentat von Sarajevo am 28. Juni 1914 brachte den schon länger schwelenden Konflikt zwischen den Großmächten Europas zum Eskalieren. Nach den gescheiterten Friedensbemühungen folgten bis Anfang August die gegenseitigen Kriegserklärungen. Der Erste Weltkrieg war ausgebrochen und sollte in den vier Jahren des Kampfes grundlegende Änderungen mit sich bringen.

In Anhalt fanden, hauptsächlich initiiert von der Sozialdemokratie, Protestaktionen gegen einen möglichen Krieg statt. Noch am 28. Juli wurde eine große Versammlung in Dessau einberufen. Dort sprach der sozialdemokratische Bezirkssekretär aus Magdeburg, Hermann Beims. Er verurteilte zwar das Attentat auf den österreichischen Thronfolger, genau so entschieden sprach er sich aber auch dagegen aus, nun Hunderttausende in den Krieg zu schicken. An anderen Orten, wie Roßlau, Coswig oder Jessnitz, wurden von den Parteisekretären ähnliche Gedanken geäußert. Alle schienen sich der großen Gefahr des Krieges bewusst zu sein und riefen dazu auf, mit Friedensdemonstrationen dem Hurratriotismus und der Kriegstreiberei entgegen zu wirken.⁸⁴ In den Folgetagen kam es immer wieder zu ähnlichen Veranstaltungen. Eine weitere Kundgebung, welche für den 31. Juli anberaumt war, konnte hingegen nicht mehr stattfinden, weil sie letztlich verboten und der Belagerungszustand verhängt wurde.⁸⁵

Eine euphorische Stimmung scheint in Dessau nur sehr langsam aufgekommen zu sein. Die Menschen, die in den ersten Augusttagen massenhaft auf den Straßen unterwegs waren, wurden größtenteils von ihrer Neugier getrieben und diskutierten aufgeregt die Folgen des Krieges für die Lebensmittelversorgung und die Preise.⁸⁶ Eine Verlautbarung des Herzogs vom 4. August trägt, unabhängig von der angesprochenen Euphorie, ähnliche Sorgen. Der ruhige Ton lässt keinerlei hetzerische Einstimmung auf den Krieg erkennen:⁸⁷

„In diesem bedeutungsvollen Augenblick, der Deutschlands Söhne zu den Waffen ruft, drängt es mich meinen Anhaltinern zu sagen, daß ich eins bin mit ihnen in der Begeisterung für den Kampf zum Schutze unseres großen teuren Vaterlandes, eins in der liebevollen Sorge der Zurückgebliebenen um diejenigen, die Leib und Leben für des Reiches Ehre einsetzen, und eins mit der Opferfreudigkeit für die gerechte deutsche Sache. Ich bin gewiß: wie sich draußen im Felde Anhalts waffenfähige Mannschaft ihrer Väter und deutschen Namens würdig zeigen wird, so werden sich in der Heimat alle Hände und Herzen für das Vaterland regen. Hier gilt es Wunden zu heilen, Schmerzen zu lindern und Not und Entbehrung fernzuhalten. Es gilt, Handel und Gewerbe nicht verkümmern und die Frucht des heimatlichen Bodens, die der Ernte harret, nicht verderben zu lassen. Der Segen Gottes, der die deutschen Waffen zum Siege führen möge, walte auch über jeder opferwilligen Betätigung in der Heimat!

Friedrich“

Einhergehend mit der Mobilmachung wurde das Anhaltische Infanterie Regiment Nr. 93 auf volle Kampfstärke gebracht. Hinzu kamen das Ersatzbataillon und das Landwehrregiment. In einigen Teilen der Bevölkerung verbreitete sich eine euphorische Stimmung. Angetrieben von der Gewissheit des Krieges meldeten sich in den ersten Tagen des Augusts so viele Freiwillige, dass nicht alle sofort im Ersatzbataillon aufgenommen werden konnten. Die Verbliebenen wurden später eingezogen. Die offizielle Verabschiedung der Truppe mit feierlichem Gottesdienst und gemeinsamen Abendmahl

erfolgte am 6. August unter Anwesenheit der herzoglichen Familie. Nachdem das Protokoll abgearbeitet war, brachte Friedrich II. ein Hoch auf Kaiser und Reich aus. Durch Oberst von Armin wurde im Namen des Regiments die Treue bis in den Tod gelobt, worauf ein dreifaches Hurra auf den Herzog und die Familie folgte.⁸⁸ Am nächsten Tag verließen die Soldaten Dessau, um in den vier Jahren des Krieges an verschiedenen Orten in Frankreich und Belgien zu kämpfen. Insgesamt kehrten 169 Offiziere und 4250 Unteroffiziere bzw. Mannschaften nicht in ihre Heimat zurück.⁸⁹

Mit Ausbruch des Krieges kam es auch in der anhaltischen Sozialdemokratie zu einem Meinungsumschwung. Im Volksblatt wurde bekräftigt, dass die Sozialdemokraten selbstverständlich das Vaterland verteidigen würden. Gleichzeitig fordert man gerade die reichen Leute zur Zeichnung von Kriegsanleihen auf, um in der Stunde der Not die Einigkeit zu bekräftigen.⁹⁰ Die Vertreter Anhalts im Reichstag, Dr. Wolfgang Heine und Ferdinand Bender, hatten wie alle anderen Sozialdemokraten am 4. August 1914 für die geforderten Kredite der Regierung gestimmt.⁹¹

Aufgrund der neuen Situation des Kriegszustandes wurde Ende August ein außerordentlicher Landtag auf Geheiß des Herzogs einberufen. In überaus patriotischen Worten eröffnete Staatsminister Ernst von Laue die Sitzung am 27. August 1914: *„Gegen eine Welt von Feinden kämpft Deutschlands Heer und Deutschlands Flotte einen schweren Kampf, und deutsches Blut fließt für Ehre und Zukunft des Vaterlandes. [...] Ein Geist der Opferfreudigkeit, der Einigkeit und des gegenseitigen Vertrauens, wie er erhebender nicht gedacht werden kann, erfüllt das deutsche Volk. Dieser Geist ist auch in Ihnen, meine Herren, lebendig!“*⁹² Geleitet von der Ansicht, der Krieg sei Deutschland aufgezwungen worden, mahnte der Präsident des Landtages, Dr. Döring, zur konstruktiven Arbeit, um in der Heimat der neuen Situation bestmöglich zu begegnen. Ohne ernsthafte Bedenken fand sogar der Antrag breite Zustimmung, die Landtagswahlen, welche nach neuem und demokratischerem Recht im November 1914 hätten stattfinden müssen, vorerst auf das Jahr 1916 zu verschieben. Selbst der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Voigt äußerte dazu keine Bedenken.

3.1. Wirtschaftliche und soziale Situation

„Wir haben es alle erlebt, wie er [der Gemeinsinn] in den Augusttagen 1914 zu opferfreudigster vaterländischer Begeisterung aufflammte, wir haben dann aber auch erfahren, wie er unter dem Druck der Ernährungssorgen immer mehr verschwand. Denn nichts demoralisiert den Menschen mehr, als Hunger und Sorge um leibliche Nahrung.“⁹³

Diese Einschätzung von Prof. Dr. Lehmann aus Göttingen im Rahmen der Generalversammlung der anhaltischen landwirtschaftlichen Vereine acht Monate nach Kriegsende verdeutlicht eine wesentliche Frage in Bezug auf die Novemberrevolution. Nämlich, inwieweit die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung dazu beigetragen hatte, die teilweise euphorische Stimmung von 1914 ins Gegenteil umzuwandeln und damit auch eine Umbruchstimmung begünstigt hat. Zu klären ist also, wie sich die wirtschaftliche Situation in den Jahren des Krieges änderte und welche Auswirkungen dies hatte.

Der schnell einsetzenden wirtschaftlichen Not, bedingt durch die vielen Einberufungen zum Kriegsdienst oder einige Betriebsstilllegungen, versuchte die Dessauer Armenfürsorge und Wohlfahrtspflege unter Leitung des Kriegsstadtrates Hesse zunächst mit geringen Einmalzahlungen, wenigstens für die Behebung der größten Nöte, zu begegnen. Von Bürgermeister Ebeling wurde die Versorgung mit Lebensmitteln organisiert. Er sah es als effektiver an, die von der Stadt beschafften Lebensmittel an zentraler Stelle, dem Innenhof des Rathauses, zu verkaufen, anstatt den Weiterverkauf an die Endverbraucher den Kleinhändlern zu überlassen. Mit Fortdauer des Krieges bildeten sich dort immer längere Schlangen. Erst mit dem Antritt des neuen Bürgermeisters Hesse Anfang des Jahres 1918 änderte sich diese Situation. Er übertrug die Lebensmittelverteilung auf die Kleinhändler. Im Aufgabenbereich der Stadtverwaltung verblieb jedoch das Herbeischaffen der Lebensmittel.⁹⁴

In den drei anderen großen Städten Anhalts – Bernburg, Zerbst und Köthen – kam es ebenfalls zu Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Um sich zu koordinieren und Maßnahmen abzusprechen, trafen sich regelmäßig die vier Oberbürgermeister und die Kreisdirektoren. Eine der wichtigsten Entscheidun-

gen dieses Gremiums war die Einsetzung eines Landesernährungsamtes. Unter anderem die Einführung eines Rationierungs- und Kartensystems für Lebensmittel machte diese zentrale Stelle notwendig, die für die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung verantwortlich sein sollte. Dem Zerbster Kreisdirektor Dr. Max Gutknecht oblag die Leitung dieser Landesbehörde. Hinzu kam ein Beirat aus den vier Oberbürgermeistern, den Kreisdirektoren sowie Vertretern der Wirtschaft und Gewerkschaften.⁹⁵

Noch im Februar 1915 muss sich das Nahrungsmittelproblem in Grenzen gehalten haben. Zunächst gab der Sozialdemokrat Wolfgang Heine auf eine Volksversammlung in Dessau den Engländern die Schuld an der Ernährungslage, da sie mit ihrer Blockade den Krieg auch in die Heimat getragen hätten. Seine weiteren Äußerungen zeigen allerdings, dass das Problem keineswegs akut sein konnte: *„Wir müssen immer bedenken, wenn uns der Krieg nichts Schlimmeres bringe, als ein wenig Nahrungsmittelmangel, und wenn es selbst bis zum Pferdefleisch gehe, dann könnten wir noch immer zufrieden sein.“*⁹⁶

Bereits im Sommer 1915 hatte sich die wirtschaftliche Situation in Anhalt jedoch deutlich verschlechtert. Zwei Anträge der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag zielten am 28. September darauf ab, die Not der Bevölkerung mittels öffentlichen Geldes und gesetzlichen Vorschriften zu lindern. Einerseits wurde beantragt, die Unterstützung für Familien von eingezogenen Kriegsteilnehmern zu erhöhen und andererseits einen Höchstpreis für Fleisch, Eier, Milch, Butter und Kartoffeln festzulegen. Begründet wurde dies mit dem nun schon vierzehn Monate anhaltenden Krieg, der wohl auch die letzten Ersparnisse der Familien gekostet hätte, dem baldigen Winter und den gestiegenen Preisen sämtlicher Waren.⁹⁷

Allerdings war nicht nur die Teuerung der Lebensmittel, welche in Anhalt sogar höher als im Reichsdurchschnitt war, ein immer akuter werdendes Problem. Im gesamten Oktober 1915 konnten zudem von den Händlern nur sehr wenige Waren angeboten werden.⁹⁸

Das Frühjahr 1916 war begleitet von ständigen Forderungen des Volksblattes, mit verschiedenen Maßnahmen die Not der Bevölkerung zu lindern. So sollte beispielsweise eine Massenspeisung für

Bedürftige erfolgen. Auffällig dabei ist, dass den Berichten jeglicher patriotischer Unterton – wie er noch im Jahr 1915 zu vernehmen war – abhanden gekommen war.⁹⁹

Im Sommer des Jahres war die Teuerung der Grundlebensmittel noch recht unterschiedlich ausgefallen. Zwar waren Kartoffeln und Zuckerrüben im Preis nur gering angestiegen, im Durchschnitt weniger als 15%, jedoch erfuhr der Preis auf Brotkorn einen Anstieg von 25-30% und von Sommerkorn und Hülsenfrüchten sogar bis zu 100%. Die tierischen Erzeugnisse waren nach zwei Jahren deutlich teurer als noch vor dem Krieg: Milch etwa 30-40%, Butter 70-80% und Fleisch sowie Wolle sogar etwa 100%.¹⁰⁰

Mit diesen Zahlen ist es auch zu erklären, dass die Anträge zur Ernährungsfrage und die Diskussionen zu diesem Thema in den Landtagen des Jahres 1916 allgemein zunahmen. In der letzten Sitzung im September 1916 wurde ausführlich diese Angelegenheit diskutiert. Der Präsident des Landtags, Döring, leitete die Diskussion ein, indem er konstatierte, dass die unvorhersehbare Dauer des Krieges viele unerwartete Probleme mit sich gebracht hätte. Hinzu kämen speziell die Schwierigkeiten, die die Aushungerungspolitik der Engländer bewirkt hätte, die schlechte Ernte des Vorjahres und die großen Ansprüche der Heeresverwaltung. All das würde die Situation zunehmend verschlechtern. Der Vorsitzende des Landesernährungsamtes, Gutknecht, hatte dagegen nicht nur schlechte Nachrichten zu verkünden. Nach seiner Einschätzung sei die Versorgung mit Lebensmitteln in Anhalt unter den Bedingungen des Krieges bis auf einige zeitweise eintretende Engpässe relativ gut gewesen. Was die Teuerung der Lebensmittel anging, musste er einräumen, dass diese Entwicklung ein großes Problem sei. Jedoch könne und wolle man seitens des Staates kaum dagegen vorgehen, um wiederum die Erzeugung und Produktion nicht zu gefährden.¹⁰¹

Ein weiterer Indikator für die immer schlechter werdende Lage von Jahr zu Jahr war das vermehrte Auftreten von Felddiebstählen. Dabei waren gerade Kartoffeln das Ziel der Diebe, die wohl von ihrem Hunger angetrieben nicht nur die Feldfrüchte stahlen, sondern auch den Rest der Ernte oftmals beschädigten.¹⁰²

Die Dauer des Krieges und die damit einhergehende Not wirkten sich allmählich auf die Gesundheitssituation der Bevölkerung aus.

Für den Sommer 1917 wurde eine besonders hohe Zahl von Brechdurchfällen registriert. Die Häufung der Krankheitsfälle wurde allen voran mit der Ernährungsveränderung, also Qualität und Quantität der Speisen, seit Kriegsbeginn erklärt.¹⁰³

Ebenfalls Mitte des Jahres 1917 traten Missstände in den großen Betrieben des Landes zutage. So mussten die Frauen und Männer der BAMAG nicht nur aufgestapelte Granaten in ihrem Pausenraum dulden, auch war dieser Ort nicht ausreichend geschützt vor Lärm und Säuredämpfen aus der Produktionshalle.¹⁰⁴ Infolgedessen bekamen Mitarbeiter ständig Magenkrämpfe oder wurden sogar bewusstlos.¹⁰⁵

Das Jahr 1918 brachte zunächst eine nochmalige Verschlechterung der Ernährungslage mit sich. Auf nahezu jeder Sitzung des anhaltischen Landtags wurde nun über die Frage der Versorgung mit einzelnen Lebensmitteln wie Fleisch, Brot oder Milch diskutiert. Auch war das Problem der Teuerung allgegenwärtig, weshalb immer wieder über die Höchstpreise verhandelt wurde. Ab dem Frühjahr konnte allerdings eine positive Wende verzeichnet werden. Die Worte des Liberalen Cohn lassen einen großen Optimismus erkennen, der die Lage gegenüber dem Vorjahr perspektivisch sogar als besser empfand: *„Wir haben zweifellos durch Gottes Hilfe großes Glück gehabt. Denn der letzte Winter war unvergleichlich weniger streng. [...] Ganz so kalte Zeiten wie im vorigen Winter haben wir kaum gehabt oder wenigstens nicht in nennenswertem Maße und da ist die Stimmung in der Bevölkerung auch eine andere gewesen. [...] Sie ist hoffnungsfreudiger und dazu haben neben dem guten Geschick der Lebensmittelversorgung die gewaltigen Siege Hindenburgs und Ludenhoffs beigetragen. In ganz anderer Stimmung wie vor einem Jahr stehen wir heute der Zukunft gegenüber und wir sind fest entschlossen durchzuhalten um jeden Preis. Heute mischt sich hierein der Ton siegesgewisser Erwartung.“*¹⁰⁶ Den Ausführungen folgend kann man für den Beginn des Jahres 1918 also trotz aller langjährigen Entbehrungen von einer gewissen Aufbruchstimmung sprechen, die es wahrscheinlich seit dem Herbst 1914 nicht mehr gegeben hatte. Die, wenn auch nicht gute, aber wenigstens nicht schlechter werdende Perspektive für die Ernährungslage gepaart mit den ers-

ten Erfolgen der Frühjahrsoffensive der deutschen Truppen musste noch einmal einen Stimmungsumschwung zur Folge haben.

Die Enttäuschung kam allerdings gleich in mehrfacher Hinsicht im Sommer. Nachdem sich das Scheitern der großen Frühjahrsoffensive langsam abzeichnete, traten alle wirtschaftlichen und sozialen Nöte der Bevölkerung sogar noch stärker zutage. Wie viele andere deutsche Städte wurde auch Dessau im Sommer 1918 von der spanischen Krankheit heimgesucht.¹⁰⁷ In mehreren Wochen der Monate August, September und Oktober gab es von der Reichsstelle angeordnet insgesamt vier Wochen, in denen kein Fleisch verteilt wurde. Darüber hinaus wurden die Rationen nochmals heruntergesetzt.¹⁰⁸ In den darauf folgenden Volks- oder Gewerkschaftsversammlungen wurden die Ernährungsschwierigkeiten immer wieder angemahnt. Teilweise mit deutlichen Worten, so wie sie ein Genosse in Köthen fand: „*Der Preis von 2,90 Mark [für Hirse] sei auch viel zu hoch und für viele unerschwinglich. Wenn so etwas vorkomme, dürfe man sich über die Missstimmung im Volke nicht wundern.*“¹⁰⁹

Befördert wurde die Missstimmung noch durch eine Explosion in der Füllstation der BAMAG in den ohnehin schon unruhigen Tagen des Oktobers 1918. Der Unfall hatte 70 Menschen das Leben gekostet und etwa 50 waren teilweise schwer verletzt worden. Die genaue Ursache dieses Unglücks wurde nicht mehr festgestellt. Jedoch wurden Stimmen laut, die die verschlechterten Arbeitsbedingungen seit Kriegsbeginn dafür verantwortlich machen. Hinzu kam, dass es nicht der erste Vorfall dieser Art war. Allerdings waren bis dahin keine Menschenleben zu beklagen gewesen.¹¹⁰

Grundsätzlich kann man sagen, dass trotz der Entbehrungen des Krieges und den Missständen in der Verwaltung, die allgemeine Lage bis zu einem gewissen Zeitpunkt verhältnismäßig erträglich war. Die Lebensmittelversorgung war zwar immer wieder Gegenstand vieler Diskussionen in Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, jedoch gibt es keine Berichte über Hungerunruhen oder andere Tumulte. Die Beratungen in den Landtagen wurden im Laufe der Jahre immer intensiver geführt. Gleichwohl war das Verhandlungsklima, so scheint es, stets konstruktiv und große Teile des Plenums waren ernsthaft darum bemüht, die wirtschaftliche Situa-

tion der Bevölkerung wenigstens nicht schlechter werden zu lassen.

Außer Acht gelassen werden darf indes nicht, dass sich die Verwaltung des Mangels über mehr als vier Jahre hinzog und letztlich das Vertrauen in die öffentlichen Einrichtungen erschöpfte. Das Fazit, welches der Landtagsabgeordnete Dr. Leonhardt Mitte Oktober 1918 aus der Entwicklung zog, war mehr als ernüchternd: *„Es ist mir eine der traurigen Erscheinungen dieses Krieges, daß das Vertrauen zu unseren Zivilbehörden in dieser Beziehung, und allerdings auch in mancher anderen, völlig verschwunden ist und daß man auf die Ankündigungen und Veröffentlichungen dieser Behörden gar keinen Wert mehr legt.“*¹¹¹ Hinzu kamen ständig Berichte und Meldungen von Gefallenen und Verwundeten¹¹² und spätestens ab dem Sommer die langsame Ahnung, dass der Krieg wohl verloren gehen konnte. Dies alles verkehrte den euphorischen Gemeinsinn von 1914 ins Gegenteil und musste so eine gefährliche Situation für die bestehende Ordnung nach sich ziehen.

3.2. Weiterführung der gemäßigten Politik

Kriegsbedingt gab es im Dessauer Stadtrat einige Änderungen, die vor allem für die Novemberrevolution entscheidend sein sollten. Als bekannt wurde, dass alle drei Dessauer Stadträte zum Kriegsdienst herangezogen wurden, wurde das Amt eines Kriegsstadtrates eingeführt. Dieser sollte dem hauptamtlichen Bürgermeister Ebeling bei der Bewältigung der Kommunalverwaltung unter den neuen Bedingungen zur Seite stehen. Auf eigenen Vorschlag hin wurde der nicht kriegsverwendungsfähige Hesse mit dieser Aufgabe betraut.¹¹³

Seine Beschreibungen zur Haltung der Sozialdemokratie zum Krieg sind bezeichnend: *„Man war in Deutschland zutiefst überzeugt, daß der Krieg dem deutschen Volk aufgezwungen war. Und der Gedanke, daß man das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen dürfe, war auch ausgesprochenermaßen für die Sozialdemokratie bestimmend gewesen, sich in der all-*

gemeinen Abwehrfront einzureihen. Einer Partei, die die internationale Verbrüderung auf ihre Fahnen geschrieben hatte, konnte solcher Entschluß nicht leicht werden.“¹¹⁴

Insbesondere die Schlacht bei Tannenberg zu Beginn des Krieges hatte zur Folge, dass nicht nur die konservative¹¹⁵ und liberale¹¹⁶ Presse voller Pathos den Sieg des deutschen Heeres feierte. Ebenso stimmte das Volksblatt in die patriotischen Hochrufe mit ein.¹¹⁷ Die Siegesfeier, die zu diesem Anlass wie in vielen deutschen Städten auch in Dessau stattfand, war wohl nicht weniger euphorisch: *„Mittelpunkt der Feier [...] war eine Ansprache des Oberbürgermeisters. Auf der Freitreppe des Rathauses stehend, brachte er am Schluß ein Hoch auf den Kaiser aus, und begeistert sang die nach Tausenden zählende Menge das Deutschlandlied.*“¹¹⁸

Die neue, überaus patriotische Haltung der anhaltischen Sozialdemokratie zeigte sich nicht nur im Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im Reichstag. Die Partei- und Volksversammlungen, welche in den ersten Monaten des Krieges stattfanden, wurden vermehrt dazu benutzt, die Reichstreue der SPD herauszustellen. So bezeichnete Heine den Krieg auch als Krieg der Sozialdemokratie, der von diesen für die menschliche Kultur überhaupt geführt würde.¹¹⁹ Der Reichstagsabgeordnete Silberschmidt sprach in Dessau sogar davon, dass Russland und England das Vaterland zerstören wollten und es deshalb die Pflicht der sozialdemokratischen Fraktion gewesen sei, für die Kriegskredite zu stimmen.¹²⁰ In einer weiteren Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Anfang des Jahres 1915 wurde ohne Diskussion oder Gegenmeinung der Anwesenden die Haltung der Reichstagsfraktion gebilligt, die im August und Dezember 1914 den Kriegsanleihen zugestimmt hatte. Darüber hinaus wurde einstimmig bekräftigt, dass die Verteidigung des Vaterlandes die Pflicht eines jeden Arbeiters sei.¹²¹

Eine erste Ernüchterung über die Tatsache, dass das siegreiche Heer nicht schon – wie es so oft im August hieß – Weihnachten 1914 wieder zuhause war, zeigte sich zunächst am Ausbleiben der Freiwilligenmeldungen für die Jugendwehr. Dort sollten junge Männer im Alter von 16 bis 20 Jahren auf den Kriegsdienst vorbereitet werden. Nach vielen begeisterten Anmeldungen im August und September 1914 war im Mai 1915 nichts mehr von dem Hochgefühl zu

spüren. Freiwillige Meldungen blieben aus, sodass nun ein Zwang bestand, sich zu melden.¹²²

Bis zu einem gewissen Punkt gab es auch in Anhalt einen sogenannten Burgfrieden. Das zeigt sich daran, dass der sonst so aktive sozialdemokratische Abgeordnete Voigt im Landtag bis in den Sommer 1915 kaum in Erscheinung trat. Dies ändert sich erst mit schon oben angesprochener Sitzung vom 28. September. Nach Verlesung der Anträge keimte kurz eine sachliche, wenn auch rege Diskussion auf, die vom Abgeordneten Cohn folgendermaßen kommentiert wurde: „*Ich habe Bedenken dagegen, dass wir von unserem Brauche abweichen, während des Burgfriedens Diskussionen im Plenum möglich zu vermeiden.*“¹²³ Die Äußerung zeigt deutlich, wie die Situation während des ersten Kriegsjahres in Anhalt ausgesehen haben mag. Der anhaltische Landtag hatte sich mindestens bis zu diesem Zeitpunkt selbst beschränkt und auf Konflikt verzichtet.

Ähnliches galt für die übrigen Sozialdemokraten in Anhalt. Zwar bestimmte die mögliche Spaltung der Partei die Debatten der Versammlungen des Jahres 1916, doch ein wirklich starker oppositioneller Flügel oder gar das Vorhandensein einer Spartakusgruppe ist dort nicht zu erkennen.¹²⁴ Als sich die Parteispaltung auf Reichsebene immer mehr verfestigte, versucht das Volksblatt die Lage in Anhalt zu beruhigen. In der Ausgabe am 25. November 1917 wurde dazu aufgerufen, Straßendemonstrationen und Arbeitsniederlegungen zu unterlassen, da sie keinen Nutzen für die Sache des Friedens hätten.¹²⁵ In seinen Erinnerungen schätzt auch Hesse die Situation dieses Jahres als eher ruhig gegenüber der im übrigen Reich ein. Die Sozialdemokraten und die organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften hätten weiterhin hinter ihren alten Anführern gestanden.¹²⁶

Der Kontakt zur preußischen Provinz Sachsen und die Revolution in Russland hatten zur Folge, dass sich ab dem Jahreswechsel 1917/18 langsam kleine Gruppen bildeten, die nicht mehr gänzlich mit dem Kurs der Partei zufrieden waren. Beeinflusst von Halle, wo eine Ortsgruppe der USPD bereits 1917 gegründet worden war, kam es auch in Bernburg zu ersten Initiativen. Mehrere Arbeiter der Korbwaren-Fabrik Gebr. Wolf, Bernburg, nahmen im Verlauf

des Jahres 1918 Kontakt zur Redaktion des *Halleschen Volksblattes* auf. Diese USPD-Zeitung wurde in der Folgezeit unter den Bernburger Arbeitern verteilt. Von Zeit zu Zeit fanden auch gemeinsame Sitzungen zwischen den Genossen aus Halle und Bernburg statt, wobei gerade die Zeitungsredakteure häufiger Gäste waren.¹²⁷ Das Entstehen dieser kleinen Gruppe zeigt, dass es auch im Raum Anhalt Genossen gab, die sich spätestens nach drei Jahren Krieg nicht mehr mit der Burgfriedenspolitik der SPD-Führer einverstanden zeigten. Das Verteilen von Flugblättern in anhaltischen Fabriken, die zu Streik und Revolution aufriefen, bestätigt dies.¹²⁸ Jedoch gab es nur wenige solcher Beispiele. Die Anzahl der sich engagierenden USPD-Mitglieder blieb sehr gering und fast bedeutungslos.

Bewegung in der Frage eines demokratischen Landtagswahlrechts folgte ebenfalls im Anschluss an die ersten Berichte zur Revolution in Russland. Im Namen der anhaltischen Sozialdemokratie forderte Deist aufgrund der Opfer und der Bereitschaft zur Pflichterfüllung ein Wahlrecht einzuführen, welches diesem Sachverhalt Rechnung tragen würde.¹²⁹ In vielen Versammlungen wurde dieser Forderung Nachdruck verliehen. Eine Reaktion der Regierung oder seitens des Herzogshauses blieb allerdings zu diesem Zeitpunkt aus.¹³⁰ Petitionen, die diesbezüglich in den Landtag eingebracht wurden, fanden stets keine Berücksichtigung.¹³¹

Als Hesse Anfang des Jahres 1918 Oberbürgermeister von Dessau wurde, hatte das mehrere Gründe. Zum einen hatte sein Vorgänger, Ebeling, seit 1914 an seiner Entscheidung festgehalten, das Essen an die Dessauer Bürger zentral auszugeben. Das hatte ihm nicht nur im Allgemeinen den Unmut der Dessauer Bevölkerung eingebracht, sondern auch das Missfallen der Kleinhändler, die durch diese Methode ausgeschlossen wurden. Unmittelbarer Auslöser seines Rücktritts war der Diebstahl der Kasse mit den Verkaufserlösen im Dezember 1917 durch einen vertrauten Mitarbeiter. Die Aufdeckung dieser Straftat hatte zur Folge, dass Ebeling in einer Stadtratsitzung heftig angegriffen wurde. Er verlies die Beratung und erklärte wenige Tage später seinen Rücktritt. Auf Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers Cohn fanden sich infolgedessen die Fraktionen der Liberalen und Sozialdemokraten zusammen und wählten mit 18 zu 8 Stimmen Hesse zum neuen Bürgermeister der

Stadt Dessau. Zu den ersten Gratulanten gehörte Peus. Als Führer der Sozialdemokraten stellte er keinerlei Forderungen an den neuen und nun liberalen Bürgermeister. Er nannte die Wahl „*einen schönen Erfolg*“ und hoffte auf „*noch recht viele Jahre schöner gemeinsamer Arbeit*“.¹³²

Die Wahl Hesses bedurfte jedoch der Zustimmung des Herzogs, was durchaus fragwürdig war. Hesse gehörte zu denjenigen Politikern, die weit links in der Gruppe der Liberalen standen. Immer wieder hatte er den Wunsch und die Meinung geäußert, mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten zu wollen, sei es nun auf kommunaler Ebene oder bei Wahlen zum Land- oder Reichstag. Die Worte Peus' bestätigen seine Präferenz für die gemäßigte Sozialdemokratie in Anhalt und zeigen einen schon vertrauten Umgang dieser beiden Männer und darüber hinaus der beiden Parteien.

Bevor Hesse als Bürgermeister bestätigt werden konnte, musste er bei Staatsminister von Laue vorsprechen, der daraufhin dem Herzog eine Empfehlung geben würde. Eines der wichtigsten Themen, die dabei angesprochen wurden, war die Gewährleistung der Sicherheit für das herzogliche Haus im Fall innerer Unruhen.¹³³

Sicherlich beruhte diese Frage auch auf dem Wissen um die politische Färbung Hesses. Jedoch ist es erstaunlich, dass schon Anfang 1918 die Frage nach der Sicherheit für das Herzogshaus so im Vordergrund stand. Dieses Thema würde nicht ganz oben auf der Agenda stehen, hätte man nicht schon eine Ahnung, dass gerade mit erfolgreichem Ende des Krieges für das Deutsche Reich Gefahren für die gegenwärtige Ordnung bestünden.

Am 11. Februar erfolgte die Ernennung Hesses zum Bürgermeister. In den Ratschlägen für die künftige Amtsführung, die ihm bei der Unterredung mit von Laue gegeben wurden, hieß es unter anderem, dass er sich vor Peus und Deist hüten solle.¹³⁴

Ohne Erfolge bei der Durchsetzung des Wahlrechts und mit Fortdauer des Krieges machte sich unter den Arbeitern vereinzelt Unmut über die Führer der anhaltischen Sozialdemokratie breit. So beschuldigte ein namentlich ungenannter Dessauer Arbeiter Peus, seit einiger Zeit mit den schärfsten Reaktionären zusammenzuarbeiten und alles gut zu heißen, was er früher bekämpft hätte. Darüber hinaus hätte der Krieg, den Peus immer noch befürwortete, dazu

geführt, dass man noch mehr arbeiten müsse und weniger zu Essen habe als früher.¹³⁵

Trotz einiger Anzeichen, dass gegen Ende des Krieges nicht mehr die gesamte Arbeiterschaft uneingeschränkt hinter ihren führenden Persönlichkeiten stand, ist doch eine sehr große Kontinuität für die Zeit des Krieges festzustellen. Nach teilweise sehr patriotischen Reden von Peus, Heine und Deist und unbedingten Burgfrieden im Landtag, war der einzige Punkt, der verstärkt ab 1917 immer wieder angemahnt wurde, die Einführung eines demokratischen Wahlrechts in die Wege zu leiten. Sonst kann man für die Zeit bis in den Oktober 1918 kaum von schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen, geschweige denn – wie im Reich – von einer Spaltung der Sozialdemokratie sprechen.

3.3. Das Dreierherzogsjahr 1918

In den Bereichen, die in den letzten beiden Kapiteln geschildert wurden, traten durch den Krieg ausgelöst und verstärkt offensichtliche Missstände in der anhaltischen Verwaltung und des Staates zutage. Allerdings wurden die Diskussionen weiterhin größtenteils sachorientiert geführt. Trotz der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung ist kein elementarer Meinungsumschwung innerhalb Anhalts zu erkennen, der für das System des Herzogtums kurzfristig zur existenziellen Gefahr hätte werden können. Der Herzog erscheint – wie schon früher – auch in diesen Auseinandersetzungen weder als Akteur noch als Projektionsfläche für irgendeine Kritik. Allerdings waren Friedrich II. und seine Nachfolger nicht gänzlich aus dem öffentlichen Fokus verschwunden.

Im Gegensatz zum deutsch-französischen Krieg war im Ersten Weltkrieg kein Askanier aktiv an den Kampfhandlungen beteiligt. Über gelegentliche Frontbesuche ging die Präsenz seitens des Herrscherhauses nicht hinaus. Sinn der Aufenthalte war, den anhaltischen Soldaten zu danken, Mut zuzusprechen und im immer länger andauernden Krieg die Stimmung zu erhalten.¹³⁶ Sicherlich hätte niemand von den älteren und zeitweise kranken Herrschaften Herzog Friedrich II. und Eduard bzw. dem erst 1901 geborenen Joach-

im Ernst erwartet, dass sie an der Spitze ihrer Truppen in den Krieg ziehen. Gleichwohl kann es für das Ansehen und das Prestige einer Monarchie nicht von Nutzen gewesen sein, eine so passive Rolle im Krieg zu spielen. Festzustellen war dieses Verhalten jedoch auch bei anderen Reichsmonarchen.¹³⁷

Der Zurückhaltung des Herzogs entsprechend gab es, außer die vom August 1914, keine öffentlichen Verlautbarungen, die den Krieg entschieden befürworteten oder gar weitreichende Annexionsgelüste für das Kaiserreich bekundeten, sodass die militärische Zurückhaltung mit den Jahren und den steigenden Opferzahlen nicht in eine Erklärungsnot geführt hatte. Vielen Reichsfürsten, die sich nicht am Krieg beteiligten, aber dafür umso lauter nach Gebieten oder anderen Gewinnen für sich und das Reich verlangten, wurden gerade gegen Ende des Krieges mit diesem Zwiespalt offen konfrontiert.¹³⁸

Auffällig für die ersten Jahre des Krieges ist, dass die Geburtstagsfeiern des Herzogs von offizieller Seite sehr viel kleiner und schlichter abgehalten wurden. Durchgängig beschränkte man sich an diesem Tag damit, ein offizielles Festmahl zu veranstalten, Gottesdienst aus diesem Anlass abzuhalten und teilweise in den Schulen mit kleinen Festakten daran zu erinnern.¹³⁹ Im Volksblatt wurde der Geburtstag zum Anlass genommen, wieder auf die Notwendigkeit eines demokratischen Wahlrechts aufmerksam zu machen. Sonst hielt man sich mit Kritik oder Beglückwünschungen zurück.¹⁴⁰

Großen Unmut erregte jedoch ein Fest anlässlich des Geburtstags des Herzogs am 19. August 1917. Zwar war nicht Friedrich II. Mittelpunkt der Kritik, doch gerade im Angesicht des Krieges konnten sich seine Gäste nicht angemessen verhalten. Die Teilnehmer, größtenteils Offiziere, wurden nach dem Gelage dabei beobachtet „*wie sie mit ihrem Magen Differenzen bekamen*“¹⁴¹, da sie wohl zu viel gegessen und getrunken hatten. Wenn man sich vor Augen führt, wie groß die Entbehrungen für den Großteil der Bevölkerung nach drei Jahren Krieg schon waren, kann es nur zu einer noch größeren Missstimmung geführt haben. Dass dies gerade auf dem Geburtstag des Herzogs geschah, war für dessen Ansehen sicherlich nicht förderlich, auch wenn keine Berichte erkennen lassen, dass es unmittelbar Auswirkungen hatte.

Die passive Stellung des Herzogs zeigte sich exemplarisch bei der Ernennung Hesses. Friedrich II. sei es schwergefallen, Hesse als Bürgermeister zu bestätigen. Allerdings nicht, weil er politisch schwierig einzuschätzen wäre, sondern weil ihm sein Minister und Berater von Laue keine konkreten Hinweise gegeben hätte. Ein mit Hesse befreundeter Arzt berichtete ihm gegenüber Folgendes: *„Ich glaube, daß ich bei ihrer Bestätigung auch ein wenig habe mithelfen können. Wie sie wissen [...] war ich ja damals mit dem Herzog in Ballenstedt. Eines Morgens merkte ich ihm eine innere Unruhe an, und als ich mich, wie üblich, nach seinem Befinden erkundigte, erwiderte er: ‚Ach, ich habe da eine unangenehme Sache. In Dessau haben sie sich neulich einen neuen Bürgermeister gewählt, und nun schickt mir Laue einen langen Bericht, ohne klar zu sagen, ob ich ihn bestätigen soll. Ich soll darüber selber entscheiden, schreibt er. Und nun weiß ich nicht, was ich machen soll.‘“*¹⁴² Jene Unentschlossenheit des Herzogs sollte jedoch nicht sofort als Regierungsunfähigkeit gedeutet werden, sie passt aber gut in das Bild von einem Herrscher, der sich aus der Tagespolitik größtenteils heraushält und die wichtigsten Entscheidungen seinen Ministern oder hohen Beamten überlies.

Als am 21. April 1918 die Nachricht vom Tod des bis dahin in Ballenstedt weilenden Herzogs Friedrichs II. in Dessau eintraf, wurden ihm unverzüglich alle offiziellen Ehren eines verstorbenen Herrschers erwiesen. Überall in Anhalt läuteten die Kirchenglocken, die Zeitungen erschienen mit Trauerrand, das Theater schloss, in den Schulen fiel der Unterricht aus und die Beamten mussten zwei Wochen Trauerflor tragen.¹⁴³

Die Sitzung des Landtags, die am 22. April stattfand, verlief ganz im Zeichen der Todesnachricht. In seiner Rede nach der Eröffnung fand Staatsminister von Laue nur überaus lobende Worte für den Verstorbenen. Er habe sich vor allem durch Gerechtigkeit und Milde ausgezeichnet. Der Meinung von Landtagspräsident Döring nach, hätten gerade die Armen, Schwachen und Bekümmerten sowie die vom Krieg Geschädigten von den Bemühungen Friedrichs II. profitiert. Darüber hinaus hätte das Land unter seiner Regierung einen beachtlichen Aufschwung im wirtschaftlichen und kulturellen Leben durchlaufen.¹⁴⁴

Im Volksblatt fand man ebenfalls anerkennende Worte. So sei der Verstorbene ein großer Förderer der Wissenschaft und Kunst gewesen und seine Freigebigkeit sei insbesondere den Armen immer wieder zu Gute gekommen. Aber auch die Passivität des Herzogs wurde angesprochen. Seine politische Anschauung und sein Verhältnis zur Sozialdemokratie seien öffentlich nicht bekannt gewesen. Allerdings hätte sich – wahrscheinlich auf Rat seiner Minister – unter anderem das Landtagswahlrecht unter seiner Herrschaft verschlechtert. Wenn man bedenkt, dass er immerhin 14 Jahre Herzog von Anhalt war, sind diese Ausführungen schon erstaunlich und sprechen für eine außerordentliche Zurückhaltung in allen politischen Dingen.¹⁴⁵

Bei der Überführung des Leichnams, der Ankunft des Sonderzuges in Dessau am Morgen des 25. Aprils und beim Zug durch die Stadt kam es zu keinen Vorfällen oder größeren Störungen. Unter den Augen der „*dichtgedrängt säumenden Dessauer Bevölkerung*“¹⁴⁶ wurde der Leichnam gefolgt von Militär und Beamten zur feierlichen Beisetzung in der Auferstehungskapelle im Mausoleumpark am Georgium gebracht.

Der erste Regierungswechsel des Jahres 1918, in dem auf den verstorbenen Friedrich II. Herzog Eduard folgte, veranlasste auch Peus als Chef des Volksblattes dazu, einen Artikel diesem Thema zu widmen. In seinen einleitenden Überlegungen zur Rolle der Monarchie mahnte er an, dass der Herzog von Anhalt sich nicht nur von konservativer Seite beraten lassen dürfe. In seiner Stellung müsse er das Wohl aller Klassen im Auge haben und unter dieser Voraussetzung handeln. Deshalb empfahl er dem neuen Herzog in einem sehr ruhigen Ton, das Volksblatt zu lesen und sich nicht nur auf die Berichte seiner Minister zu verlassen. Mit diesem Wissen, so der finale Aufruf, könne er dann zum Wohle des gesamten Volkes handeln und nicht nur für die Reichen und Mächtigen. Grundsätzliche Kritik an der Institution Monarchie wurde auch hier nicht ausgesprochen.¹⁴⁷

Der Herzog wurde nicht direkt angegriffen, sondern nur die Vermutung geäußert, er sei nicht ausreichend von seinen Ministern beraten und könne deshalb nicht die Wünsche des gesamten Volkes bei seinen Entscheidungen im Auge haben. Das Ganze hört sich

eher wie ein Vorschlag an, wie man es besser machen könne, enthält aber nicht den Wunsch nach einem Systemwechsel.

Eduard sollte jedoch nur wenige Monate an der Spitze des Herzogtums stehen. Anfang September erkrankte er an einer schweren Blinddarmentzündung. Zunächst schien die Krankheit einen günstigen Verlauf zu nehmen. Vom Staatsministerium wurde gemeldet, dass die notwendige Operation im Krankenhaus Berchtesgaden, wo die Familie mit der Villa Askania ihren Sommersitz hatte, günstig verlaufen und das Befinden des Herzogs gut sei. Leider ohne die Nennung von Zahlen wurde am 6. September 1918 von der Redaktion des Staatsanzeigers um eine öffentliche Stellungnahme bezüglich des Zustands des Herzogs gebeten, da fortlaufend telefonische Anfragen dazu eingingen. Zwei Tage später verkündet der Staatsanzeiger in Reaktion darauf, dass der Herzog bereits auf dem Wege der Besserung sei.¹⁴⁸

Allerdings erwies sich dies als verfrühte Hoffnung. Denn schon am Morgen des 13. September starb Eduard im Alter von 57 Jahren an den Folgen der Erkrankung.¹⁴⁹ Zur Landestrauer wurde angeordnet, dass die Kirchenglocken zwei Wochen lang zur Mittagsstunde läuten und alle öffentlichen Theater- und Musikaufführungen für vier Tage unterbleiben sollten.¹⁵⁰

Wie sein Bruder und Vorgänger war wohl auch Eduard eher passiv und legte eine „*bescheidene Zurückhaltung*“¹⁵¹ an den Tag. Im Artikel des Volksblattes hieß es weiter, dass von ihm keinerlei Aggressionen ausgegangen seien und man vermuten könne, dass sich unter einer längeren Herrschaft der Wille des Volkes durchgesetzt hätte. Ähnlich wie beim Tod Friedrichs II. ist auch hier nicht zu erkennen, dass von der Sozialdemokratie irgendeine existenzielle Bedrohung für die Monarchie ausging. Vielmehr war man bemüht, im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten seine Position deutlich zu machen.

Einen Tag nach dem Tod Eduards verkündete sein ebenfalls in Berchtesgaden weilender Bruder Aribert mittels Patent die Übernahme der Regentschaft für den minderjährigen Herzog Joachim Ernst. Als Erstes mussten von ihm die Überführung des Leichnams und die Beisetzungsfeierlichkeiten organisiert werden. Diese fanden am 20. bzw. 21. September statt.¹⁵² Wie schon wenige Monate zuvor

wurde auch der Zug mit dem Leichnam Eduards in Dessau von vielen in schwarz gekleideten Bürgern erwartet. Dazu traten offizielle Delegationen der Zivil- und Militärbehörden.¹⁵³ Ohne Komplikationen verliefen ebenfalls diese Beisetzungsfeierlichkeiten.¹⁵⁴

Man hätte vermuten können, dass dieses Dreierherzogsjahr in Anhalt gerade im letzten Jahr des Krieges dazu beigetragen hat, die Bindung zur Monarchie aufgrund der fehlenden personellen Kontinuität zu schwächen und die Ereignisse kurze Zeit später bedingte. Doch davon kann keine Rede sein. Der Wechsel an der Spitze des Herzogtums verlief in beiden Fällen reibungslos und ohne besondere Vorkommnisse. In den Stellungnahmen der Sozialdemokratie beschränkte man sich weiterhin auf Verbesserungsvorschläge, sogar nach vier Jahren Krieg wurde nicht an der Existenz der Monarchie gerüttelt. Festzustellen war lediglich, dass die Forderungen die gleichen blieben, allerdings mit weniger Schärfe im Ton vorgetragen. Dass dieses Verhalten nicht selbstverständlich war, zeigt der Stimungs- und Meinungsumschwung gegenüber Kaiser Wilhelm II.

3.4. Prestigeverlust der Reichsmonarchie

Das Bild der Reichsmonarchie war vor 1914 eher zwiespältig. Es war geprägt von perfekt inszenierten dynastischen Großereignissen, aber vor allem auch von martialischen Reden und diplomatischen Eklats Wilhelms II. Besonders das Jahr 1913 gab mehrmals Anlass für prächtige nationale Feiern, so das 25-jährige Regierungsjubiläum des Kaisers, die Erinnerungen an die Befreiungskriege 1813 gegen Napoleon und nicht zu vergessen die Vermählung der Kaisertochter Viktoria Luise mit Prinz Ernst August von Hannover, welche noch einmal alle europäischen Häupter nach Deutschland führte. Gerade die Feiern anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Sieges gegen Frankreich in Kelheim und Leipzig waren als große Volksfeste organisiert und trugen mit ihrer medialen Breitenwirkung dazu bei, dem Monarchiemodell nach außen neuen Glanz zu verleihen.¹⁵⁵

Diese Inszenierungen konnten jedoch höchstens zeitweise verdecken, dass Wilhelm II. durch seine unzähligen Fehlritte einiges vom Kredit der Monarchie verspielt hatte. Eine der entscheidenden Fehlritte Wilhelms II. war ein Interview in der Londoner Zeitung *The*

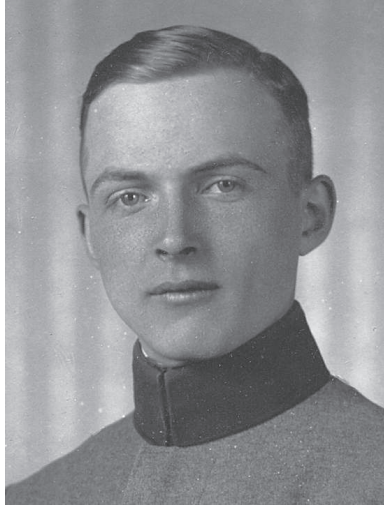
Daily Telegraph. Seine taktlosen Äußerungen zum deutsch-britischen Verhältnis vom Oktober 1908 riefen eine starke öffentliche Kritik an der Person und dem Regierungsstil des Kaisers hervor und sorgten für eine innenpolitische Krise. Die Stellung Wilhelms II. war schwer beschädigt worden, weil fast alle politischen Parteien sein Verhalten missbilligten.¹⁵⁶ Über die Wirkung dieser Affäre schrieb Hesse folgende Worte: „*Wenn auch der Kaiser während seiner Regierungszeit häufig durch sein zur Schau getragenes Selbstbewusstsein und eine in seinen Reden und anderen Äußerungen in Erscheinung tretende Impulsivität sowohl im Inland wie im Ausland Anlaß zu scharfer Kritik gegeben hatte, so mussten seine von der englischen Zeitung wiedergegebenen Auslassungen doch wie eine Bombe wirken. Sie waren ganz dazu angetan, den Kaiser in einen Konflikt mit anderen Mächten zu bringen, auch mit England, um dessen Freundschaft der Kaiser durch seine Äußerungen hatte werben wollen. [...] Die Kritik an diesen Vorgängen, die sich in der Presse Luft machte, war von einer noch nicht dagewesenen Schärfe. Auch rechtsstehende Kreise gaben ihrer Entrüstung Ausdruck. Der Kurs der Monarchie erreichte einen Tiefstand wie kaum jemals zuvor.*“¹⁵⁷

Diese Eskapaden hatten der Monarchie zwar Schaden zugefügt, jedoch keine existenzielle Krise ausgelöst. Die Schwäche der Monarchie im 20. Jahrhundert wurde erst in den Jahren zwischen 1914 und 1918 überaus deutlich und das gleich auf mehreren Ebenen. Damit wurde nicht nur der Kredit Wilhelms II. als Kaiser verspielt, auch musste die Institution Monarchie als Ganzes davon Schaden nehmen und so Auswirkungen auf alle Reichsfürsten haben.

Die schon weiter oben angesprochene fehlende aktive Kriegsbeteiligung der anhaltischen Fürsten war ein Phänomen, welches auf den Kaiser und nahezu alle Reichsfürsten zutraf. Nicht ohne Zutun der Dynastien war das Wunschdenken von einem im Feld stehenden Herrscher in einem großen Teil der Untertanen präsent. Der Krieg von 1870/71 hatte solche Fürsten tatsächlich noch vielfach gesehen. Darauf folgte für die gesamte Zeit des Kaiserreichs eine Stilisierung der Fürsten als militärische Führer und mögliche Kriegshelden. In vielen Teilen der Gesellschaft spielte das Militärische



Herzog Eduard von Anhalt (1861-1918)



Herzog Joachim Ernst von Anhalt (1901-1947)



Prinz Aribert von Anhalt (1864-1933)

eine große Rolle. Des Kaisers Uniformverliebtheit und die Betonung des militärischen Glanzes bestätigen dieses Bild. Diesem Anspruch wurden die deutschen Fürsten nahezu gar nicht gerecht, allen voran die Könige von Bayern, Württemberg und Sachsen, die nicht aktiv am Krieg teilnahmen. Gleiches taten beispielsweise die Fürsten aus Oldenburg, Sachsen-Meiningen oder auch Baden. Andere gekrönte Häupter wiederum waren zwar an der Front, doch dies mehr als Zuschauer denn als wirklich aktiver Feldherr. Von wenigen Beispielen abgesehen, wie Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe, der bis 1917 großes militärisches Geschick bewies, ist das Bild der Fürsten gemessen an ihren eigenen Ansprüchen sehr negativ. Der Krieg zeigte, dass die meisten gekrönten Häupter alles andere als Feldherren waren. Eine der wichtigsten Legitimationen der Monarchie, welche vor dem Krieg immer betont wurde, ging damit schlagartig verloren.¹⁵⁸

Der Rolle Kaiser Wilhelms II. kann man zunächst eine positive Wirkung beimessen. Als Motivator, dessen Aufgabe es war, in den Krieg einzustimmen, hatte er es verstanden, die euphorische Stimmung noch zu steigern und damit Sympathien für sich zu gewinnen. Wichtiges Mittel dazu war, zum Burgfrieden aufzurufen und der Sozialdemokratie die Hand zu reichen. Auch in Anhalt fand dieser Schritt Anerkennung. In dem Wissen, dass der Kaiser nun keine harten Worte mehr für ihre Sachen gebrauchen würde und die sonst so hoch gelobte französische Republik stark an Ansehen verloren hätte, müsse man das Versöhnungsangebot des Kaisers annehmen. Bekräftigt wurde zwar auch, dass die Konstitution Deutschlands nach dem Krieg eine andere sein müsse, der Kaiser solle dazu jedoch in entscheidender Weise beitragen.¹⁵⁹

Bis Anfang 1917 hatte man deshalb in der anhaltischen Sozialdemokratie überaus wohlwollende Worte für den Reichsmonarchen. Zunächst wurde Mitte des Monats Januar der „*aufrichtige Friedenswille*“¹⁶⁰ des Kaisers gelobt. Auslöser für diese Einschätzung war das Friedensangebot Wilhelms II. vom 12. Dezember 1916, welches kurz zuvor von der Entente abgelehnt wurde. Zwei Wochen später, aus Anlass des Kaisergeburtstags, erschien im Volksblatt ein übergroßer Artikel, der sich aus der Feder eines Sozialdemokraten fast wie eine Lobeshymne anhört. Zwar zielt der Text

darauf ab, die Wichtigkeit einer Regierung aus dem Volke zu bekunden, jedoch sprach man sich in aller Deutlichkeit von dem Vorwurf frei, Republikaner zu sein. Die Sozialdemokraten seien der Monarchie gegenüber Demokraten. Deswegen habe man Verständnis für alle, die echte Sympathien für den Kaiser hegen würden und nicht über seine Person sowie Scheinmonarchismus ihren Klassenegoismus durchsetzen wollten. Besonders wichtig sei weiter, dass die westlichen Demokratien – allen voran Frankreich – mit ihrer Haltung jeglichen Nimbus eingebüßt hätten und der Kaiser dagegen seinen ehrlichen Friedenswillen gezeigt hätte.¹⁶¹ Selbstverständlich wurde immer wieder in der kaisertreuen Presse auf seine Leistungen hingewiesen. Der Staatsanzeiger berichtete auf einer ganzen Seite über Wilhelm II. und sprach davon, dass nun die Kritik verblasse und auch beim letzten Mann im Volke alle Zweifel an ihm beseitigt seien.¹⁶² Auch im Tageblatt gab es nur Lob für den Kaiser.¹⁶³

Wo die Gewichte, auch nach drei Jahren des Krieges in Anhalt immer noch lagen, zeigt sich an der Regierungskrise und dem Kanzlerwechsel aus dem Sommer 1917. Reichskanzler Bethmann-Hollweg war auf Bestreben der Obersten Heeresleitung und auf Druck einer Reichstagsmehrheit am 13. Juli zurückgetreten und wenig später durch den fast unbekanntenen Georg Michaelis ersetzt worden. Dieser hektische Versuch, die auseinanderdriftenden Interessen des Parlaments und der Obersten Heeresleitung zu besänftigen, steht beispielhaft für die sich anbahnende Krise des Kaiserreichs nach drei Jahren Krieg.¹⁶⁴

Zwar wurde Mitte Juli seitenlangüber die Krise im Volksblatt berichtet und immer wieder Forderungen nach einem gleichen Wahlrecht für Preußen laut, Wilhelm II. wurde dagegen nur selten angesprochen: „*In Zukunft soll die Befragung der Ratgeber geordnet sein: der Kaiser soll die Führer der Reichstagsparteien darüber hören, wer Kanzler sein kann und soll.*“¹⁶⁵ Deutliche Kritik an seiner Stellung oder der Institution Monarchie wurde nicht geübt. Vielmehr deckte es sich mit den Forderungen in Bezug auf die anhaltischen Verhältnisse. Im Vordergrund standen ein demokratisches Wahlrecht und die intensivere Einbindung des Parlaments in Entscheidungsprozesse.



Kaiser Wilhelm II. auf einer zeitgenössischen Postkarte

Die Rolle des Kaisers als oberster Kriegsherr bekam mit Fortdauer des Krieges immer mehr Risse. Schon im November 1914 hatte er selbst bemerkt: „*Wenn man sich in Deutschland einbildet, dass ich das Heer führe, so irrt man sich sehr. Ich trinke Tee und säge Holz und gehe spazieren, und dann erfahre ich von Zeit zu Zeit, das und das ist gemacht, ganz wie es den Herren [vom Generalstab] beliebt.*“¹⁶⁶ Wilhelm II. stand also weder mit seinem Truppen im Felde noch war er der Herr, der den Krieg geschickt lenkte. Seine Rolle war von Beginn an überaus passiv. Umso länger der Krieg dauerte, umso deutlicher trat seine Unwichtigkeit zutage. Neben den überschwänglichen Reden sah man sich im Staatsanzeiger deshalb gezwungen zu erklären, warum der Kaiser in den Jahren des Krieges scheinbar aus dem Fokus der Öffentlichkeit gerückt sei, eine Passivität, die zu allerlei Gerüchten und Legenden geführt hätte. Schlicht wurde erklärt, dass politische und militärische Gegebenheiten dafür verantwortlich seien. Auch sei es nur natürlich, dass der Platz eines modernen Schlachtenlenkers nicht mehr, wie bei den großen Vorfahren noch, inmitten der kämpfenden Truppen sei, denn Kaiserpflicht gehe über Soldatenpflicht.¹⁶⁷ Ein Jahr später sah man sich sogar gezwungen zu begründen, warum eine Abdankung des Kaisers nicht mit einem besseren Frieden verbunden sei. So könne man mitten im Kampfe nicht einfach den obersten Kriegsherrn austauschen.¹⁶⁸

Zwar kann man auch für Anhalt von einem Prestigeverlust für den Kaiser sprechen, jedoch war die Stimmung in Hinsicht auf Wilhelm II. verglichen mit der im Reich, beispielsweise in Berlin, viel weniger gereizt. So wurde er Anfang 1918 seitens der Sozialdemokratie fast in Schutz genommen vor den Anschuldigungen der *Alldeutschen*, er habe nicht genug starke Männer an seiner Seite und sei zu nachgiebig gegenüber inneren und äußeren Feinden.¹⁶⁹ Auch die militärischen Ereignisse der zweiten Jahreshälfte 1918 scheinen an der Stellung des Kaisers in Anhalt nicht so viel bewirkt zu haben, wie in anderen Teilen Deutschlands.

4. Die Novemberrevolution und der Sturz

Mit dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 war der Krieg für das Kaiserreich verloren. Die Hochstimmung, die sich im Vorfeld dieses letzten großen Angriffs in Heer und Bevölkerung noch einmal gezeigt hatte, wandelte sich in große Enttäuschung. Ab Mai kam es zu ersten Krawallen, so in Erlangen und in München. Die fehlende militärische Disziplin ging einher mit der Zunahme antimonarchischer Töne, die den Kaiser für Krieg und schlechte Lage verantwortlich machten. Viele Soldaten waren nicht mehr bereit, ohne Aussicht auf Sieg in den Krieg zu ziehen. Im Herbst verschlechterte sich die Stimmung drastisch.¹⁷⁰

Nach langem Zögern gestand die Oberste Heeresleitung Ende September die militärische Niederlage ein. Um durch eine Parlamentarisierung günstigere Friedensbedingungen zu erlangen, wurde der monarchistische Reichskanzler Georg von Hertling durch den liberalen Prinzen Max von Baden ersetzt. Unter diesen Bedingungen war die SPD, vor allem vertreten durch Friedrich Ebert, bereit, sich an der Regierung zu beteiligen. In den folgenden Tagen und Wochen wurde den Alliierten Waffenstillstand angeboten und eine parlamentarische Reform der Reichsverfassung durchgeführt. Trotz dieser Schritte zogen sich die Verhandlungen über einen Waffenstillstand hin, auch weil die Alliierten weitergehende Maßnahmen, so die Abdankung des Kaisers, forderten.¹⁷¹

4.1. Verstärkte Forderungen nach Demokratisierung

Infolge der neuen Situation im Reich wurde auch in Anhalt das Thema der Demokratisierung noch verstärkter aufgegriffen. Mit Verweis auf ihre Petitionen vom Frühjahr verlangten die Sozialdemokraten die sofortige Durchsetzung eines neuen Wahlrechts und die Absetzung des Staatsministers von Laue, weil dieser nicht in der Lage sei, im Geiste der neuen Zeit zu handeln.¹⁷²

Am 6. Oktober wurde der Prinzregent in einem offenen Brief direkt angesprochen. Dort wurde eine aktivere Rolle bei der Neuordnung der Verhältnisse von ihm gefordert: „*Wohlan, Herr Prinzregent, folgen Sie dem Beispiel ihres Verwandten im Kanzleramt, verhelfen Sie der Demokratie auch in Anhalt zu ihrem Recht,*

treten Sie auf die Seite des Volkes, verstehen Sie die Zeichen der Zeit, die bitter ernst ist, die aber groß werden kann, wenn die Menschen, die in ihr leben, ihre Aufgabe verstehen. Das Volk wird den Kampf um sein Recht führen, bis es sein Ziel erreicht hat. Es kämpft nicht für neue Klassenvorrechte, sondern nur für das gleiche Recht aller. Keine Macht der Welt kann die Entwicklung aufhalten, auf dem ganzen Erdenrund geht sie ihren unaufhaltsamen Gang. Beauftragen Sie darum Ihren Minister, daß er im Landtage dasselbe Wahlrecht beschließen lasse, daß für Preußen jetzt vom Könige von Preußen vorgeschlagen ist und aller Erwartung nach auch zur Annahme gelangen wird. Dem anhaltischen Volke wie auch ihrem Nachfolger würden Sie dadurch den größten Dienst erweisen und in der anhaltischen Geschichte den höchsten Ruhm erwerben.“¹⁷³

Deutlich ausgesprochen wird hier die Forderung nach der Demokratisierung. Gleichwohl kann man zwischen den Zeilen eine Drohung lesen, die besagt, die Entwicklung sei unaufhaltsam und werde sich durchsetzen, ob nun mit oder ohne einen Herzog.

Die Forderungen scheinbar weiterhin völlig ignorierend, hielt Aribert seine Eröffnungsrede vor dem Landtag am 8. Oktober 1918. Nach den üblichen Lobreden auf das Heer, verbunden mit der Hoffnung auf baldigen Frieden, ging er über zur Situation in Anhalt. Nichts ist dort erwähnt, von möglichen Veränderungen oder Reformen, auch eine Angst vor der Revolution ist nicht zu spüren. Vielmehr äußerte er den Wunsch, nach Beendigung des Krieges, die Wirtschaft schnell zu beleben und wieder aufzubauen.¹⁷⁴

Trotz der starren Haltung des Prinzregenten richtete sich die Kritik der folgenden Tage nicht unmittelbar gegen ihn, sondern gegen Staatsminister von Laue. In einem Aufruf des Volksblattes vom 13. Oktober mit dem Titel „*Herr von Laue! Es wird Zeit! Nehmen sie ihren Abschied!*“ wurde die Thronrede nur am Rande erwähnt. Viel wichtiger schien es auszudrücken, dass die notwendigen Veränderungen der Zukunft, in erster Linie ein demokratisches Wahlrecht, nicht mit dem amtierenden Staatsminister zu bewältigen seien. Besonders im letzten Teil wurde deutlich, wie wenig man an der Person oder der Stellung des Prinzregenten verändern wollte. Denn mit der Forderung nach einer Unterredung mit demselben, um ihm

die Entlassung des Ministers nahe zu legen, wurde seine Position als Landesvater eher noch untermauert.¹⁷⁵ Bestätigt wird dieser Eindruck von den Ergebnissen einer Versammlung Dessauer Fabrikarbeiter, in der abschließend ebenfalls das Anliegen geäußert wurde, beim Prinzregenten vorstellig zu werden, um dort lediglich Verbesserungen des Wahlrechts zu fordern.¹⁷⁶ Weitere Versammlungen folgten, so beispielsweise im Evangelischen Vereinshaus in Dessau, die den gleichen Tenor hatten und an deren Ende die gleichen Forderungen standen.¹⁷⁷ All diesen Ansprüchen erteilte Aribert jedoch unverzüglich eine Absage, indem er bekundete, die Herren nicht empfangen zu wollen. In Reaktion dessen wurden allerdings immer noch keine Forderungen laut, die nun auch den Prinzregenten oder das Herzogshaus betrafen.¹⁷⁸ Eine Erklärung für dieses überaus gemäßigte, fast wohlwollende Verhalten in Bezug auf Aribert könnte die Angst vor „bolschewistischen Zuständen“¹⁷⁹ gewesen sein. Seitens der Sozialdemokratie fürchtete man sich vor einer Diktatur, Revolutionsgerichten und Zuständen, wie sie in Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts herrschten und nun in Russland anzutreffen wären. Bis Anfang November kam es deshalb in Anhalt zu keinen nennenswerten Ereignissen, die auch nur den Anschein eines Revolutionsbeginns erwecken konnten.

Mit Sorge muss man seitens der Anhaltischen Staatsregierung allerdings die Lageberichte aus Berlin aufgenommen haben. In der vertraulichen Meldung über die politische Situation vom 27. Oktober 1918 hieß es, dass die Stimmung der Berliner Bevölkerung geradezu erschreckend sei. Der Unmut richtete sich zum einen gegen Kaiser und König und zum anderen gegen den Krieg. Die Folgen dieser Entwicklung seien kaum absehbar, könnten aber zur Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen führen.¹⁸⁰

4.2. Einsetzung einer neuen Regierung

Ausgelöst wurden die revolutionären Ereignisse letztlich von dem Befehl der Seekriegsleitung, noch Ende Oktober in ein letztes ehrenvolles Gefecht aufzubrechen. Die kriegsmüden Matrosen in Kiel und Wilhelmshaven waren nicht mehr bereit, sich diesem Himmelfahrtskommando anzuschließen und meuterten. Da in der Nacht

vom 29. zum 30. Oktober alle Befehle verweigert wurden, konnten die Schiffe nicht auslaufen. Wie bei einem ähnlichen Vorfall im August 1917 wurden die Anführer festgenommen. Doch diesmal lies sich die Situation damit nicht beruhigen. In den ersten Novembertagen schlossen sich die Matrosen mit den Kieler Werftarbeitern zusammen und forderten die Freilassung ihrer Kameraden. Bei einer Demonstration am 3. November schoss eine Militärpatrouille auf die Soldaten und Arbeiter. Neun Tote wurden gezählt. Der Aufstand begann.

In der folgenden Nacht wurden überall auf den Schiffen die Offiziere entwaffnet und rote Fahnen gehisst. Unter Führung des nun gebildeten Soldatenrates für Kiel wurden am 4. November alle öffentlichen und militärischen Einrichtungen besetzt. Dem Sozialdemokraten Gustav Noske gelang es zwar, die Situation in Kiel einigermaßen zu beruhigen, doch die Ausweitung der Revolution auf ganz Deutschland konnte dieses schnelle Einreifen nicht mehr verhindern.¹⁸¹ Die Berichte aus Berlin, welche dem herzoglichen Staatsministerium fast täglich zukamen, gaben darüber Auskunft, dass die Position des Kaisers immer schwächer wurde. In der Reichshauptstadt wurde die Stimmung täglich schlechter, mit einer immer stärker werdenden Stoßrichtung gegen den Kaiser. Darüber hinaus wurde in der Reichsregierung unter Prinz Max von Baden offen über die Abdankungsforderungen der Alliierten diskutiert.¹⁸² Am Montag, den 4. November 1918, erschienen in der anhaltischen Presse erste Berichte über die Ereignisse in Kiel. Daraufhin kontaktierte Hesse noch am selben Abend den Zerbster Kreisdirektor Gutknecht, mit dem Anliegen, er müsse nun anhaltischer Staatsminister werden. Die Ereignisse würden deutlich machen, dass die alten konservativen Kräfte nicht mehr das Vertrauen des Volkes besitzen würden. Dies träfe auch für den Minister von Laue zu, der deshalb abgelöst werden müsse. Nach kurzem Zögern erklärte sich Gutknecht bereit, dem Prinzregenten, welchen er am Folgetag treffen werde, diesen Vorschlag zu unterbreiten.¹⁸³

Derweil wurde die Luft für Kaiser Wilhelm II. immer dünner. Offen wurde nun von Scheidemann gefordert, der Kaiser müsse unverzüglich zurücktreten. Allerdings sollte dies keine Abdankung der Hohenzollern darstellen. Vielmehr sollte es zu einem Personalwech-

sel kommen, in dem der älteste Enkel des Kaisers den Thron besteigen sollte.¹⁸⁴

Am Mittwoch, den 6. November, erfolgte der Wechsel an der Spitze der herzoglichen Regierung. Nachdem Vertreter der Sozialdemokraten und Liberalen im Amtszimmer von Bürgermeister Hesse zusammengekommen waren, wurden sie auf dessen Vorschlag hin beim Prinzregenten Aribert vorstellig und forderten nachdrücklich, den amtierenden Staatsminister von Laue zu entlassen und durch Gutknecht zu ersetzen. Des Weiteren verlangte man die Ausarbeitung eines demokratischen Wahlrechts sowie die unverzügliche Ansetzung von Neuwahlen.¹⁸⁵

Hesse hielt Gutknecht gewissermaßen für einen Kompromisskandidaten, der von allen Seiten akzeptiert werden könnte. Er sei zwar eher auf der rechten Seite zu verorten, würde aber parteiübergreifend arbeiten, sich demokratischen Reformen nicht verschließen, durch seinen Posten als Leiter des Landesernährungsamtes auch in der Bevölkerung einen guten Ruf genießen und sogar vom Prinzregenten geschätzt werden.¹⁸⁶

Wie erwartet wurde Gutknecht am 7. November von Aribert empfangen, der ihn umgehend zum neuen Minister ernannte. Der wichtigste Auftrag, der ihm dabei zufiel, war mithilfe aller Parteien die Neugestaltung der politischen Verhältnisse in die Wege zu leiten. Erstes Ergebnis dieser Bemühungen war die Umwandlung des Staatsministeriums, welches bisher nur aus einer Person bestand, in eine kollegiale Behörde, bestehend aus nunmehr sieben Personen. Als ernannter Staatsminister hatte Gutknecht den Vorsitz inne. Ihm zur Seite standen die zwei Staatsbeamten Philipp Mühlenbein, Leiter der Abteilung des Innern und Paul Lange als Präsident der Finanzdirektion. Hinzu kamen für die Nationalliberalen der Stadtverordnete Josef Lux und für die Fortschrittliche Volkspartei Dr. Hermann Cohn sowie die Sozialdemokraten Heinrich Deist und Wilhelm Voigt.¹⁸⁷

Damit kam es in Anhalt zu einem durchaus frühen Zeitpunkt zu einem gewaltlos herbeigeführten Regierungswechsel. Zwar waren die Sozialdemokraten noch nicht die führende Kraft, jedoch standen sie in der Verantwortung. Ganz gleich, wie die Intension des Prinzregenten bei diesem Schritt war. Er hatte ermöglicht, dass eine

wesentliche Forderung der Sozialdemokratie, die Regierungsbeteiligung, erfüllt wurde und eine andere, ein demokratisches Wahlrecht, in absehbarer Zeit erarbeitet werden konnte. Obwohl niemand zu diesem Zeitpunkt wusste, wie sich die zunächst partielle Revolution auf Anhalt niederschlagen würde, konnte damit doch möglicherweise gewährleistet werden, ausufernden revolutionären Ereignissen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Situation sollte in den folgenden Tagen großen Einfluss auf die Entwicklung in Anhalt haben.

Ausgehend von den Ereignissen in Kiel und später Berlin erreichte die Revolution spätestens am 7. November auch Mitteldeutschland. In Magdeburg, Halle und Stendal bildeten sich unverzüglich Arbeiter- und Soldatenräte. Darüber hinaus kam es in einzelnen Städten zu Massenkundgebungen und Streiks, die den Forderungen der Räte Nachdruck verleihen sollten.¹⁸⁸

Dass die Situation nun immer angespannter und wohl auch bedrohlicher erschien, zeigt der Wunsch Ariberts, Hesse zu sprechen. Am 8. November erfolgte die Einladung zu einer vertraulichen Unterredung im Residenzschloss. Im Vorfeld der Schilderungen dieser Unterredung beschreibt Hesse sein Empfinden von der Akzeptanz der Monarchie in Anhalt folgendermaßen: *„Auch nachdem sich Dessau im Laufe der letzten hundert Jahre aus einer Ackerbürger- und Handwerkerstadt zu einer modernen Industriestadt entwickelt hatte, war in der Bevölkerung das Gefühl der Verbundenheit mit dem herzoglichen Hause unverändert lebendig geblieben. Auch von linksgerichteten Kreisen waren seine Mitglieder stets respektiert worden. Das lag nicht zum mindesten an der weisen Zurückhaltung, die das Herzogshaus in allen politischen Fragen zeigte, es lag an der Einfachheit, mit der seine Repräsentanten vor der Öffentlichkeit in Erscheinung traten, und es lag vor allem an den kulturellen Leistungen, von denen die Landeshauptstadt und ihre Umgebung vielfältiges Zeugnis ablegten und die in den letzten Jahrzehnten in der Pflege des Dessauer Theaters einen neuen Höhepunkt erreicht hatte. Diese feste Verwurzelung des anhaltischen Fürstenhauses in der Bevölkerung schien mir die Gewähr dafür zu bieten, daß auch die Stürme der letzten Tage seine Stellung nicht würden erschüttern können.“*¹⁸⁹

Natürlich muss man hier bedenken, dass Hesse viele Jahre später letztlich nur seinen erinnerten persönlichen Eindruck wiedergibt. Und wenn er überhaupt für eine Gruppe spricht, dann für die Liberalen in Anhalt, die der Monarchie grundsätzlich freundlich gegenüberstanden. Gleichwohl kann es nicht von ungefähr kommen, dass das Herzogshaus in den höchsten Tönen gelobt wird und selbst die politische Linke den Askaniern Respekt entgegen gebracht haben soll. Der geäußerten damaligen Einschätzung entsprechend, versicherte Hesse in der Unterredung mit dem Prinzregenten, dass er der Überzeugung sei, dem Herzogshaus würden auch durch die gegenwärtigen Ereignisse keine Komplikationen entstehen. Erste Zweifel kamen ihm als er wenig später vom Sturz der doch so standfest eingeschätzten bayrischen Monarchie erfuhr.¹⁹⁰

4.3. Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte

Um eine bessere Übersichtlichkeit zu gewährleisten, werden die Ereignisse rund um die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte im Folgenden nicht in unbedingter chronologischer Reihenfolge geschildert. Nacheinander werden die größeren Städte Zerbst, Köthen, Bernburg und Dessau in den Fokus genommen. Die Ereignisse in Dessau werden deshalb zum Schluss erläutert, weil sie die wichtigste und größte Stadt ist, die Agierenden die einflussreichsten sind und dort die Residenz des Herzogs bzw. Prinzregenten ist. Gleichwohl ist Dessau nicht Anhalt, weshalb drei weitere Orte zum Vergleich und zur Abrundung des Bildes dienen sollen.

In Zerbst begannen die revolutionären Ereignisse am 8. November mit der Besetzung des Rathauses und des Militärgerichts durch Arbeiter und in die Stadt gelangte Matrosen aus Kiel. Nachdem überall rote Fahnen gehisst wurden und sich die örtlichen SPD-Funktionäre den Revolutionären angeschlossen hatten, wurde eine große Volksversammlung abgehalten. Mehrere Redner sprachen davon, dass die Arbeiterklasse nun einig sein müsse, um ihre Forderungen durchzusetzen. Diese lauteten, eine Demokratisierung Deutschlands durchzuführen, die Arbeiter- und Soldatenräte anzuerkennen sowie Rede- und Pressefreiheit zu erhalten. Da ein Ar-

beiter- und Soldatenrat erst am 10. November gewählt wurde, wurde für die Verhandlungen mit dem Magistrat der Stadt lediglich eine Abordnung von Arbeitern und Soldaten bestimmt.¹⁹¹

Unter der Führung des aus Dessau herbeigeeilten Deist wurden alle Forderungen der Revolutionäre erfüllt. Zwar gab es auch kritische Stimmen, die nicht verstanden, warum man nun verhandeln solle, anstatt das Rathaus zu stürmen, jedoch konnten sich diese nicht durchsetzen. Es wurde auch heftig darüber diskutiert, ob es richtig sei, vonseiten des Arbeiter- und Soldatenrates das Privateigentum zu garantieren. Immerhin war eine zentrale Forderung der Linken, die großen Betriebe in Volkseigentum umzuwandeln. Im Allgemeinen vermochte es Deist, die Situation immer wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Nachdem der Kreisdirektor zurückgetreten war, konnte er seinen Genossen als neuen Verbindungsmann zwischen Räten und Behörden den Regierungsrat und Gutsbesitzer Trücke vermitteln. Auch dies ein Schritt, der nicht überall Zustimmung fand, aber letztlich durchgesetzt wurde.¹⁹²

In Köthen bildete sich der Arbeiterrat für Stadt und Kreis im Zuge eine SPD-Parteiversammlung. Nachdem Deist einen Vortrag über die Frage *Volksstaat oder Obrigkeitsstaat* gehalten hatte, wurde ein Rat aus Vertretern der Partei und den Gewerkschaften gewählt. Darüber hinaus wurde eine Bürgerwehr aus zwanzig Männern zusammengestellt.¹⁹³

So sachlich und ruhig wie die Bildung des Arbeiterrates zustande gekommen war, so gemäßigt lesen sich auch die Forderungen bzw. funktionierte die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden. Gemäß ihrem Auftrag setzten sich die Genossen Pfeil, Sommer und Theuerjahr mit dem Magistrat und der Kreisdirektion unter von Brunn in Verbindung und erreichten ohne Zwischenfälle, dass der Arbeiterrat als Kontrollbehörde anerkannt wurde. Deist schrieb dazu, dass kein Blut fließen dürfe, das Eigentum eines jeden gewahrt bleiben müsse und Ordnung in jeder Beziehung gesichert werde. Alles habe zu unterbleiben, was Leben und Gesundheit der Bevölkerung sowie privates und öffentliches Eigentum bedrohe. Es wurde also alles gesagt und getan, um einen öffentlichen Aufruhr zu verhindern, der eventuell in eine unkontrollierte Revolution ausufern würde.¹⁹⁴ Am 11. November war auch Peus in Köthen. Er sprach auf einer Arbei-

ter- und Bürgerversammlung im Gasthaus *Osterköthen*. Dort rief er dazu auf, das Erreichte zu festigen.¹⁹⁵ Man bedenke dabei, dass zu diesem Zeitpunkt Aribert noch nicht zurückgetreten war. Die Arbeiter und Soldaten unter Führung der SPD hatten zwar schon einiges erreicht, so die Regierungsbeteiligung und die reale Aussicht auf eine demokratische Wahl und damit die Möglichkeit, nach der nächsten Wahl eine Regierung anzuführen. Jedoch war Anhalt immer noch ein Herzogtum, wenn auch mit einer schwindenden Macht des Herrschers. Peus verlor an diesem Tag kein Wort über die Monarchie. Dies muss nicht unbedingt heißen, dass er sich damit für den Erhalt aussprach. Jedoch kann man ihm unterstellen, dass er wenigstens eine ambivalente und noch nicht eindeutige Meinung zu diesem Thema hatte. In dieser Versammlung wurde ebenfalls beschlossen, für Köthen keinen Soldatenrat zu bilden. Erst als die in Köthen befindlichen Soldaten sich mit diesem Beschluss nicht einverstanden zeigten, wurde drei Tage später ein Soldatenrat mit 14 Mitgliedern gewählt.¹⁹⁶

In der Umgebung kam es ebenfalls zur Bildung von Arbeiterräten, so beispielsweise in den Gemeinden Gröbzig, Osternienburg und Aken. Der am 10. November gebildete Arbeiterrat für Aken bestand aus dem Vorsitzenden Louis Ecke, dem sechs weitere Männer zur Seite gestellt wurden. Tags darauf wurde unter Leitung dieses Gremiums eine Versammlung im Akener Rathaus anberaumt. Dabei forderte der Vorsitzende im Wesentlichen, Ruhe und Ordnung zu bewahren und legte fest, dass der Rat nur übergangsweise eine Entscheidungsgewalt besitzen solle. Die Macht sollte an eine zu bildende Regierung und andere dazu bestimmte Organe übergehen. Stimmen, die dieses Vorgehen kritisierten, wurden schnell unterdrückt. Auf einer Versammlung am 13. November bekundete Fritz Karting seine gegenteilige Meinung. Er rief dazu auf, die Gelegenheit zur Revolution unverzüglich zu ergreifen und die Macht des Kapitalismus zu brechen. Bevor er weitere Ausführungen machen konnte, wurde er von dem Vorsitzenden unterbrochen.¹⁹⁷

Da alle Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Köthen der vorgegebenen Linie der anhaltischen SPD-Führung folgten und sich keine Aufstände ereigneten, waren jene kritischen Stimmen wie von Fritz Karting wohl eher selten oder hatten nicht die Kraft, sich durchzusetzen.

Obwohl die USPD-Gruppe in Bernburg verhältnismäßig klein war, hatte sie mithilfe der Genossen aus Halle Einfluss auf die Revolution. So fand am 8. November 1918 eine öffentliche Versammlung der USPD im Bernburger Viktoriapark statt. In seiner Rede verurteilte der Reichstagsabgeordnete Adolph Schneider die Burgfriedenspolitik der SPD-Führung und den Eintritt der SPD-Männer Scheidemann und Bauer in die neu gebildete Reichsregierung. Er rief offen zur Revolution auf. Die Versammlungsmitglieder mussten daraufhin von dem gemäßigt eingestellten Max Günther und Wilhelm Voigt wieder beruhigt werden, sodass es an diesem Tag zu keinen Unruhen kam.

Erst am Morgen des nächsten Tages formierte sich in der Karls-Kaserne ein Soldatenrat für Bernburg. Allerdings waren deren Mitglieder nicht ausschließlich Soldaten, auch zwei gemäßigte SPD-Männer, Max Günther und Ferdinand Bender, wurden in diese Gruppe gewählt. Zusammen mit dem Major Bergmann veröffentlichte der Soldatenrat noch am selben Tag ein Aufruf an die Bevölkerung. Neben Bestimmungen zu Waffen, Munition, Militärgefangenen und Versorgungsfragen stand vor allem die Forderung nach Ruhe und Ordnung im Vordergrund. Zur Unterstreichung dessen hieß es in Punkt 7, dass Plünderungen standrechtlich abgeurteilt würden. Besonnenheit zu bewahren, Blutvergießen und Ausschreitungen zu verhindern sei wichtig, um zu zeigen, dass Bürger und Soldaten ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen könnten.¹⁹⁸

Am Abend des 9. Novembers beschlossen SPD-Mitglieder im Gewerkschaftshaus von Bernburg, dass zwei Tage später keiner zur Arbeit gehen müsse. Stattdessen sollte eine Kundgebung auf dem Martinsplatz und am Abend eine öffentliche Versammlung im Hofjäger stattfinden. Wie geplant trafen sich die Arbeiter am 11. November um 14 Uhr und zogen nach einer Rede von Ferdinand Bender in einem Demonstrationszug durch Bernburg. Der gesamte Tag war bestens organisiert. Dem Zug der Demonstranten ging sogar eine Militärkapelle voran. Alles verlief ruhig, geordnet und ohne Blutvergießen oder Ausschreitungen.¹⁹⁹

Am Abend kam es dann zur Wahl des Arbeiterrates. Ihm gehörten zunächst 19 Mitglieder aus Gewerkschaften, SPD und USPD an. Die Forderungen wurden tags darauf in der *Bernburgischen Zeit-*

ung veröffentlicht. Der Arbeiter- und Soldatenrat sollte in einen Bürgerrat umgebildet werden, um die in der Entstehung befindlichen bürgerlichen Parteien mit einzuschließen. Außerdem wurde das Verhältnis zwischen Soldatenrat auf der einen Seite und Arbeiterrat auf der anderen Seite geregelt. Ausdrücklich wurden dem Soldatenrat nur in militärischen Angelegenheiten Kompetenzen zugewiesen. Um keinen Militarismus von unten zu erzeugen, wurde dieser der gesetzlichen Zivilgewalt unterstellt. Im letzten Punkt wurden allgemeine Wahlen nach Verhältnissystem gefordert und Punkte ausgeführt, die ausschließlich die Stadt Bernburg betrafen.²⁰⁰

Wie wichtig die Ereignisse in Preußen für Anhalt waren, zeigt sich noch einmal in Dessau. In der Nacht vom 8. zum 9. November wurde die Friedrichkaserne von Soldaten des Generalkommandos Magdeburg übernommen. In den frühen Morgenstunden des folgenden Tages erfasste die Revolution die anderen in Dessau stationierten Truppen. Unter der Führung von Fritz Röder wurden die Offiziere entwaffnet. Weiterhin wurden die Angestellten der BAMAG aufgefordert, nicht mehr zur Arbeit zu gehen, um den Krieg endlich zu beenden. Ein Trupp von Soldaten wurde zur Leopoldskaserne geschickt, um dort die Vorgesetzten zu entmachten.²⁰¹

Gemeinsam zogen die Soldaten zunächst zum Wohnhaus von Deist. Dieser war vollkommen überrascht von der Menschenansammlung und der Forderung, er solle sich an die Spitze des Soldatenrates stellen. Scheinbar überfordert von der Situation riet der den Soldaten lediglich, sich zum Tivoli zu begeben und dort auf ihn zu warten.²⁰²

Wenig später erreichte der Trupp den Marktplatz und schließlich das Redaktionsgebäude des Volksblattes. Dabei war die Forderung an die Redakteure, die bekanntlich auch SPD-Mitglieder waren, sich dem Aufstand anzuschließen und ihn gar anzuführen. Gemeinsam ging der Weg weiter zum Tivoli, dem Lokal der Sozialdemokratie in Dessau.

Der von Deist und dem Leiter der städtischen Milchversorgungsstelle, Blunk, über die Ereignisse informierte Hesse eilte unverzüglich herbei, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Seinen Beschreibungen der Situation folgend, gelang es den SPD-Führern



Die 1. Kundgebung des Soldatenrates in Dessau am 9. 11. 1918



Der Soldatenrat der Garnison Dessau

Stehend: Musk. Kirchbach, Ldstm. Achilles, Vzfw. Franz, Musk. Lorenz,
Sergt. Bergeest, Ldstm. Gieß

Sitzend: Gefr. Röder, Vzfw. Berne, Vzfw. Große, Res. Jacobi, Sergt. Behrendt

Deist und Paulick nicht, die Masse zu beruhigen. Erst als Hesse dazu aufgefordert wurde, auf das Podium zu gehen, trat Ruhe ein. Er bat die Arbeiter, ihre Forderungen schriftlich darzulegen und trotz allem Ruhe und Ordnung zu bewahren. Man einigte sich darauf, nachdem Vertreter der Soldaten gewählt wurden, um 10 Uhr im Rathaus eine Versammlung abzuhalten. Damit war der Aufruhr schon unterbunden, bevor er richtig angefangen hatte.²⁰⁴

Nach weiteren Reden wurde schließlich ein Soldatenrat für die gesamte Garnison Dessau gewählt, der insgesamt aus elf Männern bestand.²⁰⁵ Wenige Stunden später bildete sich ebenfalls ein Arbeiterrat für die Stadt Dessau. Diesem gehörten zumeist moderate Vertreter der anhaltischen SPD an, so der Arbeitersekretär Arzberger, der Volksblattredakteur Paulick, der Gewerkschafter Fischer und der Geschäftsführer des Volksblattes Deist. Letzterer rief wie Hesse dazu auf, jeglichen Aufruhr zu unterlassen. Darüber hinaus bekundete er, das Eigentum eines jeden unangetastet zu lassen. Gleichzeitig fanden erste Verhandlungen zwischen dem schon formierten Soldatenrat und den Militärbehörden statt.²⁰⁶

Im Zuge der Ereignisse kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppe der Revolutionäre, da einige Arbeiter mit der zurückhaltenden Vorgehensweise ihrer Anführer unzufrieden waren. Der in den Arbeiterrat gewählte Gewerkschafter Fischer hatte zunächst einige Arbeiter davon abgehalten, eine spontane Demonstration durchzuführen, um sich dann seinerseits zu einem Gespräch mit Dessauer Unternehmern zu treffen. Fischer wurde daraufhin von Arbeitern aufgegriffen und des Verrats an der Revolution bezichtigt. Diese Ereignisse zeigen, dass trotz der verhältnismäßig ruhigen Lage einige Arbeiter bereit waren, in diesen Tagen weiter zu gehen, als nur Räte zu bilden und mit den Behörden zu verhandeln. Durchsetzen konnten sich diese Strömungen allerdings nicht. Heikle Situationen, wie die Weigerung eines Offiziers Kokarden und Degen außerhalb des Dienstes abzulegen, konnten letztlich ohne Blutvergießen oder Eskalation beendet werden.²⁰⁷

Als die Vertreter der Soldaten ergänzt durch Dessauer Arbeiter wie vereinbart im Rathaus zusammenkamen, war Hesse bereits von Gutknecht und den Militärbehörden bevollmächtigt, die Verhandlungen für die Behörden zu führen. Kurioserweise übernahm

Hesse auf seinen eigenen Vorschlag hin und ohne Widerspruch ebenfalls den Vorsitz des Arbeiter- und Soldatenrates für diese Versammlung.²⁰⁸ Was auch immer für taktische Überlegungen damit verbunden waren, es war eine eigenartige Situation. Denn beide Konfliktparteien, also die Behörden einerseits und die gerade gewählten Räte andererseits, hatten die gleiche Führung. Folgende Punkte wurden nach zweistündiger Verhandlung gegenüber den Militärbehörden durchgesetzt:²⁰⁹

1. *Außerhalb des Dienstes gibt es keine Vorgesetzten. Das Grüßen hört auf. Unbeschränkte Freiheit außerhalb des Dienstes.*
2. *Die Vertrauensmänner der Kompanien haben bei Festsetzung des Dienstes mitzuentcheiden.*
3. *Kokarden und Achselklappen sind abzulegen. Die Gradabzeichen werden beibehalten. Offiziere dürfen außerhalb des Dienstes keinen Degen tragen; Achselstücke behalten sie bei.*
4. *Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände sind unter Schutz des Soldatenrates zu stellen. Einzelfragen über Aufbewahrung der Munition und in Bezug auf Aufbewahrung und Verwendung der Gewehre im Dienst werden unter Zuziehung der Vertrauensleute der Kompanien geregelt.*
5. *Öffentliche Gebäude werden unter den Schutz des Soldatenrates gestellt. Er stellt zu diesem Zweck Wachen aus! Das Nähere regelt der Unterausschuß.*
6. *Jegliches Plündern wird mit dem Tode bestraft.*
7. *Die wegen politischer Vergehen inhaftierten Soldaten sind nach Prüfung der Akten aus der Haft zu entlassen. Die wegen gemeiner Verbrechen und Vergehen Inhaftierten werden nicht entlassen.*

8. *Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unterhält der Soldatenrat dauernd Straßenpatrouillen.*
9. *Die Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle übrigen haben den Dienst zu quittieren.*
10. *Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst befreit.*
11. *Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.*
12. *Sämtliche an der Bewegung teilnehmenden Mannschaften und Offiziere dürfen deshalb nicht bestraft werden.*
13. *Der Soldatenrat ersucht alle Soldaten und Arbeiter sowie die übrige Bevölkerung, ruhig zu bleiben und von allen Ansammlungen auf der Straße abzusehen. Die Arbeit in den Fabriken und Werkstätten darf nicht unterbrochen werden.*
14. *Die Mitglieder des Soldatenrates erhalten einen polizeilichen Ausweis und sind durch eine weiße Armbinde mit Stadtwappen kenntlich.*

Die Forderungen, die beispielhaft für die vielen anderen aus diversen Orten stehen sollen, zeigen einerseits eine sehr große Kriegsmüdigkeit, was vor allen die Bestimmungen in Bezug auf die Vorgesetzten und Dienstabzeichen verdeutlichen. Darüber hinaus sind es Maßnahmen, die die Situation wieder stabilisieren sollen, so die Verhängung der Todesstrafe auf Plünderungen und die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Patrouillen. Andererseits ist ein Angriff auf das System der Monarchie in kei-

ner Zeile herauszulesen. Hesse schildert rückblickend, dass auch in den Verhandlungen kein Wort davon gefallen war oder auch nur Andeutungen gemacht wurden, die darauf abzielten, das Herzogshaus zu stürzen.²¹⁰ Mit der Hoffnung, die Lage weiter zu beruhigen, veröffentlichte Hesse folgenden Aufruf, der zunächst an den Plakatsäulen angebracht wurde und später in den Abendausgaben der Zeitungen erschien:²¹¹

„Mitbürger!

In unserer Stadt hat sich heute aus Vertrauensmännern der Arbeiter und Soldaten ein Ausschuß gebildet. Ich habe den Vorsitz übernommen. Der Ausschuß wird im Einvernehmen mit den Zivil- und Militärbehörden dafür sorgen, daß die Ruhe und Ordnung in der Stadt gewährt bleibt.

Alle Ansammlungen auf der Straße sind unbedingt zu vermeiden!

Jeder geht seiner Arbeit nach!

Den Anordnungen der durch weiße Armbinden mit Stadtwappen kenntlichen Vertreter der Soldaten ist Folge zu leisten!

Für Leben und Eigentum unserer Mitbürger besteht keine Gefahr.

Dessau, 9. November 1918

Hesse, Bürgermeister.“

Veranlasst von den Ereignissen in Dessau und ganz Anhalt kamen auch die Mitglieder des neu gebildeten Staatsministeriums zusammen und verfassten eine Erklärung, welche am 10. November in einer Extra-Ausgabe des Volksblattes abgedruckt wurde.²¹²

„An das anhaltische Volk!

Der Drang des Volkes nach freiheitlichen Reformen unseres Staatslebens hat sich auch in Anhalt stürmisch Geltung verschafft. In den größeren Städten haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Pflicht aller Behörden ist es, in einheitlichem Zusammenwirken mit ihnen dafür zu sorgen, daß die öffentliche Ordnung aufrechterhalten bleibt, damit vor allem in der Lebensmittelversorgung keine Stockungen eintreten. Das unterzeichnende Staatsministerium wird die demokratischen Forderungen in weitgehendem Maße erfüllen. Es hat das Vertrauen zum Volk, daß es nicht durch Störung der öffentlichen Ordnung die Durchführung dieser Reformen erschwert. Darum Ruhe und Besonnenheit! Nur so kann das Volk vor Hungersnot und sonstigen schweren Erschütterungen bewahrt bleiben.

Dr. Gutknecht, Lange, Mühlenbein, Dr. Cohn, Deist, Lux, Voigt.“

All diese Forderungen und Verlautbarungen machen vor allem zwei Dinge deutlich: Erstens, allen beteiligten Parteien scheint daran gelegen zu sein, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Dies drückt sich nicht nur in den schriftlichen Erklärungen, sondern auch in der Form des Umgangs miteinander aus. Zweitens, gibt es immer noch keinen Anhaltspunkt, für eine Gefährdung des Herzogshauses. Es wird ausschließlich eine demokratische Umwandlung gefordert.

Sicherlich wird die Rolle des Herzogs dabei auch hinterfragt, doch die Institution an sich wurde offenkundig noch nicht angetastet. Dass dies nicht selbstverständlich war, zeigen zur gleichen Zeit geäußerte Rücktrittsforderungen an Wilhelm II., dessen Stellung unhaltbar sei und der allein um des Friedens Willen zurücktreten müsse.²¹³ Begünstigt wurde der ruhige Verlauf der Ereignisse von dem Vorhandensein einer Staatsregierung, die sozialdemokratische Mitglieder hatte. Es gab also schon bestehende und handlungsfähige Strukturen, die allgemein und unter den Bedingungen einer Revolution Anerkennung hatten. Verdeutlicht und verstärkt wird dies von dem fast gänzlichen Fehlen einer einflussreichen USPD-Gruppe in Anhalt. In Köthen, Zerbst und Dessau finden sich für die ersten Tage der Revolution oder für die Zeit davor keine Hinweise auf das Bestehen einer USPD-Ortsgruppe. Lediglich in Bernburg bestand eine solche, allerdings mit so geringem Einfluss, dass sie kaum wahrnehmbar war.²¹⁴ Der Großteil der Arbeiterschaft stand hinter der anhaltischen SPD, die getreu ihrer Tradition auch in der Revolution einen gemäßigten Kurs fuhr.

4.4. Die Abdankung am 12. November 1918

Alle Vereinbarungen waren schon kurze Zeit später infrage gestellt, nicht durch anhaltische Gegebenheiten, sondern von den Ereignissen in Berlin. Nachrichten aus der Hauptstadt verkündeten die Ereignisse vom 9. November 1918. Friedrich Ebert sei Reichskanzler einer neuen Regierung und die Hohenzollern hätten abgedankt. Das Kaiserreich war untergegangen und Deutschland zur Republik geworden.²¹⁵

Die Kuriosität eines liberalen Vorsitzenden eines Arbeiter- und Soldatenrates gehörte nach nur einem Tag der Vergangenheit an. Hesse war sich dieser seltsamen Situation durchaus bewusst und umso erleichterter, als er erfuhr, dass der Rat schon am Vormittag des 10. Novembers den Sozialdemokraten Paulick zum Vorsitzenden gewählt hatte.²¹⁶

In seinen Erinnerungen beschreibt Deist einen Besuch beim Prinzregenten. Obwohl kein genaues Datum genannt wird, lassen die übrigen Schilderungen erkennen, dass die Unterredung im Zeitraum

zwischen der Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte in Dessau und der Abdankung Ariberts stattgefunden hatte. Deist schildert dort, wie er dem Prinzregenten nahe legte, auf den Thron zu verzichten. Zu diesem Zeitpunkt glaubte Aribert jedoch noch, dass die momentane Situation nicht lange Bestand haben würden:

„Er weigerte sich zunächst und meinte, die jetzigen Zustände werden nicht von Dauer sein. Wenn die Soldaten aus dem Felde zurückkehrten, werde sich das ändern. In der Tat stand ja damals das deutsche Heer noch diszipliniert in geordneten Formationen und gehorchte noch den Offizieren. Ich widersprach, aber der Prinz blieb bei seiner Weigerung. Er verabschiedete sich von mir mit einem Handschlag und den Worten: ‚Herr Deist, ich habe Vertrauen zu ihnen. Haben Sie auch Vertrauen zu mir.‘ Ich hatte die Überzeugung, daß der Prinz innerlich bereit war, auf den Thron zu verzichten, daß er nur Zeit gewinnen wollte. Meinen Genossen in der Redaktion, die ich nach dieser Verhandlung aufsuchte, sagte ich: ‚Wenn ihr eine Herzogskrone haben wollt, im Schloß liegt eine auf dem Tisch, die könnt ihr holen.‘ Wir haben die herzogliche Familie während dieser Zeit mit Höflichkeit und Rücksichtnahme behandelt, aber auf den Thronverzicht mussten wir bestehen. Ich ließ ihm Zeit.“²¹⁷

Dies ist der erste Hinweis auf eine direkte, wenn auch mit wenig Nachdruck geäußerte, Forderung an das Herzogshaus, auf den Thron zu verzichten und abzutanken.

Sollte Aribert schon dort Zweifel am Bestand seines Thrones gehabt haben, so wurde er wohl von den Nachrichten der folgenden Tage endgültig zum Rücktritt bewegt. Der Anhaltische Staatsanzeiger vom 12. November berichtete kurz über Thronverzichtserklärungen der Monarchen in Darmstadt, Weimar, Oldenburg und Gera. Ausführlicher wurde die Situation in Braunschweig beschrieben. Dort seien die Spitzen der bisherigen militärischen, staatlichen und städtischen Behörden als Geiseln im Schloss festgesetzt worden. Ebenso wurden die Abdankungen der Könige von Sachsen und Bayern näher geschildert. Gerade das Schicksal der bayrischen Familie, die *„im tiefem Dunkel“*²¹⁸ ihr Palais verlassen musste, wird wohl sehr eindrücklich gewesen sein. Hinzu kam, dass es un-

Der ruhige Ton dieser Abdankungserklärung, aus der keinerlei Groll oder Unverständnis für die Situation herauszulesen ist, reiht sich ein in das schon aufgezeigte Bild der askanischen Herrscher. Zusammen mit den Äußerungen Deists scheint es so, als sei sich das Herzogshaus, allen voran Aribert, in den Tagen der Revolution seines Schicksals und der aussichtslosen Lage für die Monarchie bewusst geworden und in diesem Wissen zurückgetreten. Er folge damit wohl der Erkenntnis, dass mit dem Sturz nahezu aller Monarchien in Deutschland nun auch in Anhalt kein Platz mehr für einen Herzog sei. Angst um die Sicherheit seiner Familie lässt sich nicht erkennen. Bekräftigt wird dies durch den Wunsch nach einer glücklichen Zukunft Anhalts und dem allgemeinen Appell zur Aufrechterhaltung der Ordnung, der damit einhergeht, den Staatsdienern zu empfehlen, auch unter den neuen Gegebenheiten ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Zudem meldete sich der Arbeiter- und Soldatenrat zu Wort, um darauf hinzuweisen, dass der Prinzregent nun unter dessen Schutz stehen und Leben sowie Eigentum nicht angetastet werden dürfe.

Die Abdankung des Herzogshauses machte die nochmalige Umbildung der Staatsregierung nötig. Denn mit der neuen Situation war auch das Ministerium um Gutknecht infrage gestellt, da die sozialdemokratischen Mitglieder ihm nahegelegt hatten, zurückzutreten. Auch Hesse, den Gutknecht noch am Abend des 12. Novembers aufgesucht hatte, war der Ansicht, dass die Sozialdemokraten nun die Führung übernehmen müssten, um eine Radikalisierung zu vermeiden. Gutknecht lies sich widerwillig davon überzeugen und reichte noch am Abend seinen Rücktritt ein.²²¹

Der sich nun bildende Staatsrat bestand aus den Sozialdemokraten Deist, Paulick, Voigt und Heine als Vorsitzender sowie den Liberalen Hesse, Cohn und Lux. Zunächst gab das Gremium bekannt, dass die Aufgaben des Herzogs und des Landtags nun in seinen Händen lägen und es in Übereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat agieren würde. Vorrangiges Ziel sei die Ausschreibung von Wahlen für eine konstituierende Landesversammlung, die aus einer allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmung hervorgehen sollte.²²²

Lediglich als Hilfsorgane der öffentlichen Behörden dienten die Arbeiter- und Soldatenräte, die auf Einladung Hesses im Gemeindegemach des Rathauses tagen konnten. Darüber hinaus wurden im Verlauf des Novembers sogar zwei Vertreter der Großindustrie in den Dessauer Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, so der Generaldirektor der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft, Heck, und der Generaldirektor der Dessauer Zucker-Raffinerie, Dr. Cramer.²²³

Das neue Staatsministerium arbeitete zügig, sodass in den Folgetagen wichtige Entscheidungen getroffen werden konnten. Zunächst wurde der alte herzogliche Landtag formal aufgelöst und ein Wahlgesetz für eine konstituierende Landesversammlung verabschiedet. Überkommene Gesetze, wie beispielsweise die Gesindeordnung, wurden aufgehoben. Mit dem neuen Landtagswahlgesetz waren nun alle in Anhalt wohnenden Reichsangehörigen, egal welchen Geschlechts, ab dem vollendeten 21. Lebensjahr wahlberechtigt. Der Wahltermin wurde auf den 15. Dezember 1918 festgelegt.²²⁴

Im Wissen um eine nun anstehende Neuordnung Deutschlands war es der Sozialdemokratie nicht nur wichtig, jegliche feindselige Stimmung gegenüber dem ehemaligen Herzogshaus von sich zu weisen, sondern auch ausdrücklich zu bekunden, dass Anhalt nun keinesfalls in Preußen aufgehen dürfe, auch wenn der Bestand von 25 Ländern weiter große Schwierigkeiten mit sich bringen würde.²²⁵

In einer öffentlichen Versammlung am 16. November in Dessau bekundeten Vertreter der Liberalen und der Sozialdemokratie ihre Meinung zur Abdankung des Prinzregenten und den damit verbundenen Konsequenzen. Die drei liberalen Redner Hesse, Cohn und Beyer bedauerten die Entwicklung. Letzterer erklärte aber gleichzeitig, es sei erfreulich, dass es dem anhaltischen Herzogshaus nicht wie dem Kaiser ergangen sei, der nun im Exil weile. Darüber hinaus bedankte er sich beim Arbeiter- und Soldatenrat für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung. Diese fast freundschaftlich anmutenden Worte wurden ergänzt durch die Aussagen Peus', dass der Sozialdemokratie von je her daran gelegen war, ein demokratisches Wahlrecht zu erkämpfen und nicht die Monarchie zu stürzen. Gleichwohl sei aber über das Herzogshaus den Besitzenden mehr Macht zugekommen, als anderen Volksteilen. Damit eingehend forderte er eine Gleichstellung aller Bevölkerungsteile und sprach sich

ausdrücklich gegen jede Siegerjustiz aus. Dem Wortlaut nach, wollte sich die Sozialdemokratie von jeder Schuld frei sprechen, für den Sturz der Monarchie in Anhalt verantwortlich zu sein. Es erscheint fast wie ein Unfall, den die Revolution mit sich gebracht hätte.²²⁶ Kräfte, die links der SPD standen, entwickelten sich in Anhalt nur recht langsam und in sehr geringem Maße. Heine berichtet für den Zeitraum, in dem er das Staatsministerium leitete, von einem Nichtvorhandensein von Spartakusleuten und Unabhängigen.²²⁷ Tatsächlich ist neben Bernburg nur Zerbst als Ort zu nennen, in dem sich allmählich eine kleine USPD-Gruppe bildete. Am 17. November fanden sich unter Führung Gustav Böhmes einige Männer zusammen, um auch über andere Handlungsmöglichkeiten im Rahmen einer USPD-Ortsgruppe zu diskutieren. Wirklichen Einfluss auf die Ereignisse hatte sie allerdings nicht. Hinzu kam, dass SPD-Mitglieder ständige Gäste in den Versammlungen waren, so beispielsweise Günther oder Voigt. Eine wirkliche Unabhängigkeit konnte sich dort nicht herausbilden.²²⁸

Das maßvolle Handeln nahezu aller Beteiligten und die Schnelligkeit, mit der sich nach der Abdankung an neue Situationen der Revolutionstage angepasst wurde, verblüfft. Besonders die schnelle Einigung über einen so frühen Wahltermin sticht hervor. Gründe dafür sind sicherlich die gemäßigte Tradition der anhaltischen Politik und das Fehlen einer starken USPD. Doch ein Aspekt erscheint noch wichtig. Die führenden Politiker mussten dafür Sorge tragen, dass Anhalt, wie bereits in der Vergangenheit bei großen politischen Umbrüchen, nicht in Gefahr geriet, als kleines Land aufgelöst oder eingegliedert zu werden. Hinzu kam, dass der Herzog als Integrationsfigur und Symbol Anhalts nicht mehr vorhanden war. In einem Deutschland, das nun nicht mehr aus Königreichen und Herzogtümern bestand, mussten kleine Länder mehr denn je fürchten, von einer möglichen Reichsregierung ohne Weiteres gezwungen zu werden, sich beispielsweise an Preußen anzuschließen. Doch zeitnahe Wahlen hätten dem wohl entgegenwirken können. So wie es in einem monarchisch organisierten Deutschland nicht einfach möglich war, einen Fürsten von oberster Stelle zu stürzen, weil man damit seine eigene Autorität untergraben hätte, wäre es wohl auch

nicht in einem demokratischen Deutschland einfach möglich, ein Land mit einer demokratischen Regierung und Legitimation aufzulösen.

Wirft man einen Blick auf andere Bundesfürsten wird das Besondere an der Situation in Anhalt noch deutlicher. Zwar ist es müßig zu bestimmen, in welcher Reihenfolge die einzelnen deutschen Monarchien gestürzt wurden, da die offiziellen Rücktritte vielfach einige Tage oder Wochen später als die tatsächlichen Entmachtungen erklärt wurden. Das Ende für die Askanier war jedoch relativ spät eingetreten, da man in Anhalt erst mit der Abdankungserklärung von einer Entmachtung sprechen kann. In Württemberg dagegen musste der durchaus angesehene König Wilhelm II. schon am 9. November seinen Platz im Schloss räumen und sich von Stuttgart nach Bebenhausen geleiten lassen. Seine Macht hatte er damit verloren, seine Thronentsagung folgte jedoch erst am 30. November 1918. Ebenfalls blieben dem Herzogshaus in Anhalt unkontrollierte und spontane Aktionen einzelner Revolutionäre, so wie in Baden, erspart. Dort hatte eine kleine bewaffnete Gruppe das Schloss gestürmt. Zwar wurden sie wenige Tage später von der provisorischen Regierung angeklagt, die Flucht des Großherzogs hatten sie jedoch erreicht. Damit war, wenn auch in dieser Form von vielen nicht erwünscht, seiner Herrschaft ein Ende gesetzt.²²⁹

Ein weiterer hervorstechender Unterschied zu Anhalt ist, dass von einigen Bundesfürsten schon mit unmittelbarem Beginn der Revolution die Abdankung sehr ausdrücklich gefordert wurde, sie aber einige Zeit brauchten, diesen Entschluss zu fassen. Der Rücktritt von Fürst Leopold IV. von Lippe wurde schon am 10. November offiziell vom Volks- und Soldatenrat gefordert. Die damit unabwendbare Abdankung folgte jedoch erst am 12. November. In der Zusammenschau stellt man fest, dass nur wenige Fürsten später entmachteten wurden als die Askanier. Gerade die Monarchen der Kleinstaaten, so Schaumburg-Lippe und Waldeck-Pyrmont, konnten ihren Rücktritt wenigstens hinauszögern.²³⁰

Im Besonderen werden die Geschehnisse in Anhalt von zwei Thüringischen Staaten relativiert. Im Herzogtum Sachsen-Altenburg bestand ein ähnlich gutes Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Herzogshaus, sodass der Herrscher seit Beginn der Revolution un-

ter dem Schutz des MSPD-dominierten Arbeiter- und Soldatenrates stand. Der Herzog wurde auch dort nicht unverzüglich zum Rücktritt gedrängt, sondern erst der Sturz vieler anderer Monarchen bedingte ein Umdenken, das schließlich zur Abdankung am 13. November führte. Ein weiterer thüringischer Monarch, Fürst Günther Victor, war der letzte, der Ende 1918 seinen Platz räumen musste. In seinen Schwarzburger Fürstentümern konnte man kaum von Revolution sprechen, da kein Arbeiter- und Soldatenrat tatkräftig in Erscheinung trat, der Fürst selbst die republikanische Wandlung anordnete und der alte fürstliche Minister die Geschäfte noch eine Zeit lang weiterführte. Die offizielle Abdankung vom 23. November war eher ein umfangreicher Gesetzestext, sodass die Prozedur fast wie ein Verwaltungsakt und nicht wie ein Umsturz der alten Ordnung erschien.^{230a}

Abgesehen vom schon erwähnten Bayern, wo der offizielle Thronverzicht Ludwigs III. ebenfalls einige Zeit auf sich warten ließ, war der Herzog von Braunschweig der erste Monarch, der in der Revolution offiziell abdanken musste. Schon am 8. November 1918 – also noch ein Tage bevor die Meldung von der Abdankung des Kaisers publik wurde – hatten sich Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates im Residenzschloss von Herzog Ernst August eingefunden, um von ihm und seinem Haus einen Thronverzicht zu fordern. Das Anliegen wurde bekräftigt, indem man hinzufügte, bei einer Verweigerung die Absetzung vornehmen zu müssen. Nach kurzer Bedenkzeit stimmte der Herzog zu. Einige Tage später musste er Braunschweig verlassen.²³¹

Die Ursachen für dieses Gegenbeispiel des in der Größe vergleichbaren anhaltischen Nachbarstaates sind sicherlich auch in der fehlenden Kontinuität des Herrscherhauses begründet, da erst 1913 der Thron mit jener Linie der Welfen besetzt wurde. Gleichwohl ist die sehr viel radikaler verlaufende Revolution, die mit der frühen Abdankung einhergeht, damit zu erklären, dass in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg die wirtschaftliche Entwicklung ähnlich rasant wie in Anhalt verlaufen war, die Arbeiter aber weitgehend von der politischen Willensbildung ausgeschlossen waren. Aufgrund dieses fast völligen Ausschlusses der Arbeiterschaft und

Sozialdemokratie vom politischen Geschehen und damit verbundenen Schikanemaßnahmen half es auch nichts mehr – so wie etwa zum gleichen Zeitpunkt in Anhalt – eine Wahlrechtsreform in Aussicht zu stellen. In Anhalt trug dieser Schritt zur Beruhigung der Lage bei. In Braunschweig blieb er wirkungslos.²³²

Verdeutlicht werden die Auswirkungen einer solchen Isolierung der Sozialdemokratie und der dadurch hart geführten Kämpfen, die selten durch Kompromisse beendet wurden, auch vom weiteren Verlauf der Revolution. Nahezu 90 % der Sozialdemokraten schlossen sich in Braunschweig Ende 1918 der USPD an. Nachdem die herzogliche Familie Braunschweig verlassen hatte, wurde die Lage aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen MSPD, USPD und Bürgerlichen noch einmal angespannter. Erst mit dem Einmarsch von Freikorps-Truppen in Braunschweig konnte die Situation beruhigt werden.²³³

Das unterschiedliche Umgehen mit der Arbeiterschaft und Sozialdemokratie hatte zur Folge, dass die Monarchie in Braunschweig schon zu Beginn der Revolution dem Untergang geweiht war. Auch ohne den Sturz des Reichsmonarchen war die Stellung des Herzogs von Braunschweig unhaltbar. In Anhalt brauchte es dagegen die reichsweiten Umbrüche, um die Monarchie ernsthaft zu gefährden und letztlich zu stürzen.

Ferner gab es in Braunschweig ernst zu nehmende Bestrebungen, dass ehemalige Herzogtum im neuen Deutschland aufgehen zu lassen, ganz so, wie es die Forderung vieler Sozialdemokraten schon vor dem Krieg gewesen war, die den Föderalismus des Kaiserreichs bekämpft hatten. In Anhalt zeigte man mit der zügigen Ausschreibung von Wahlen, dass man nicht gewillt war, möglicherweise im Chaos zu versinken und Anhalt damit anderen Mächten preiszugeben. Man musste sich schleunigst den neuen republikanischen Gegebenheiten anpassen.

Mit dem Fortgang der Monarchie war der erste Repräsentant des Staates verschwunden. Auch wenn die Politik schon lange nicht mehr das eigentliche Betätigungsfeld der Herzöge war, so standen sie doch wie keine zweite Institution für Anhalt und dessen Fortbestehen als eigenen und unabhängigen Staat. Der Verlust dieser wenn auch nur ideellen Institution, stellte den Bestand des ganzen Staates

infrage. Zudem wusste man aus der Erfahrung, dass Anhalt in Zeiten der Revolution immer in Gefahr gewesen war, einverleibt oder aufgelöst zu werden. Wenn man bedenkt, dass von den Sozialdemokraten nie ernsthaft die Auflösung Anhalts anvisiert wurde, so erscheinen auch die Bemühungen, die Revolution im Zaum zu halten, und die erst späte Forderung nach der Abdankung nachvollziehbar und sinnvoll.

5. Askanier ohne Anhalt

Da schon die Revolution fast ausschließlich im Saale stattgefunden hatte, kam es auch während der kurzen Amtszeit des Staatsrates unter der Führung Heines zu keinen größeren Schwierigkeiten. Die zumeist von SPD-Männern geleiteten Arbeiter- und Soldatenräte sahen ihre Aufgabe vielfach darin, die schon vorhandenen Behörden zu unterstützen und zu kontrollieren. Beispielsweise agierte der Dessauer Rat überaus pragmatisch, denn dort wurde kaum über revolutionäre Forderungen, wie Sozialisierung der Betriebe gestritten, sondern um den Brotpreis und die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung. Relativ bedeutungslos und spätestens nach den Kommunalwahlen im Februar 1919 für die gemäßigten SPD-Führer in Anhalt zur Belastung geworden, wurden die Räte im Verlauf der folgenden Monate aufgelöst. Dies geschah nicht ohne Widerstände, konnte letztendlich aber gelingen, weil die USPD in Anhalt noch immer nicht Fuß gefasst hatte.²³⁴

Herausgefordert von der nun sehr starken Position und dem absehbaren Erfolg bei den Wahlen zur Landesversammlung, schlossen sich die vormals zersplitterten liberalen Gruppen zu einer Partei zusammen, die vorerst den Namen *Demokratisches Bürgertum* erhielt. Im Gegensatz zu den Liberalen konnten sich die ohnehin schwachen Konservativen nicht auf eine gemeinsame Liste einigen.²³⁵

5.1. Anhalt wird zum Freistaat

Die Wahlen zum ersten demokratisch gewählten Parlament für Anhalt verliefen größtenteils reibungslos. Deist beschreibt die Situation während der Wahl knapp, aber eindringlich: „*Es gab in Anhalt keinen Streit um den Wahltermin, auch keinen Streit um die Frage Rätediktatur oder Demokratie. Die Arbeiter gingen mit einer Einheitsliste in den Wahlkampf, und die war die Liste der sozialdemokratischen Partei. Es gab niemanden, der eine andere Liste hätte empfehlen können, auch die Kommunisten nicht.*“²³⁶

Für die Liberalen hatte sich die Demonstration der Einheit gelohnt. Dem *Demokratischen Bürgertum*, welches sich wenig später der reichsweit gegründeten *Deutschen Demokratischen Partei* an-

schloss, gelang mit ca. 34% der Wählerstimmen ein achtbarer Erfolg. Der klare Wahlsieger der Abstimmung vom 15. Dezember 1918 war jedoch die SPD. Mit einem Anteil von ca. 58% erreichte die Partei die absolute Mehrheit der Stimmen. Wesentlich mitverantwortlich für den Erfolg, den es in dieser überwältigenden Form in Anhalt noch nicht gab und der in der Folgezeit nicht wiederholt werden konnte, war das Nichtvorhandensein einer linken Wahlalternative. Weiterhin machte der gemäßigte Kurs der SPD während der letzten Monate die Partei für Teile des Bürgertums wählbar.²³⁷ Die Konservativen Parteien erlitten hingegen eine herbe Niederlage. Die *Deutschnationale Volkspartei* konnte nur etwa 6% der Stimmen auf sich vereinen. Noch schlechter erging es der *Deutschen Volkspartei*, die auf ca. 2% kam. Da das Parlament weiterhin aus 36 Abgeordneten bestand, ergab sich folgende Sitzverteilung:²³⁸

SPD	22 Mandate
DDP	12 Mandate
DNVP	2 Mandate
DVP	0 Mandate

Mit dieser Wahl Mitte Dezember war Anhalt das erste Land, welches über parlamentarische Verhältnisse verfügte und eine demokratisch gewählte Regierung hatte.²³⁹ Die schon oben erläuterten Gründe für das schnelle Voranschreiten und den nahezu reibungslosen Ablauf mögen auch ausschlaggebend dafür sein, dass die SPD trotz ihrer absoluten Mehrheit der Mandate eine Koalitionsregierung anstrebte. Im Volksblatt war zu lesen, dass die SPD nicht gewillt sei, eine Mehrheitstyrannie und Klassenherrschaft zu errichten. Vielmehr habe man das Wohl des gesamten Volkes im Blick, damit müsse jeder Vernünftige und Gerechte zufrieden sein. Zusammen mit den Linksliberalen der DDP wurde daher ein Regierungsbündnis gebildet, welches mit einer kurzen Unterbrechung fast dreizehn Jahre Bestand haben sollte.²⁴⁰

Alles im allem erscheint die politische Situation in Anhalt damit verwunderlich. In der ersten Novemberhälfte ließen die SPD-Führer nichts unversucht, die Revolution im Saale und damit im Zaum zu halten. Nun, da die Sozialdemokraten gewählt und allein die Regie-

rung stellen konnten, um in ihrem Sinne das Staatswesen umzuformen, wurden die Liberalen zum Bündnis herangezogen. Als Schwäche kann man dieses Vorgehen der anhaltischen SPD keineswegs bezeichnen. Vielmehr bestätigt dieses Agieren der Sozialdemokraten das eigenartig gemäßigte und ruhige politische Klima in Anhalt. Der überwältigende Sieg der Sozialdemokraten zeigt zudem, dass man in weiten Teilen der Bevölkerung mit dem Vorgehen der Parteiführer in den letzten Monaten einverstanden gewesen sein muss. Das schließt auch das Verhalten gegenüber dem Herzogshaus ein, dass möglichst respektvoll und ohne jegliche Anfeindung behandelt wurde. So ist weder für die Zeit während, noch unmittelbar nach der Revolution eine erkennbare monarchiefeindliche Stimmung festzustellen.

Mit der Abdankung Ariberts für sich und sein Haus war Anhalt nun auf dem Wege, ein Freistaat zu werden. Doch wie sollte es nun mit der Familie weiter gehen, die so viele Jahrhunderte die Geschicke dieses Landes geführt hatte? Dies zu klären und eine vernünftige Lösung zu finden, war u.a. Aufgabe der neuen sozialdemokratisch-liberalen Regierung.

Abermals wurde Heine Vorsitzender des Anhaltischen Staatsrates, Deist sein Stellvertreter. Das Arbeitsklima der konstituierenden Landesversammlung war dabei weder von Streitereien noch von Schuldzuweisungen geprägt. Der Anhaltische Staatsanzeiger berichtete, dass Heine für die Entwicklung der letzten Monate das versteinerte alte Staatssystem verantwortlich gemacht, aber keine Person oder Gruppe expliziert genannt habe.²⁴¹ Im Verlauf der gesetzgeberischen Arbeit der folgenden Monate wurde eine Vielzahl von Projekten in Angriff genommen, die schon seit längerer Zeit auf der Agenda der Sozialdemokraten standen, so beispielsweise die Verordnung zur Bildung von Betriebsräten oder die Erleichterung des Kirchenaustritts.²⁴²

Wenn überhaupt wurde die USPD, die unter anderem Forderungen nach Enteignungen stellte, erst Anfang des Jahres 1919 zum politischen Faktor. Allmählich organisierte sich neben Bernburg und Köthen nun auch in Dessau²⁴³ eine kleinere Gruppe, die zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht wirkungsvoll in das Geschehen eingreifen konnte.

Eine neue Verfassung für Anhalt wurde am 18. Juli 1919 verabschiedet. Dort heißt es in Paragraph 50, dass die früheren Rechte des Herzogs auf den Staatsrat übergehen sollten. Damit war die vormals festgeschriebene politische Macht des Herzogs offiziell außer Kraft gesetzt.²⁴⁴ Weitergehende Bestimmungen in Bezug auf das Herzogshaus, was beispielsweise die Frage der möglichen Abfindung betraf, musste in der folgenden Zeit geregelt werden. Da es wie schon nach der Revolution 1848/49 auch nach dem Ersten Weltkrieg zu keiner Neuordnung des Reiches kam, wozu auch die Vertreter Anhalts bei der Deutschen Nationalversammlung ihren Beitrag geleistet hatten, oblagen alle weiteren Schritte der anhaltischen Regierung aus Sozialdemokraten und Liberalen.²⁴⁵

5.2. Was blieb den Askaniern?

Noch Ende des Jahres 1918 hatte man seitens der Askanier Schritte eingeleitet, die einen Teil des Familienvermögens und -besitzes über Umwege sichern sollten. Am 30. Dezember 1918 wurden zu diesem Zweck die Theater-Stiftung und die Joachim-Ernst-Stiftung gegründet. Die erste erhielt das Theatergebäude, den Fundus und Domänen sowie Forsten. Der Gesamtwert betrug etwa 12 Millionen Mark. Die zweite, die oftmals als Kulturstiftung bezeichnet wurde, sollte sich um den Erhalt des Landesmuseums, des Wörlitzer Parks und verschiedener anderer Parkanlagen und Schlösser kümmern. Dazu wurde beschlossen, dieser Einrichtung 8 Millionen Mark zu übereignen.²⁴⁶

Nicht einmal ein Jahr nach der Novemberrevolution kam es zu einer ersten Regelung zwischen dem früheren herzoglichen Haus der Askanier und dem Freistaat Anhalt. Im neuen Gesetz wurde festgelegt, dass private Rechtsverhältnisse, die auf der Grundlage früherer Gesetze entstanden waren, nicht berührt werden. Dies bedeutete, dass dadurch erwachsenes Privateigentum der Familie von Beginn an als unantastbar behandelt und so von der Staatsregierung garantiert wurde.²⁴⁷

Ein weiterer Punkt war die Zahlung von Abfindungen seitens des Freistaates. Die Familie der Askanier bekam eine Abfindung von 6,5 Millionen Mark als Entschädigung für Rechte, die sie an ver-

schiedenen Besitzungen hatte und nun an den Staat übergegangen waren. Weitere 10 Millionen Mark wurden bereitgestellt, um die Versorgung der ehemaligen herzoglichen Hofbeamten zu gewährleisten. Was die Domänen, Forsten und Einzelgrundstücke betraf, so einigte man sich, dass insgesamt fast 13.000 ha an den Staat gehen sollten. Darüber hinaus wurden die oben genannten Stiftungen anerkannt und erhielten einen Sondervermögensstock von 3,5 Millionen Mark sowie etwa 4.500 ha Land.²⁴⁸

Den SPD-Führern und dem Herzogshaus war daran gelegen, diese Angelegenheit zügig zu beenden. So hatte man sich seitens der ehemaligen Herrscherfamilie darauf verständigt, eine schnelle Einigung mit dem Freistaat zu suchen und es nicht auf einen Prozess oder ein Sozialisierungsgesetz ankommen zu lassen, bei denen möglicherweise ungünstigere Festsetzungen zu Stande gekommen wären.²⁴⁹

In seiner Funktion als Präsident des Landtags hatte es Peus außerordentlich eilig, das Gesetz am 22. Juni 1919 durchzubringen. Alle drei Lesungen folgten an diesem Tag, sodass es sogleich angenommen werden konnte.²⁵⁰

Laut Deist waren die Mitglieder des Staatsrates sehr zufrieden mit dem Zustandekommen des Ergebnisses:

„Ich möchte nicht unterlassen, namens des Staatsrates hierbei der Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß sich die Auseinandersetzungen, infolge des verständnisvollen Entgegenkommens des früheren Herzoglichen Hauses, auf gütlichem Wege hat vollziehen lassen, und möchte hierbei betonen, daß anderenfalls kaum möglich gewesen sein würde, den anhaltischen Staat und dem Volke alle weitgehenden Vorteile zu sichern, die in dieser Vorlage geboten werden.“²⁵¹

Jenseits der Zahlen, die in den Gesetzen zu lesen sind, schildert ebenfalls Deist in seinen Erinnerungen, welche Überlegungen hinter der Einigung standen:

„Der Herzog von Anhalt bezog keine Zivilrente, die vorm Landtag zu bewilligen gewesen wäre. Er hatte bei einer früheren Auseinandersetzung soviel Grund und Boden als Eigentum erhalten, daß er davon seine Hofhaltung, und alles, was dazu gehörte betreiben konnte. Da nach dem Kronverzicht diese Ausgaben fortfielen, wurde eine neue Auseinandersetzung vor-

*genommen. Bei den Verhandlungen, die zum Teil von mir für den Staat geführt wurden, vertrat der Vertreter des Herzogs den Standpunkt, aus der Auseinandersetzungsmasse möglichst viel Bargeld zu bekommen, da dieses auf der Bank liege und von der Öffentlichkeit nicht gesehen würde. Ich vertrat den Standpunkt, möglichst alles, was dem Staat zukam, in Grundbesitz zu bekommen, da Grundbesitz politische Macht bedeutet.*²⁵²

Dass beide Seiten kurz nach der Abdankung verschiedene Interessen hatten, wirkte sich überaus positiv auf das Klima und das Zustandekommen der Einigung aus. Einen Endpunkt stellte dies aber keineswegs dar, weil die damals unabsehbaren langfristigen Folgen der Kriegsniederlage einige Jahre später eine neue Situation schafften.

*„Der Standpunkt des herzoglichen Vertreters, Geld statt Bodenbesitz zu nehmen, erwies sich als verhängnisvoll. Im Laufe der Inflation, die bald – bis Ende 1923 – eintrat, schwand der Wert des Geldfonds dahin, während der Grundbesitz des Staates keine Verminderung erfuhr. Es musste eine neue Auseinandersetzung vorgenommen werden, die dann auch statt fand.*²⁵³

Schon kurze Zeit später hatten die Mitglieder des Ministeriums des herzoglichen Hauses die schwieriger werdende Lage in Deutschland erkannt. In einer Sitzung Anfang Februar 1920 einigte man sich, von der zuvor erwogenen Veräußerung der noch im herzoglichen Besitz verbliebenen Grundstücke abzusehen. Vielmehr sollten diese Flächen nun eine intensivere Bewirtschaftung nach kaufmännischen Grundsätzen erfahren.²⁵⁴ Dass dieser Schritt richtig war, zeigte sich schon sehr bald. Die Inflation, die kurz nach Kriegsende eingesetzt hatte, führte zu einer massiven Geldentwertung. Bis zur ersten Stabilisierung der Währung 1923 waren viele Ersparnisse völlig entwertet worden, so auch das Vermögen der Askanier aus der ersten Auseinandersetzung.

Rein rechtlich waren die Askanier mit der Regelung aus dem Jahr 1919 und der formalen Aberkennung der Sonderrechte, wie beispielsweise das auf eigene Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit, Bürger des Freistaates. Als solche unterstanden sie wie alle anderen den allgemeinen öffentlichen und bürgerlichen Rechten.²⁵⁵

Juristische Ansprüche, die den inflationsbedingten Vermögensverlust ausgleichen sollten, waren demnach theoretisch schwer durchzusetzen. Nichtsdestotrotz gelang es ihnen, eine weitere für die Familie günstige Auseinandersetzung mit dem Staat auszuhandeln.

Im Gegensatz zu 1919 war die Frage der Abfindung einige Jahre später jedoch kein rein anhaltisches Thema mehr. Da in der Novemberrevolution die Fürsten zwar entmachtet, aber nicht enteignet worden waren, gab es in den Folgejahren in einigen deutschen Ländern Festlegungen – so wie in Anhalt – aber auch langwierige Auseinandersetzungen und Gerichtsverfahren. Ausgehend von einer Gesetzesvorlage der DDP im Reichstag Ende 1925, die vorsah diese Angelegenheit vollkommen den Ländern zu überlassen, entwickelte sich dieses Thema zu einem der bestimmenden des folgenden Jahres. Die KPD war mit einer großen Kampagne die treibende Kraft, die sich für eine entschädigungslose Enteignung aussprach.²⁵⁶

Auf Druck der nun auch in Anhalt etablierten KPD hatten die Sozialdemokraten Mühe, die Vereinbarungen von 1919 zu rechtfertigen und sich von dem Vorwurf freizusprechen, die Forderungen der Hohenzollern und anderer ehemaliger Reichsfürsten nicht entschieden abzulehnen.²⁵⁷

Aufgrund der unentschlossenen Haltung der Sozialdemokraten im Reich fand sich im Reichstag eine Mehrheit, die sich dafür aussprach, einen Volksentscheid in dieser Frage durchzuführen. Als Termin für die Abstimmung wurde der 25. Mai 1926 festgesetzt.²⁵⁸ Mitte der 1920er Jahre hatte der anhaltische Landtag ein wesentlich anderes Gesicht als noch 1919. Nach der zweiten Wahl des Jahres 1924 saßen nur noch 15 Sozialdemokraten und gar drei Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei im Plenum. Die Volksgemeinschaft aus DVP, DNVP und Landbund hatte zusammen 14 Sitze. Komplettiert wurden die insgesamt 36 Mitglieder des Landtags von zwei Kommunisten und jeweils einem Vertreter der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung und den Bodenreformern. Ministerpräsident – wie das Amt nun hieß – war in einer Neuaufgabe der SPD-DDP Koalition, allerdings wieder Deist.²⁵⁹

Da man in der anhaltischen Regierung der Auffassung war, dass der Freistaat mit der Auseinandersetzung von 1919 diesbezüglich alles geregelt hatte, beteiligte man sich in keiner Weise an den unterschiedlichen Kampagnen, die für oder gegen eine Enteignung eintraten. Der parteilose Staatsminister und frühere Ministerialdirektor Dr. Müller sah die Angelegenheit für Anhalt als vollkommen abgeschlossen an. Aus seiner Stellungnahme sprach allerdings eine gewisse Hilflosigkeit der Regierungsparteien.²⁶⁰ SPD und DDP hatten die großzügige Abfindung der Askanier 1919 als Regierungskoalition zu verantworten. Nun, da es ein öffentliches Thema und die Situation aufgrund der Wirtschaftskrise eine grundlegend andere war, konnte keine der beiden Parteien eine eindeutige Stellung finden. In der anhaltischen SPD bekannte man sich zwar zur grundsätzlichen Enteignung der Fürsten, jedoch sollte dies in maßvoller Weise geschehen, sodass die persönliche Existenz der ehemaligen Herrscher gesichert sei.²⁶¹ Nach langen Diskussionen empfahl der Vorstand der DDP ihren Mitgliedern und Wählern bei der Abstimmung ihrem Gewissen zu folgen. Jenseits der Regierungsparteien erfolgten hingegen klare Stellungnahmen zur Frage der Enteignung.²⁶² Immerhin 45,7 %, durchschnittlich mehr als im gesamten Reich, stimmten in Anhalt am 25. Mai 1926 für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Damit war die Vorlage abgewiesen. In den einzelnen Ländern mussten individuelle Lösungen gefunden werden.²⁶³

Nach der so günstigen Einigung von 1919 für das Askanische Haus und den eher nach rechts gekippten politischen Verhältnissen – was man an der Zusammensetzung des Landtags erkennt – mutet das Ergebnis doch ungewöhnlich an. Gründe dafür lassen sich mehrere finden. Erstens wurde bei dieser Abstimmung nicht ausschließlich über die ehemaligen Herrscher von Anhalt entschieden, sondern über alle Monarchen, also auch über die Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner und andere, dessen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit durch verschiedene Eskapaden und mancherlei fragwürdiger Aktionen sehr schlecht war. Zweitens muss in der Phase der wirtschaftlichen Not nichts die Gemüter mehr erregt haben, als Abfindungsforderungen der Monarchen in Millionenhöhe. Jene ehemaligen Machthaber, die maßgeblichen Anteil am Krieg hatten und da-

mit nicht unschuldig für die Krisen der 20er Jahre waren. Scheidemann fand im Vorfeld der Verhandlungen in einer Reichstagsitzung folgende Worte dafür: „*Es ist keine Übertreibung, wenn ich in diesem Augenblick feststelle, daß Millionen von Volksgenossen geradezu hungern, daß Unzählige keine Kleidung haben, keine Schuhe [...]. Ungeheuer ist die Not im Volke. Das Elend ist im ununterbrochenen Steigen begriffen. Aber dieses hungernde Volk soll jetzt für wenige Menschen ungeheure Summen aufbringen. Gerade für solche Menschen, die am meisten die Schuld daran tragen, daß wir uns jetzt in diesem Elend befinden.*“²⁶⁴ Zudem hatte die Auseinandersetzung von 1919 in Anhalt fast ohne öffentliche Beteiligung stattgefunden. Die Verantwortlichen der SPD und DDP waren wie die Vertreter der herzoglichen Familie um schnelle Abwicklung bemüht. Das Gesetz an sich war letztlich nur eines von vielen, um dem Freistaat in seiner neuen Konstitution zu garantieren.

Eine neue Einigung, die nun auf der Grundlage eines Reichsgesetzes stand, welches noch in der zweiten Hälfte des Jahres erarbeitet und verabschiedet werden konnte, wurde in Anhalt im Dezember des Jahres 1926 gefunden. Diese entschied zunächst, dass der Herzog und der Familienverein dem Staat an verschiedenen Orten fast 2.800 ha Land übereignen sollten. Ebenfalls erhielt der Staat das Schloss und den Wörlitzer Park. Im Gegenzug bekamen die Askanier dort auf Lebenszeit unentgeltlich Wohnrecht. Neben anderen Bestimmungen, die beispielsweise die Veräußerung der Schlösserausstattung und Wertgegenstände betrafen, war vor allem entscheidend, dass seitens des Staates Leistungen für die Versorgungskasse früherer anhaltischer Hofbeamter rückwirkend ab dem 1. Oktober 1926 übernommen wurden. Dieser Schritt war als notwendig erachtet worden, weil die 10 Millionen Mark aus dem Jahre 1919 inflationsbedingt längst nicht mehr ausreichten, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. Damit wurde der Rechtsstreit beigelegt, der zwischen dem ehemaligen Herzogshaus und dem Staat in dieser Angelegenheit bis dato geführt wurde.²⁶⁵

Nach Peus' Einschätzung hätten die Askanier „*ohne daß sie ihren Grundbesitz anzugreifen brauchen, vermutlich noch einige Jahrhunderte leben können.*“²⁶⁶ Im Vergleich zu anderen Monarchen

war die Einigung für die Askanier sehr günstig ausgefallen.²⁶⁷ Peus begründete es damit, dass es ein richtiger und nötiger Beitrag war, mit dem Vergangenen abzuschließen und „*die Ohnmacht der alten Zeiten*“²⁶⁸, die noch immer einem wirklichen Neuanfang entgegenstehe, zu beenden.

Nach Kritik der KPD am Zustandekommen der Einigung sah Deist die Veranlassung, das Handeln der Koalition zu rechtfertigen:

*„Und nun noch ein Wort zu der Meinung, man hätte dem Herzog bei der Auseinandersetzung etwas geschenkt, oder man hätte ihm mehr nehmen sollen. Die Auseinandersetzung mit dem Herzoglichen Hause hat sich völlig auf dem Boden des Rechts vollzogen. Wir hatten gar nicht die Möglichkeit, nach Willkür oder nach Beschluß irgendwelcher Mehrheit zu verfahren. Das Herzogliche Haus hat seine bestimmten Privatrechte. [...] Wenn wir entschieden hätten, wie es uns beliebte, hätte das Herzogliche Haus vor dem Gericht seine Rechte sich holen können.“*²⁶⁹

Gleichzeitig war es die letzte Vereinbarung des anhaltischen Staates mit dem ehemals regierenden Haus der Askanier.

6. Schlussbemerkungen

Einige Tage nach der Revolution und dem Sturz des Herzogshauses in Anhalt hatte Peus folgende Einschätzung getroffen: „*Seit dem 11. Jahrhundert hatten die Askanier hier geherrscht, Graf Adalbert von Ballenstedt, der Stammvater, lebte um das Jahr 1000, und jetzt fiel die alte, morsch gewordene Eiche beim ersten Ansturm des seine Freiheit fordernden Volkes.*“²⁷⁰ Diese Arbeit hatte sich die Aufgabe gestellt, ebenjene Gründe zu finden, die zur Abdankung führten, also zu erfahren, was die alte Eiche zu Fall gebracht hatte.

Schon allein die tausendjährige Verbindung der Askanier mit dem Gebiet, was später den Namen Anhalt tragen sollte, verdeutlicht, dass die Frage nach den Gründen und Umständen der Abdankung nicht nur über die Ereignisse des Novembers 1918 beantwortet werden kann. Deshalb wurde zunächst in der Rückschau versucht, einige Spezifika der anhaltischen Geschichte auszumachen, um auch über langfristige Entwicklungen den Sturz zu erklären.

Angefangen bei Fürst Franz, der durch seinen Regierungsstil und seine Leistungen einerseits ein positives Vorbild gegeben und andererseits die politische Kultur in Anhalt geprägt hat, wurde gezeigt, wie sich das gemäßigte politische Klima durch das lange 19. Jahrhundert gezogen und auf die Zeit des Ersten Weltkrieges und den Verlauf der Novemberrevolution gewirkt hat. Ebenfalls prägend waren die kleinstaatlichen Besonderheiten. Das enge, aber komplizierte Verhältnis zu Preußen war der geopolitischen Lage sowie den Größenverhältnissen geschuldet. Festzuhalten ist, dass preußische Gegebenheiten stets auf Anhalt wirkten und es beeinflussten, so beispielsweise in der Revolution 1848/49. Aufgrund der Größe musste man darüber hinaus in revolutionären Zeiten um die Existenz Anhalts fürchten, da gerade dann Stimmen laut wurden, die eine Neuordnung Deutschlands forderten und damit einhergehend die Auflösung kleiner Staaten wie Anhalt befürworteten.

All diese Besonderheiten hatten zur Folge, dass sich das politische Klima, welches in der Zeit Fürst Franz' zwischen Aristokratie und Bürgertum herrschte, in der Zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf das Verhältnis und die Konfliktbewältigung zwischen Bürgertum und Arbeitern fortpflanzte. Ein größtenteils gemäßigtes und

sachorientiertes politisches Klima war dessen Resultat. In dieser Tradition standen auch die sozialdemokratischen Führer der Revolutionstage, Heinrich Peus und Heinrich Deist.

Obwohl das Bild der Herrschaft des askanischen Hauses vor dem Ersten Weltkrieg aufgrund der ungünstigen Quellenlage und des Regierungsstils vielfach im Dunkeln blieb, ließen sich einige Grundzüge und Charakteristika ausmachen. Es kam das Bild von einem Herrscherhaus zum Vorschein, welches größtenteils die politischen Entscheidungen den ernannten Ministern überließ. Gleichwohl wurde deutlich, dass die Institution Monarchie in Anhalt eine große Akzeptanz besaß, vor allem durch ihr kulturelles und soziales Engagement. Den Arbeitern und ihren politischen Vertretern konnte ebenfalls ein normales und keinesfalls feindseliges Verhältnis zum Herzog attestiert werden, auch wenn sich die Sozialdemokraten, vor allem vertreten von Peus und Deist als Verantwortliche des Volksblattes, einige Male kritisch geäußert hatten. Allerdings ging es dort nicht um die Monarchie an sich und ihre Existenz, sondern um die politischen Bedingungen, also das Agieren der konservativen Regierung und das undemokratische Wahlrecht. Der Herzog wurde nur selten direkt angesprochen. Dazu beigetragen hat sicherlich, dass sich die Nachfolger des Fürsten Franz, fast gänzlich aus der Politik zurückgezogen hatten und damit in gewisser Weise die Tradition des großen Vorfahren weiterführten, weil auch durch diese Zurückhaltung das Klima in der politischen Auseinandersetzung entspannt blieb.

Für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg kann man deshalb von einem verhältnismäßig normalen Klima zwischen zurückgezogenem Herzogshaus und aufstrebender Sozialdemokratie in Anhalt sprechen. Nichts deutet in dieser Zeit darauf hin, dass es eine wirkliche Existenzbedrohung für die Monarchie gegeben hätte. Freilich ließe sich Ähnliches für ganz Deutschland behaupten, da sich große Teile der deutschen Sozialdemokratie mit Reich und Kaiser arrangiert hatten. Die Unterschiede, die kleinstaatlichen anhaltischen Besonderheiten kamen erst mit dem Krieg gewichtig zum Tragen.

Die Veränderungen, die der Erste Weltkrieg mit sich brachte, waren vielfach tief greifend. Eine fundamentale Gefahr für die Askanier ließ sich bis in den Oktober 1918 aber nicht feststellen. Die ersten Kriegsjahre hatten eher eine Stärkung der bestehenden Ver-

hältnisse zur Folge. Herzog und Kaiser stimmten – freilich in sehr unterschiedlichem Maße – in die Kriegsbegeisterung mit ein, die Versorgungslage der Bevölkerung war gemessen an den Verhältnissen erträglich und die Sozialdemokraten fügten sich dem Burgfrieden. Doch als ein Winter auf den nächsten folgte, wurde allmählich Unmut über die Situation laut. Lebensmittel wurden knapper und teurer, Krankheitsfälle traten häufiger auf und die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich. Letztlich bestand kein Vertrauen mehr in die öffentlichen Einrichtungen. Die politische Lage änderte sich allerdings nur insoweit, dass ab 1917 die Forderungen nach einem demokratischen Wahlrecht nachdrücklicher artikuliert wurden. Radikalere Ansichten, die nun in großen Teilen des Reiches anzutreffen waren und ab 1917 von der preußischen Provinz Sachsen aus nach Anhalt getragen wurden, konnten nur geringfügig Einfluss nehmen. Eine Spaltung der Sozialdemokratie gab es ebenso wenig. Nur kleinere Gruppen bildeten sich vereinzelt und sehr langsam und waren zu schwach, um sich Geltung zu verschaffen.

Wie schon vor 1914 trat die Herzogsfamilie auch in der Kriegszeit kaum in Erscheinung und war somit selten Gegenstand öffentlicher Kritik. Die Ereignisse des Dreierherzogsjahrs 1918 zeigten außerdem, dass selbst im September noch keine feindliche Stimmung gegen die Askanier bestand. Die Beisetzungsfeierlichkeiten der Herzöge verliefen ohne Komplikationen. Die fehlende personelle Kontinuität und die ständigen Thronwechsel hatten keine Auswirkungen. Erstaunlich ist dies, weil in Bezug auf den Kaiser sehr wohl Veränderungen festzustellen waren. Schon vor dem Krieg an Prestige eingebüßt, konnte man einen steten Verfall seiner Autorität während des Krieges beobachten. Dies musste negative Auswirkungen auf alle Reichsfürsten haben, auch wenn diese nicht sofort ans Licht traten. Spätestens mit dem Scheitern der Frühjahrsoffensive wurde offen über das Schicksal des Kaisers diskutiert. Im Oktober wurden die Stimmen, die seine Abdankung forderten, immer lauter, auch weil er als Hindernis für den Friedensschluss erschien.

In der Novemberrevolution des Jahres 1918 offenbarten sich einmal mehr die kleinstaatlichen Besonderheiten. Noch kurz bevor die Revolution Mitteldeutschland und damit Anhalt erreicht hatte, war Prinz-

regent Aribert bereit, auf die Forderungen der Linksliberalen und Sozialdemokraten einzugehen und die Bildung eines neuen Staatsrates zuzulassen, der mit der Erarbeitung eines demokratischen Wahlrechts beauftragt wurde. Diese Maßnahme konnte jedoch nicht mehr verhindern, dass auch in Anhalt in den folgenden Tagen Kasernen und öffentliche Gebäude besetzt und Arbeiter- und Soldatenräte gebildet wurden. Aufgrund der geringen Entfernung zwischen den Zentren der anhaltischen Revolution gelang es den führenden Sozialdemokraten um Deist und Peus an fast all Orten persönlich zu erscheinen und die Ereignisse in ihrem Sinne zu beeinflussen, sodass die Revolution im Saale gehalten werden konnte. Kuriositäten, die sich dabei ereigneten, wie die Wahl eines liberalen Bürgermeisters zum Vorsitzenden eines Arbeiter- und Soldatenrates oder die Planung der Revolution mit vorbereiteter Arbeitsniederlegung und einer Demonstration, die von einer bestellten Kapelle angeführt wurde, verdeutlichen ein ums andere Mal den manchmal seltsamen Charakter der politischen Auseinandersetzung in Anhalt. Nach einer gewissen Beruhigung überschlugen sich wenige Tage später noch einmal die Ereignisse. Der Sturz der bayerischen Monarchie ließ vermuten, dass die Situation für alle Dynastien gefährlicher wurde. Am 9. November 1918 musste der Kaiser abdanken und in Berlin wurde die Republik ausgerufen. Mit dem Reichsmonarchen mussten unmittelbar danach viele andere Bundesfürsten den Weg für die Neuordnung Deutschlands freimachen. Für den Herzog von Anhalt war in einem republikanischen Land ebenfalls kein Platz mehr, auch wenn es zu diesem Zeitpunkt keine nachweisbare feindliche Stimmung gegen ihn gab. Die Aktionen Deists und des Staatsrates, die auf eine Abdankung drängten, waren eher Akte, die an die Vernunft des Prinzregenten appellierten, aber keine offenen Drohungen enthielten. Hinzu kommt, dass sie relativ spät und im Wissen um die deutschlandweite Entwicklung vorgetragen wurden. Der ohne Groll formulierte Abdankungstext reiht sich in diese Sachlage ein, gerade wenn man bedenkt, dass nur wenige Monarchen solch nahezu wohlwollende Worte fanden und ihren verpflichteten Personen darüber hinaus ausdrücklich empfahlen, ihre Arbeit unter den neuen Bedingungen fortzusetzen.

Bestätigt wird dieser Umstand von dem fast entschuldigenden Verhalten der Sozialdemokraten und dem Bedauern der Liberalen kurz nach der Abdankung. Ihr Agieren wurde indes vom Wahlergebnis bestätigt und gutgeheißen. Der Ausgang der Wahlen zeigt darüber hinaus, dass die anhaltischen Arbeiter hinter den führenden Sozialdemokraten standen, die in dieser Arbeit oftmals zu Wort kamen. Ebenfalls zum allgemeinen Bild passend, sind die Einigungen bezüglich der Abfindung. In beiden Fällen, 1919 und 1926, kamen die Auseinandersetzungen relativ schnell zustande und hatten einen günstigen Ausgang für das Askanische Haus.

Im Wissen um das bis zuletzt eher zurückhaltende Agieren der Sozialdemokratie gegenüber dem Herzogshaus und die verhältnismäßig unaufgebrachte Stimmung in der Bevölkerung, erscheint es tatsächlich so, dass die Abdankung des Herzogshauses nicht den Gegebenheiten in Anhalt unterlag, sondern vielmehr auf die allgemeine Situation im Reich zurückzuführen ist. Das wiederum bestätigt den Eindruck von einer tiefen Verwurzelung der Monarchie in Anhalt. Unter diesen Voraussetzungen war es dem kleinen Herzogtum möglich, dem Sturm der Revolution einige Tage standzuhalten. Aufgrund der geringen Größe und dem damit verbundenen geringem Einfluss in Deutschland, war dies alles, was von der Institution Monarchie in Anhalt in einer solchen Krisenzeit zu leisten war. Denn vergessen darf man nicht, dass Anhalt mit seinem Herzog Teil der gesamten deutschen Monarchie war. Dieses Modell hatte zwar insbesondere durch Kaiser Wilhelm II. Kredit eingebüßt, doch die Konsequenzen mussten sich auf alle deutschen Monarchien auswirken. Damit einhergehend ließ sich jedoch – entgegen der Äußerungen in einigen vorgestellten Publikationen – keine Radikalisierungstendenz oder eine drohende Haltung der anhaltischen Sozialdemokratie feststellen, die letztlich entscheidend die Abdankung bedingt hätten.

In der Zusammenschau mit den anderen Bundesfürsten zeigte sich, dass die Abdankung der Askanier relativ spät, aber letztlich reibungslos verlaufen war. Auf massiven Druck der Revolutionäre mussten andere Herrscher, wie der König von Bayern und Herzog von Braunschweig, noch vor dem Kaiser zurücktreten. Dort hatte die Revolution von Beginn an eine antimonarchische Stoßrichtung.

Dies ließ sich in Anhalt nicht erkennen. Erst allmählich bedeutete Revolution auch Abdankung der Monarchie und Umwandlung der Staatsform. In anderen Ländern hatten deshalb die Verhältnisse innerhalb des Landes einen großen Anteil am Sturz der jeweiligen Monarchie. Die reichsweite Entwicklung während des Krieges und der letzten Monate verstärkte dort die schlechte Situation lediglich. Man mag sich darüber hinaus fragen, ob man aufgrund der Situation in Anhalt im November 1918 überhaupt von einer Revolution und einem Sturz sprechen kann. Es kam zu keinen größeren Unruhen, die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte wurde maßgeblich von den gemäßigten SPD-Anführern bestimmt, radikale Stimmen nahmen keinen Einfluss, die Arbeit zwischen den Zivilbehörden und den Räten funktionierte fast reibungslos und die Abdankung der Askanier geschah auf sanften Druck hin. Und dennoch war es sowohl eine Revolution als auch ein Sturz. Zwei Dinge sprechen dafür. Erstens waren die führenden Sozialdemokraten, die nie eine Revolution befürwortet, sondern nur auf eine Reform des Staatswesens hingearbeitet hatten, zunächst von der Situation völlig überrascht und teilweise überfordert. Zweitens hatten die Ereignisse Anfang November einen Systemwechsel zur Folge. Aus dem Herzogtum wurde der Freistaat Anhalt. Auch wenn es in Anhalt verhältnismäßig lang dauerte und die Abdankung mehr vor dem Hintergrund der Entwicklung in ganz Deutschland zu sehen ist, so trat das Herrscherhaus letztlich nicht freiwillig zurück, sondern wurde gestürzt und Anhalt in ein demokratisches Land umgewandelt. Der Verlauf hatte sicherlich wenig revolutionäres, die Ergebnisse waren es gleichwohl doch.

Bei der Beantwortung der Frage nach dem Kennzeichnenden für die Situation in Anhalt muss man deshalb klar sagen, dass die deutschlandweite Entwicklung entscheidend für den Sturz der Askanier gewesen war. Es wurden keine hervorstechenden in Anhalt liegenden Gründe für den Sturz der Askanier ausgemacht. Das Spezifische an Anhalt ist vielmehr die gegensätzliche Tendenz. Es konnte eine durchaus tiefe Akzeptanz der Monarchie festgestellt werden, die mehrere Ursachen hatte und vom Ersten Weltkrieg zwar erschüttert, aber nicht ausgelöscht oder zerstört werden konnte. Deshalb geschah der Sturz relativ spät und eher reibungslos.

Der Fall der alten Eiche, die sicherlich mit den Jahren und den Wandelungen der Zeit etwas morsch geworden war, lässt sich deshalb hauptsächlich darauf zurückführen, dass im Anschluss an den Weltkrieg ein deutschlandweiter Sturm losgebrochen war, in dem bedeutend größere Dynastien umstürzten. Im Zusammenfall damit traf es auch die Askanier in Anhalt.

7. Anmerkungen

¹ Dies sind die Bernburgische und Köthensche Zeitung sowie das Köthener Tageblatt.

² Vgl. Erbacher, Angela: Habent sua fata... - Quellen zur Biografie des Fürsten Franz im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau, in: Das Leben des Fürsten. Studien zur Biografie Leopolds III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (1740-1817), hg. v. Holger Zaunstock, Halle 2008, S. 49-62, hier S. 53ff.

³ Vgl. Stadtarchiv Dessau-Roßlau, Familienverein des Anhaltischen-Askanischen Hauses e. V., FV 21-29.

⁴ Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 3158: betreffend die Feier des Geburtstags Sr. Hoheit des Herzogs; LHASA, DE, Z 109, Nr. 3160: betreffs die silberne Hochzeit Sr. Hoheit des Herzogs und ihrer Großherzogl. Hoheit der Herzogin am 2. Juli 1914; LHASA, DE, Z 150, Nr. 372: Errichtung eines Denkmals für Weiland Se. Hoheit Herzog Friedrich I. von Anhalt.

⁵ Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 3185: betreffend des Ableben Sr. Hoheit des Herzogs Eduard sowie den Nachfolger Sr. Hoheit des Herzogs Joachim Ernst und die Regentschaft Sr. Hoheit des Prinzen Aribert.

⁶ Vgl. LHASA, DE, Z 264, Nr. 15: Vermögensauseinandersetzung zwischen dem herzoglichen Hause und dem Staat (1919-1920); LHASA, DE, Z 117-7, IV Nr. 199: Auseinandersetzungsverhandlungen mit dem Herzoglichen Haus Anhalt über die Übereignung von Grundstücken an den anhaltischen Staat und die Stadt Dessau (1926-1927).

⁷ Vgl. Amtliche Protokolle des Anhaltischen Landtags, Diät 1914-1919, 6 Bde. Dessau o.J.

⁸ Vgl. Hesse, Wolfgang: Vorwort zur 3. Auflage, in: Hesse, Fritz: Von der Residenzstadt zur Bauhausstadt. Erinnerungen an Dessau, 3. Aufl., Dessau 1995, S. 3.

⁹ Vgl. Stadtarchiv Dessau-Roßlau, Einzelstücke, Nr. E 1033: Biographie Heinrich Deist, Abschriften und Originale: Sozialismus in Anhalt. Erinnerungen von Heinrich Deist.

¹⁰ Vgl. Bundesarchiv Potsdam, 90 He 1 (Nachlaß Wolfgang Heine).

¹¹ Vgl. Bezirksleitung der SED (Hg.): Aus revolutionären Tagen ... Erlebnisberichte aus der Zeit der deutschen Novemberrevolution 1918, Halle (Saale) o.J.

¹² Vgl. Hesse, Fritz: Von der Residenz zur Bauhausstadt. Erinnerungen an Dessau, 3. Aufl., Dessau 1995, S. 5.

¹³ Vgl. Ebd., S. 85.

¹⁴ Vgl. Kupfer, Torsten: Der Weg zum Bündnis. Entschieden Liberale und Sozialdemokraten in Dessau und Anhalt im Kaiserreich?, Weimar 1998, S. 57f.

¹⁵ Vgl. Ziegler, Günter / Hachtmann, Rüdiger: Parlamentarismus in Anhalt, Bd. 2: Die anhaltischen Land- und Reichstagsabgeordneten zwischen (1863) 1871 und 1918, Dessau 1993, S. 25.

¹⁶ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 17f.

¹⁷ Vgl. Krüger, Alfred: Zur Geschichte der Dessauer Sozialdemokratie. Der Wiederaufbau der legalen Parteiorganisation nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890-1893), in: Dessauer Kalender 17 (1973), S. 33-39, hier S. 36f.

¹⁸ Vgl. Kupfer: Weg zum Bündnis, S. 65f.

¹⁹ Vgl. Kupfer, Torsten: Die Revolution 1918/19 in Anhalt, in: Mitteilungen des Vereins für anhaltische Landeskunde 9 (2001), S. 13-35.

²⁰ Vgl. Brademann, Jan / Hecht, Michael: Anhalt vom Mittelalter bis 1918. Eine integrative Dynastie- und Herrschaftsgeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 142 (2006), S. 531-575, hier S. 574f.

²¹ Vgl. Ziegler, Günter: Die politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und das Wirken des Ministerpräsidenten Heinrich Deist in Anhalt, in: Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte 17 (2000), S. 7-33.

²² Vgl. Ziegler, Günter: Kommunale Spitzenbeamte Anhalts. Biographische Skizzen 1832-1933, Dessau 1995; Ders.: Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographische Skizzen zur anhaltischen Verwaltungsgeschichte 1800-1933, Dessau 1994.

²³ Vgl. Berndt, Roswitha: Das Territorium Sachsen-Anhalt in der Weimarer Republik, in: Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 3: Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952, hg. v. Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., München / Berlin 1994, S. 81-134, hier S. 84ff.

²⁴ Vgl. Bartmuß, Hans-Joachim / Kathe, Heinz: Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Halle an der Saale 1992, S. 160.

²⁵ Vgl. Jablonowski, Ulla: Dessau. So wie es war. Düsseldorf 1991, S. 79ff.

²⁶ Vgl. Biegel, Gerd: Sachsen-Anhalt. 1200 Jahre Geschichte. Renaissance eines Kulturraumes, Braunschweig 1993.

²⁷ Vgl. Tullner, Mathias: Geschichte Sachsen-Anhalts, München 2008, S. 71f.

²⁸ Vgl. Kupfer, Torsten: Der Weg zum Bündnis, S. 9-39.

²⁹ Vgl. Kupfer, Torsten: Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt 1918-1933, Weimar u.a. 1996.

³⁰ Vgl. Kupfer, Torsten / Rother, Bernd: Sozialdemokratischer Reformismus und Radikalismus. Anhalt und Braunschweig im Vergleich (1890-1922), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Magdeburg 35 (1991), H. 6, S. 97-101; Dies.: Der Weg zur Spaltung. Die Ursachen der Richtungskämpfe in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1920 am Beispiel der Länder Anhalt und Braunschweig, in: IWK 29 (1993) H. 2, S. 139-177.

³¹ Beispielsweise zur Wirtschaft: Vgl. Faust, Elisabeth: Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau 1855 bis 1948, in: Mitteilungen des Vereins für anhaltische Landeskunde 16 (2007), S. 162-181; Schäbitz, Michael: Pionier, Innovation und Region. Hugo Junkers und der Flugzeugbau in Dessau. Ein Unternehmer und sein Produkt verändern die regionale Wirtschaftsstruktur, in: Aufstieg, Fall & Neubeginn. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Junkers- und Bauhausstadt Dessau (Anhalt) im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Thomas Brockmeier / Dirk Hackenholz, Halle an der Saale 2010, S. 271-292.

³² Vgl. Kreisleitung der SED Bernburg (Hg.): Rote Fahnen über Bernburg. Die Novemberrevolution 1918, Bernburg 1958; Kreisleitung der SED Dessau (Hg.): Die Novemberrevolution 1918. Ein geschichtlicher Abriß unter Darstellung der Ereignisse in Dessau, Dessau 1958; Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.): Zur Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918 im Kreise Köthen, o.O. 1958.

³³ Vgl. Machtan, Lothar: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, 2. Aufl. Berlin 2008; Riehl, Hans: Als die deutschen Fürsten fielen, München 1979; Wecker, Fritz: Unsere Landesväter. Wie sie gingen, wo sie blieben, Berlin 1928; Neuhaus, Helmut: Das Ende der Monarchien in Deutschland 1918, in: Historisches Jahrbuch 111 (1991), S. 102-136.

³⁴ Kupfer: Der Weg zum Bündnis, S. 153.

³⁵ Vgl. Dilly, Heinrich / Zaunstock, Holger: Einleitung, in: Fürst Franz. Beiträge zu seiner Lebenswelt in Anhalt-Dessau 1740-1817, hg. v. dies., Halle (Saale) 2005, S. 11-17.

³⁶ Vgl. Hirsch, Erhard: Reformabsolutismus auf dem Prüfstand. Der „Friedensfürst“ Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, in: Die Fürsten von Anhalt. Herrschaftssymbolik, dynastische Vernunft und politische Konzepte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, hg. v. Werner Freitag und Michael Hecht (Studien zur Landesgeschichte, Bd. 9), Halle (Saale) 2003, S. 266-278, hier S. 266-270.

- ³⁷ Vgl. Kupfer: Der Weg zum Bündnis, S. 9f.
- ³⁸ Vgl. Gazdar, Kaevan: Herrscher im Paradies. Fürst Franz und das Gartenreich Dessau-Wörlitz. Biographie, Berlin 2006, S. 173-180.
- ³⁹ Vgl. Kupfer: Der Weg zum Bündnis, S. 11.
- ⁴⁰ Vgl. Brademann / Hecht: Anhalt vom Mittelalter bis 1918, S. 566.
- ⁴¹ Vgl. Thomas, Michael: Bürgerliche Reformen und feudale Beharrungspolitik. Zur Geschichte Anhalts während der napoleonischen Fremdherrschaft 1806 bis 1812, in: Magdeburger Blätter (1989), S. 10-17.
- ⁴² Zitiert nach: Hirsch: Reformabsolutismus auf dem Prüfstand, S. 266.
- ⁴³ Vgl. Kupfer: Der Weg zum Bündnis, S. 13.
- ⁴⁴ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 57f.
- ⁴⁵ Vgl. Schlenker, Gerlinde / Lehmann, Gerd / Wille, Manfred: Geschichte in Daten. Anhalt, München / Berlin 1994, S. 207.
- ⁴⁶ Vgl. Tullner, Mathias: Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 1998, S. 10f.
- ⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 73.
- ⁴⁸ Vgl. Siebigk, Ferdinand: Leopold IV., in: ADB 18, Leipzig 1883, S. 367ff.
- ⁴⁹ Vgl. Grossert, Werner: Dr. Enno Sander. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution 1848/49 in Köthen, Köthen 1984, S. 18-29.
- ⁵⁰ Vgl. Brademann / Hecht: Anhalt vom Mittelalter bis 1918, S. 571f.
- ⁵¹ Vgl. Tullner: Die Revolution von 1848/49, S. 198-204.
- ⁵² Vgl. Ebd., S. 121f.
- ⁵³ Vgl. Kupfer: Weg zum Bündnis, S. 28f
- ⁵⁴ Vgl. Siebigk: Leopold IV., S. 369.
- ⁵⁵ Vgl. Wäschke, Hermann: Anhaltische Geschichte Bd. 3: Die Geschichte von der Teilung bis zur Wiedervereinigung, Cöthen 1913, S. 491-500.
- ⁵⁶ Vgl. Ebd., S. 508ff.
- ⁵⁷ Vgl. Schlenker / Lehmann / Wille: Geschichte in Daten, S. 213-219.
- ⁵⁸ Vgl. Kupfer: Der Weg zum Bündnis, S. 40-54.
- ⁵⁹ Vgl. Faust: Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, S. 170-181.
- ⁶⁰ Vgl. Kotulla, Michael: Deutsches Verfassungsrecht 1806-1918. Eine Dokumentensammlung nebst Einführungen, Bd. 1: Gesamtdeutschland, Anhaltische Staaten und Baden, Berlin 2006, S. 362f.
- ⁶¹ Vgl. Ebd., S. 364ff.
- ⁶² Vgl. Machlitt, Ulla / Harksen, Hans: Dessau in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in: Dessauer Kalender 20 (1976), S. 75-87, hier S. 79ff.
- ⁶³ Vgl. Kupfer: Weg zum Bündnis, S. 153f.
- ⁶⁴ Vgl. Ebd., S. 155ff.

- ⁶⁵ Vgl. Harksen, Hans: Die Wahlrechtsdemonstration am 3. April 1910 in Dessau, in: Dessauer Kulturspiegel 8 (1961), S. 36-39.
- ⁶⁶ Vgl. Ross, Hartmut: Der Kampf um ein demokratisches Landtagswahlrecht in Anhalt bis zur Novemberrevolution 1918, in: Dessauer Kalender 5 (1961), S. 71-77, hier S. 74.
- ⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 75.
- ⁶⁸ Vgl. Kotulla: Deutsches Verfassungsrecht 1806-1918, S. 1373f.
- ⁶⁹ Hesse: Erinnerungen, S. 65.
- ⁷⁰ Vgl. Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918, Frankfurt/Main 1991, S. 173-176.
- ⁷¹ VbA vom 13.01.1901.
- ⁷² Vgl. VbA vom 27.01.1904.
- ⁷³ Vgl. LHASA, DE, Z 150, Nr. 372, S. 4f.
- ⁷⁴ Vgl. Ebd., S. 55ff.
- ⁷⁵ VbA vom 20.06.1907.
- ⁷⁶ Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 3160, S. 43.
- ⁷⁷ Vgl. LHASA, DE, Z 150, Nr. 372, S. 62ff.
- ⁷⁸ Hesse: Erinnerungen, S. 16.
- ⁷⁹ Ebd., S. 14f.
- ⁸⁰ Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 3160, S. 24.
- ⁸¹ Vgl. Ebd., S. 74ff.
- ⁸² ATb vom 19.08.1908.
- ⁸³ Hesse: Erinnerungen, S. 17.
- ⁸⁴ Vgl. VbA vom 29.07.1918.
- ⁸⁵ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 79.
- ⁸⁶ Vgl. VbA vom 01.08.1914.
- ⁸⁷ AStA vom 04.08.1914.
- ⁸⁸ Vgl. Falkenstein, Hans von: Das Anhaltische Infanterie-Regiment 93, 1. Teil, Berlin 1929, S. 17ff.
- ⁸⁹ Vgl. Bernstein, Andreas: 200 Jahre Militär in Dessau. Vom Jägerkorps zur Bundeswehr (= Dessauer Chronik 1), Dessau 2006, S. 17.
- ⁹⁰ Vgl. VbA vom 11.08.1918.
- ⁹¹ Vgl. VbA vom 05.08.1914.
- ⁹² Stenographischer Bericht des außerordentlichen Anhaltischen Landtags 1914, Dessau o.O., S. 1.
- ⁹³ Niederschrift der Generalversammlung der anhaltischen landwirtschaftlichen Vereine, Bernburg 10.07.1919, Dessau 1920, S. 57.
- ⁹⁴ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 77-87.
- ⁹⁵ Vgl. Ebd., S. 78f.
- ⁹⁶ VbA vom 19.02.1915.

- ⁹⁷ Vgl. Außerordentlicher Landtag 1915, in: Amtliche Protokolle des anhaltischen Landtags, Diät 1915, Dessau o.J., S. 6-8.
- ⁹⁸ Vgl. VbA vom 27.10.1915.
- ⁹⁹ Vgl. VbA vom 06., 18., und 24.05.16.
- ¹⁰⁰ Vgl. Protokoll der Generalversammlung der Anhaltischen Landwirtschaftlichen Vereine, Dessau 29.06.1916, Dessau 1916, S. 56f.
- ¹⁰¹ Vgl. Stenographischer Bericht des 53. Anhaltischen Landtags 1916, Dessau o.O., S. 300-310.
- ¹⁰² Vgl. Stenographischer Bericht des 54. Anhaltischen Landtags 1917, Dessau o.O., S. 192-222.
- ¹⁰³ Vgl. VbA vom 28.07.1917.
- ¹⁰⁴ Vgl. VbA vom 01.06.1917.
- ¹⁰⁵ Vgl. VbA vom 02.06.1917.
- ¹⁰⁶ Stenographischer Bericht des 54. Anhaltischen Landtags 1917, Dessau o.O., S. 271.
- ¹⁰⁷ Vgl. VbA vom 04.07.1918.
- ¹⁰⁸ Vgl. VbA vom 13.07.1918.
- ¹⁰⁹ VbA vom 17.09.1918.
- ¹¹⁰ Vgl. VbA vom 19., 23. und 24.10.18.
- ¹¹¹ Stenographische Berichte des 55. Anhaltischen Landtags 1918, Dessau o.J., S. 590.
- ¹¹² Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 80.
- ¹¹³ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 76f.
- ¹¹⁴ Ebd., S. 79f.
- ¹¹⁵ Vgl. AStA vom 30.08.1914.
- ¹¹⁶ Vgl. ATb vom 30.08.1914.
- ¹¹⁷ Vgl. VbA vom 31.08.1914.
- ¹¹⁸ Hesse: Erinnerungen, S. 80.
- ¹¹⁹ Vgl. VbA vom 26.09.1914.
- ¹²⁰ Vgl. VbA vom 05.12.1914.
- ¹²¹ Vgl. VbA vom 20.01.1915.
- ¹²² Vgl. VbA vom 04.05.1915.
- ¹²³ Stenographischer Bericht des außerordentlichen Landtags des Jahres 1915, Dessau o.J., S. 9.
- ¹²⁴ Vgl. VbA vom 05. und 17.04.1916.
- ¹²⁵ Vgl. VbA vom 25.11.1917.
- ¹²⁶ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 90.
- ¹²⁷ Vgl. Kreisleitung der SED Bernburg (Hg.): Rote Fahnen über Bernburg, S. 47.
- ¹²⁸ Vgl. ATb vom 30.01.1918.

- ¹²⁹ Vgl. VbA vom 30.04.1917.
- ¹³⁰ Vgl. VbA vom 13., 14.07. und 29.08.1917.
- ¹³¹ Vgl. Stenographische Berichte des 55. Anhaltischen Landtags 1918, Dessau o.J., S. 130, 510.
- ¹³² Hesse: Erinnerungen, S. 83.
- ¹³³ Vgl. Ebd., S. 84.
- ¹³⁴ Vgl. Ebd., S. 84f.
- ¹³⁵ Vgl. VbA vom 14. und 15.09.1918.
- ¹³⁶ Vgl. Protokoll der XVII. Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Anhalt, Dessau 03.06.1915, Dessau 1915, S. 1.
- ¹³⁷ Vgl. Machtan: Die Abdankung, S. 93.
- ¹³⁸ Vgl. Ebd., S. 82-92.
- ¹³⁹ Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 3158, S. 210ff.
- ¹⁴⁰ Vgl. VbA vom 19.08.1914.
- ¹⁴¹ VbA vom 21.08.1917.
- ¹⁴² Hesse: Erinnerungen, S. 85.
- ¹⁴³ Vgl. Ebd., S. 88.
- ¹⁴⁴ Vgl. Amtliche Protokolle des Anhaltischen Landtags, Diät 1918, Dessau o.J., S. 369ff.
- ¹⁴⁵ Vgl. VbA vom 23.04.1918.
- ¹⁴⁶ Hesse: Erinnerungen, S. 88.
- ¹⁴⁷ Vgl. VbA vom 30.04.1918.
- ¹⁴⁸ Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 3185, S. 2-7.
- ¹⁴⁹ Vgl. Ebd., S. 12-15.
- ¹⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 33.
- ¹⁵¹ VbA vom 14.09.1918.
- ¹⁵² Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 3185, S. 43ff.
- ¹⁵³ Vgl. AStA vom 21.09.1918.
- ¹⁵⁴ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 89.
- ¹⁵⁵ Vgl. Machtan: Die Abdankung, S. 23-32.
- ¹⁵⁶ Vgl. Kohlrausch, Martin: Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie, Berlin 2005, S. 243ff.
- ¹⁵⁷ Hesse: Erinnerungen, S. 54.
- ¹⁵⁸ Vgl. Machtan: Die Abdankung, S. 92-100.
- ¹⁵⁹ Vgl. VbA vom 27.01.1916.
- ¹⁶⁰ VbA vom 15.01.1917.
- ¹⁶¹ Vgl. VbA vom 27.01.1917.
- ¹⁶² Vgl. AStA vom 27.01.1915.

- ¹⁶³ Vgl. ATb vom 27.01.1915.
- ¹⁶⁴ Vgl. Machtan: Die Abdankung, S. 107ff.
- ¹⁶⁵ VbA vom 23.07.1917.
- ¹⁶⁶ Zitiert nach Machtan: Die Abdankung, S. 101.
- ¹⁶⁷ Vgl. AStA vom 27.01.1917.
- ¹⁶⁸ Vgl. AStA vom 27.01.1918.
- ¹⁶⁹ Vgl. VbA vom 29.01.1918.
- ¹⁷⁰ Vgl. Ullrich: Die nervöse Großmacht, S. 552-557.
- ¹⁷¹ Vgl. Mommsen, Wolfgang: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918 (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 17), 10. Auflage, Stuttgart 2002, S. 146-150.
- ¹⁷² Vgl. VbA vom 04.10.1918.
- ¹⁷³ VbA vom 06.10.1918.
- ¹⁷⁴ Vgl. Stenographische Berichte des 55. Anhaltischen Landtages 1918, S. 503ff.
- ¹⁷⁵ Vgl. VbA vom 13.10.1918.
- ¹⁷⁶ Vgl. VbA vom 15.10.1918.
- ¹⁷⁷ Vgl. VbA vom 17.10.1918.
- ¹⁷⁸ Vgl. VbA vom 18.10.1918.
- ¹⁷⁹ VbA vom 27.10.1918.
- ¹⁸⁰ Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 753 und 3152.
- ¹⁸¹ Vgl. Ullrich: Die nervöse Großmacht, S. 567-571.
- ¹⁸² Vgl. LHASA, DE, Z 109, Nr. 753, Bericht Nr. 3200.
- ¹⁸³ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 91f.
- ¹⁸⁴ Vgl. VbA vom 5.11.1918.
- ¹⁸⁵ Vgl. VbA vom 8.11.1918.
- ¹⁸⁶ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 92f.
- ¹⁸⁷ Vgl. Ebd., S. 93.
- ¹⁸⁸ Vgl. Berndt, Roswitha: Das Territorium Sachsen-Anhalt in der Weimarer Republik, S. 84.
- ¹⁸⁹ Hesse: Erinnerungen, S. 94.
- ¹⁹⁰ Vgl. Ebd., S. 94.
- ¹⁹¹ Vgl. Specht, Reinhold: Geschichte der Stadt Zerbst, Bd. 2, Zerbst 1998, S. 187.
- ¹⁹² Vgl. VbA vom 13.11.1918.
- ¹⁹³ Vgl. Köthener Tageblatt vom 11.11.1918.
- ¹⁹⁴ Vgl. Köthener Tageblatt vom 12.11.1918.
- ¹⁹⁵ Vgl. VbA vom 13.11.1918.
- ¹⁹⁶ Vgl. VbA vom 16.11.1918.

- ¹⁹⁷ Vgl. Kreiskommission (Hg.): Novemberrevolution 1918 im Kreise Köthen, S. 20f.
- ¹⁹⁸ Vgl. VbA vom 13.11.1918.
- ¹⁹⁹ Vgl. Ebd.
- ²⁰⁰ Vgl. Bernburgische Zeitung vom 12.11.1918.
- ²⁰¹ Vgl. Bezirksleitung der SED (Hg.): Aus revolutionären Tagen, S. 71.
- ²⁰² Vgl. Stadtarchiv Dessau-Roßlau: Erinnerungen von Heinrich Deist, S. 14f.
- ²⁰³ Vgl. Bezirksleitung der SED (Hg.): Aus revolutionären Tagen, S. 71.
- ²⁰⁴ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 95f.
- ²⁰⁵ Vgl. VbA 13.11.1918.
- ²⁰⁶ Vgl. Bezirksleitung der SED (Hg.): Aus revolutionären Tagen, S. 71f.
- ²⁰⁷ Vgl. Bezirksleitung der SED (Hg.): Aus revolutionären Tagen, S. 72.
- ²⁰⁸ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 96f.
- ²⁰⁹ VbA vom 10.11.1918.
- ²¹⁰ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 98.
- ²¹¹ AStA vom 10.11.1918.
- ²¹² VbA vom 10.11.1918.
- ²¹³ Vgl. VbA vom 10.11.1918.
- ²¹⁴ Vgl. Kupfer: Die Revolution von 1918/19 in Anhalt, S. 16.
- ²¹⁵ Vgl. VbA vom 12.11.1918.
- ²¹⁶ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 100.
- ²¹⁷ Stadtarchiv Dessau-Roßlau: Erinnerungen von Heinrich Deist, S. 16.
- ²¹⁸ ASTA vom 12.11.18.
- ²¹⁹ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 100.
- ²²⁰ AStA vom 12.11.1918.
- ²²¹ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 100f.
- ²²² Vgl. AStA vom 15.11.1918.
- ²²³ Vgl. Hesse: Erinnerungen, S. 101.
- ²²⁴ Vgl. Kupfer: Die Revolution 1918/19 in Anhalt, S. 18.
- ²²⁵ Vgl. VbA vom 16.11.1918.
- ²²⁶ Vgl. VbA vom 17.11.1918.
- ²²⁷ Vgl. Bundesarchiv Potsdam, 90 He 1 (Nachlaß Wolfgang Heine), Nr. 227, Bl. 78.
- ²²⁸ Vgl. VbA vom 17.11.1918.
- ²²⁹ Vgl. Riehl: Als die deutschen Fürsten fielen, S. 170-188.
- ²³⁰ Vgl. Ebd., S. 315-348.
- ^{230a} Vgl. Häupel, Beate: Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918-1923 (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 2), Weimar/Wien/Köln 1995, S. 38-48.

- ²³¹ Vgl. Machtan: Die Abdankung, S. 11f.
- ²³² Vgl. Kupfer, Torsten / Rother, Bernd: Der Weg zur Spaltung. Die Ursachen der Richtungskämpfe in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1920 am Beispiel der Länder Anhalt und Braunschweig, in: IWK 29 (1993) H. 2, S. 139-177, hier S. 160-177.
- ²³³ Vgl. Kupfer / Rother: Sozialdemokratischer Reformismus und Radikalismus, S. 98ff.
- ²³⁴ Vgl. Kupfer: Die Revolution 1918/19 in Anhalt, S. 18-21.
- ²³⁵ Vgl. Ebd., S. 21.
- ²³⁶ Stadtarchiv Dessau-Roßlau: Erinnerungen von Heinrich Deist, S. 16.
- ²³⁷ Vgl. Ziegler, Günter: Parlamentarismus in Anhalt, Bd. 3, S. 4f.
- ²³⁸ Vgl. Anhaltisches Statistisches Amt (Hg.): Die Wahlen zu den Volksvertretungen im Freistaate Anhalt während der Jahre 1918 bis 1920 (= Mitteilungen des Anhaltischen Statistischen Amtes, Bd. 53), Dessau 1921, S. 3.
- ²³⁹ Vgl. Verhandlungen der Konstituierenden Landesversammlung für Anhalt, Bd. 1, Dessau o.J., S. 2-4.
- ²⁴⁰ Vgl. VbA vom 17.12.1918.
- ²⁴¹ Vgl. AStA vom 22.12.1918.
- ²⁴² Vgl. Kupfer: Die Revolution 1918/19 in Anhalt, S. 22f.
- ²⁴³ Vgl. Kreisleitung der SED Dessau (Hg.): Die Novemberrevolution 1918, S. 39f.
- ²⁴⁴ Vgl. Gesetzsammlung für Anhalt 1919, Dessau o.J., S. 79-90.
- ²⁴⁵ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 71f.
- ²⁴⁶ Vgl. LHASA, DE, Z 264, Nr. 15, Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung im Ministerium des Herzoglichen Hauses am 20. Februar 1919.
- ²⁴⁷ Vgl. Gesetzsammlung für Anhalt 1919, S. 91.
- ²⁴⁸ Vgl. Gesetzsammlung für Anhalt 1919, S. 95-102.
- ²⁴⁹ Vgl. LHASA, DE, Z 264, Nr. 15, Protokoll über die Sitzung im Ministerium des Herzoglichen Hauses am 8. Mai 1919.
- ²⁵⁰ Vgl. Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtags, Dessau 1919, S. 1102.
- ²⁵¹ Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtags, Dessau 1919, S. 1102.
- ²⁵² Stadtarchiv Dessau-Roßlau: Erinnerungen von Heinrich Deist, S. 18.
- ²⁵³ Ebd., S. 19.
- ²⁵⁴ Vgl. LHASA, DE, Z 264, Nr. 15, Protokoll über die Sitzung im Ministerium des Herzoglichen Hauses am 5. Februar 1920.
- ²⁵⁵ Vgl. Gesetzsammlung für Anhalt 1923, Dessau o.J., S. 9ff.

- ²⁵⁶ Vgl. Winkler, Heinrich A.: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 312ff.
- ²⁵⁷ Vgl. VbA vom 12.12.1925.
- ²⁵⁸ Vgl. VbA vom 20.01.1916.
- ²⁵⁹ Vgl. Ziegler: Ministerpräsident Heinrich Deist, S. 26f.
- ²⁶⁰ Vgl. Köthensche Zeitung vom 15.01.1926.
- ²⁶¹ Vgl. VbA vom 19.01.1926.
- ²⁶² Vgl. VbA vom 21.05.1926.
- ²⁶³ Vgl. AStA vom 22.06.1926.
- ²⁶⁴ VbA vom 03.12.1925.
- ²⁶⁵ Vgl. LHASA, DE, Z 117-7, IV Nr. 199, S. 4-9.
- ²⁶⁶ VbA vom 17.12.1926.
- ²⁶⁷ Vgl. Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtages 1927, Dessau o.J., S. 1453.
- ²⁶⁸ VbA vom 17.12.1926.
- ²⁶⁹ Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtages 1927, S. 1453.
- ²⁷⁰ VbA vom 15.11.1918.

8. Quellenverzeichnis

Akten, Protokolle, Berichte und Statistiken:

Amtliche Protokolle des Anhaltischen Landtags, Diät 1914-1919, 6 Bde. Dessau o.J.

Anhaltisches Statistisches Amt (Hg.): Die Wahlen zu den Volksvertretungen im Freistaate Anhalt während der Jahre 1918 bis 1920 (= Mitteilungen des Anhaltischen Statistischen Amtes, Bd. 53), Dessau 1922.

Gesetzsammlung für Anhalt 1919 und 1923, Dessau o.J.

Kotulla, Michael: Deutsches Verfassungsrecht 1806-1918. Eine Dokumentensammlung nebst Einführungen, Bd. 1: Gesamtdeutschland, Anhaltische Staaten und Baden, Berlin 2006.

LHASA, DE, Z 109, Nr. 3158: betreffend die Feier des Geburtstags Sr. Hoheit des Herzogs.

LHASA, DE, Z 109, Nr. 3185: betreffend das Ableben Sr. Hoheit des Herzogs Eduard sowie den Nachfolger Sr. Hoheit des Herzogs Joachim Ernst und die Regentschaft Sr. Hoheit des Prinzen Aribert.

LHASA, DE, Z 109, Nr. 3160: betreffs die silberne Hochzeit Sr. Hoheit des Herzogs und ihrer Großherzogl. Hoheit der Herzogin am 2. Juli 1914.

LHASA, DE, Z 109, Nr. 753: Kriegsberichte (1918).

LHASA, DE, Z 117-7, IV Nr. 199 Auseinandersetzungsverhandlungen mit dem Herzoglichen Haus Anhalt über die Übereignung von Grundstücken an den anhaltischen Staat und die Stadt Dessau (1926-1927).

LHASA, DE, Z 150, Nr. 372: Errichtung eines Denkmals für Weiland Sr. Hoheit Herzog Friedrich I. von Anhalt.

LHASA, DE, Z 264, Nr. 15: Vermögensauseinandersetzung zwischen dem herzoglichen Hause und dem Staat (1919-1920).

Niederschrift der Generalversammlung der anhaltischen landwirtschaftlichen Vereine, Bernburg 10.07.1919, Dessau 1920. Protokoll der XVII. Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Anhalt, Dessau 03.06.1915, Dessau 1915.

Protokoll der Generalversammlung der Anhaltischen Landwirtschaftlichen Vereine, Dessau 29.06.1916, Dessau 1916.

Stenographische Berichte der 51-56. Anhaltischen Landtage 1914-1919, 6 Bde., Dessau o.J.

Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtages 1927, Dessau o.J.

Verhandlungen der Konstituierenden Landesversammlung für Anhalt, Bd. 1, Dessau o.J.

Biographisches:

Hesse, Fritz: Von der Residenzstadt zur Bauhausstadt. Erinnerungen an Dessau, 3. Aufl., Dessau 1995.

Stadtarchiv Dessau-Roßlau, Einzelstücke, Nr. E 1033: Biographie Heinrich Deist, Abschriften und Originale: Sozialismus in Anhalt. Erinnerungen von Heinrich Deist.

Bezirksleitung der SED (Hg.): Aus revolutionären Tagen ... Erlebnisberichte aus der Zeit der deutschen Novemberrevolution 1918, Halle (Saale) o.J.

Bundesarchiv Potsdam, 90 He 1 (Nachlaß Wolfgang Heine)

Zeitungen:

Anhaltischer Staatsanzeiger 1914-1918 und 1926

Anhaltisches Tageblatt 1908 und 1914-1918

Volksblatt für Anhalt 1901, 1904, 1907, 1914-1918 und 1925-1926

Bernburgische Zeitung 1918

Köthensche Zeitung 1926

Köthener Tageblatt 1918

10. Literaturverzeichnis

Bartmuß, Hans-Joachim / Kathe Heinz: Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Halle (Saale) 1992.

Berndt, Roswitha: Das Territorium Sachsen-Anhalt in der Weimarer Republik, in: Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 3: Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952, hg. v. Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V., München / Berlin 1994, S. 81-134.

Bernstein, Andreas: 200 Jahre Militär in Dessau. Vom Jägerkorps zur Bundeswehr (= Dessauer Chronik 1), Dessau 2006.

Biegel, Gerd: Sachsen-Anhalt. 1200 Jahre Geschichte. Renaissance eines Kulturraumes, Braunschweig 1993.

Brademann, Jan / Hecht, Michael: Anhalt vom Mittelalter bis 1918. Eine integrative Dynastie- und Herrschaftsgeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 142 (2006), S. 531-575.

Dilly, Heinrich / Zaunstöck, Holger: Einleitung, in: Fürst Franz. Beiträge zu seiner Lebenswelt in Anhalt-Dessau 1740-1817, hg. v. dies., Halle (Saale) 2005, S. 11-17.

Erbacher, Angela: Habent sua fata... Quellen zur Biografie des Fürsten Franz im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau, in: Das Leben des Fürsten. Studien zur Biografie Leopolds III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (1740-1817), hg. v. Holger Zaunstöck, Halle 2008, S. 49-62.

Falkenstein, Hans von: Das Anhaltische Infanterie-Regiment 93, 1. Teil, Berlin 1929.

Faust, Elisabeth: Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau 1855 bis 1948, in: Mitteilungen des Vereins für anhaltische Landeskunde 16 (2007), S. 162-181.

Gazdar, Kaevan: Herrscher im Paradies. Fürst Franz und das Gartenreich Dessau-Wörlitz. Biographie, Berlin 2006.

Grossert, Werner: Dr. Enno Sander. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution 1848/49 in Köthen, Köthen 1984.

Hachtmann, Rüdiger: Im Schatten des übermächtigen Nachbarn Preußen. Anhalt in der Revolution von 1848/49, in: Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte 8 (1998) H. 1, S. 53-93.

Harksen, Hans: Die Wahlrechtsdemonstration am 3. April 1910 in Dessau, in: Dessauer Kulturspiegel 8 (1961), S. 36-39.

Häupel, Beate: Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918-1923 (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 2), Weimar / Wien / Köln 1995.

Hirsch, Erhard: Reformabsolutismus auf dem Prüfstand. Der „Friedensfürst“ Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, in: Die Fürsten von Anhalt. Herrschaftssymbolik, dynastische Vernunft und politische Konzepte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, hg. v. Werner Freitag / Michael Hecht (= Studien zur Landesgeschichte, Bd. 9), Halle (Saale) 2003, S. 266-278.

Jablonowski, Ulla: Dessau. So wie es war. Düsseldorf 1991.

Kohlrausch, Martin: Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie, Berlin 2005.

Kotulla, Michael: Deutsches Verfassungsrecht 1806-1918. Eine Dokumentensammlung nebst Einführungen, Bd. 1: Gesamtdeutschland, Anhaltische Staaten und Baden, Berlin 2006.

Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.): Zur Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918 im Kreise Köthen, o.O. 1958.

Kreisleitung der SED Bernburg (Hg.): Rote Fahnen über Bernburg. Die Novemberrevolution 1918, Bernburg 1958.

Kreisleitung der SED Dessau (Hg.): Die Novemberrevolution 1918. Ein geschichtlicher Abriß unter Darstellung der Ereignisse in Dessau, Dessau 1958.

Krüger, Alfred: Zur Geschichte der Dessauer Sozialdemokratie. Der Wiederaufbau der legalen Parteiorganisation nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890-1893), in: Dessauer Kalender 17 (1973), S. 33-39.

Kupfer, Torsten: Die Revolution 1918/19 in Anhalt, in: Mitteilungen des Vereins für anhaltische Landeskunde 9 (2001), S. 13-35.

Kupfer, Torsten: Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt 1918-1933, Weimar u.a. 1996.

Kupfer, Torsten: Der Weg zum Bündnis. Entschieden Liberale und Sozialdemokraten in Dessau und Anhalt im Kaiserreich?, Weimar 1998.

Kupfer, Torsten / Rother, Bernd: Sozialdemokratischer Reformismus und Radikalismus. Anhalt und Braunschweig im Vergleich (1890-1922), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Magdeburg 35 (1991), H. 6, S. 97-101

Kupfer, Torsten / Rother, Bernd: Der Weg zur Spaltung. Die Ursachen der Richtungskämpfe in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1920 am Beispiel der Länder Anhalt und Braunschweig, in: IWK 29 (1993) H. 2, S. 139-177.

Machlitt, Ulla / Harksen, Hans: Dessau in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in: Dessauer Kalender 20 (1976), S. 75-87.

Machtan, Lothar: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, 2. Aufl., Berlin 2008.

Mommsen, Wolfgang: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918 (= Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 17), 10. Aufl., Stuttgart 2002.

Neuhaus, Helmut: Das Ende der Monarchien in Deutschland 1918, in: Historisches Jahrbuch 111 (1991), S. 102-136.

Riehl, Hans: Als die deutschen Fürsten fielen, München 1979.

Ross, Hartmut: Der Kampf um ein demokratisches Landtagswahlrecht in Anhalt bis zur Novemberrevolution 1918, in: Dessauer Kalender 5 (1961), S. 71-77.

Schäbitz, Michael: Pionier, Innovation und Region. Hugo Junkers und der Flugzeugbau in Dessau. Ein Unternehmer und sein Produkt verändern die regionale Wirtschaftsstruktur, in: Aufstieg, Fall & Neubeginn. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Junkers- und Bauhausstadt Dessau (Anhalt) im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Thomas Brockmeier / Dirk Hackenholz, Halle (Saale) 2010, S. 271-292.

Schlenker, Gerlinde / Lehmann, Gerd / Wille, Manfred: Geschichte in Daten. Anhalt, München / Berlin 1994.

Siebigk, Ferdinand: Leopold IV., in: ADB 18, Leipzig 1883, S. 367-369.

Specht, Reinhold: Geschichte der Stadt Zerbst, Bd. 2, Zerbst 1998.

Thomas, Michael: Bürgerliche Reformen und feudale Beharrungspolitik. Zur Geschichte Anhalts während der napoleonischen Fremdherrschaft 1806 bis 1812, in: Magdeburger Blätter (1989), S. 10-17.

Tullner, Mathias: Geschichte Sachsen-Anhalts, München 2008.

Tullner, Mathias: Mit dem Gesicht nach Preußen. Zum Verhältnis der anhaltischen Staaten zu Preußen vor und während der Revolution von 1848/49, in: Mitteilungen des Vereins für anhaltische Landeskunde 7 (1998), S. 172-181.

Tullner, Mathias: Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 1998.

Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918, Frankfurt am Main 1991.

Wäschke, Hermann: Anhaltische Geschichte Bd. 3: Geschichte Anhalts von der Teilung bis zur Wiedervereinigung, Cöthen 1913.

Wecker, Fritz: Unsere Landesväter. Wie sie gingen, wo sie blieben, Berlin 1928.

Winkler, Heinrich A.: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.

Ziegler, Günter: Kommunale Spitzenbeamte Anhalts. Biographische Skizzen 1832-1933, Dessau 1995.

Ziegler, Günter: Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographische Skizzen zur anhaltischen Verwaltungsgeschichte 1800-1933, Dessau 1994.

Ziegler, Günter: Die politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und das Wirken des Ministerpräsidenten Heinrich Deist in Anhalt, in: Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte 17 (2000), S. 7-33.

10. Abkürzungsverzeichnis

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AStA	Anhaltischer Staatsanzeiger
ATb	Anhaltisches Tageblatt
BAMAG	Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik AG
Bd.	Band
bzw.	beziehungsweise
DCGG	Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Ders.	Derselbe
Dies.	Dieselben
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
f.	und folgende Seite
ff.	und fortfolgende Seiten
Gebr.	Gebrüder
H.	Heft
Hg.	Herausgeber
hg. v.	herausgegeben von
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
LHASA, DE	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
NDB	Neue Deutsche Biographie
Nr.	Nummer
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
S.	Seite
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VbA	Volksblatt für Anhalt
Z.	Zeile

11. Abbildungsnachweis

Stadtarchiv Dessau-Roßlau: S. 21-24, 29, 56-57, 73-74, 82

Archiv Funk Verlag Dessau-Roßlau: S. 32, 60

Impressum

Ralf Regener; Der Sturz der Askanier 1918 in Anhalt.
Bedingungen, Verlauf und Nachwirkungen des Untergangs
einer kleinstaatlichen deutschen Monarchie

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der Freigrenzen des Urheberrechts ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen und die Ein-
speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Manuskript wurde im Sommer 2012 am Institut für Geschichte
der Otto von Guericke Universität Magdeburg als Masterarbeit ein-
gereicht und verteidigt.

© Funk Verlag Bernhard Hein e.K. Dessau-Roßlau 2013
2. korrigierte Auflage 2014

ISBN 978-3-939197-79-9

gedruckt: Druckerei Jürgen Wieprich, Dessau-Roßlau
gesetzt in Times, 11 pt

printed in Germany



Funk Verlag Bernhard Hein e.K.
Kühnauer Str. 69
06846 Dessau-Roßlau
Telefon 0340-5412214
Fax 0340-5412217
E-Mail info@funkverlag.de
Internet www.funkverlag.de

